



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Rumäniendeutsche Schulen im Umbruch

Untersuchung dreier Fallbeispiele aus dem Kreis Hermannstadt
in postkommunistischer Zeit

verfasst von / submitted by

Johannes Teichmann, B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium, UF Deutsch, UF Geschichte,
Sozialkunde, Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

a.o. Univ. Prof. Mag. Dr. Christoph Augustynowicz

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Theoretische Grundlagen	6
2.1 Aufbau und Gegenstand der Untersuchung.....	6
2.2 Fragestellung	8
2.3 Hypothese	8
2.4 Methoden der Arbeit.....	9
2.5 Forschungsstand und Quellenlage	10
2.6 Begrifflichkeiten: Deutsch, deutschstämmig, deutschsprachig?	12
3. Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen und Landler: Ein historischer Abriss	14
3.1 Die Minderheit der Siebenbürger Sachsen	14
3.2 Entstehung und Entwicklung des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens bis ins 18. Jahrhundert	15
3.2.1 Vorreformatorsche Zeit.....	15
3.2.2 Reformation und Veränderungen	17
3.2.3 Exkurs: Die Landler	18
3.2.4 Nach der Reformation	20
3.3 Schule als „Politikum“	21
3.3.1 Habsburgische Einflussnahme.....	21
3.3.2 Ungarische Einflussnahme	22
3.3.3 Rumänische Einflussnahme.....	24
3.3.4 Nationalsozialistische Einflussnahme.....	25
3.3.5 Zusammenfassung.....	26
3.4 Schule im Kommunismus	27
3.4.1 Verstaatlichung.....	27
3.4.2 Aufbau und Entwicklung des rumäniendeutschen Schulwesens im Kommunismus.....	28
3.4.3 Situation kurz vor 1989	33
4. Der Umbruch und seine Folgen.....	37
4.1 Exodus der Rumäniendeutschen: Ursachen.....	37
4.1.1 Die Freikaufthematik.....	38
4.1.2 Wirtschaftliche Gründe	40
4.1.3 Gesellschaftliche Gründe.....	41
4.1.4 Zusammenfassung der Ursachen	42
4.2 Exodus der Rumäniendeutschen: Verlauf	42

4.3 Exodus der Rumäniendeutschen: Auswirkungen auf das Schulwesen	43
4.4 Umbruchsbedingte Veränderungen im rumänischen Schulsystem	47
4.5 Zwischenfazit	49
5. Untersuchung der Fallbeispiele	50
5.1 Allgemeine Vorbemerkungen.....	50
5.2 Brukenthalschule.....	50
5.2.1 Historischer Abriss und Verortung	50
5.2.2 Aufbau und Zusammensetzung des Quellenmaterials.....	53
5.2.3 Auswertung der Daten	54
5.2.4 Kurzfazit.....	60
5.3 Grundschule Alzen.....	61
5.3.1 Historischer Abriss und Verortung	61
5.3.2 Aufbau und Zusammensetzung des Quellenmaterials.....	63
5.3.3 Auswertung der Daten	63
5.3.4 Kurzfazit.....	68
5.4 Die „10er-Schule“ Neppendorf.....	68
5.4.1 Historischer Abriss und Verortung	68
5.4.2 Aufbau und Zusammensetzung des Quellenmaterials.....	71
5.4.3 Auswertung der Daten	72
5.4.4 Kurzfazit.....	76
6. Reaktionen unterschiedlicher Akteure.....	78
6.1 Vorbemerkungen.....	78
6.2 Maßnahmen politischer Akteure	78
6.3 Maßnahmen wirtschaftlicher Akteure	82
6.4 Maßnahmen gesellschaftlicher Akteure	84
7. Schlussfazit	86
8. Literatur- und Quellenverzeichnis	87

1. Einleitung

Das neue Jahrzehnt erlebte er nicht mehr: Am 25. Dezember 1989 wurde der langjährige rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu erschossen; das nationalkommunistische Regime gehörte kurze Zeit später der Vergangenheit an. Auch die jahrhundertelange deutsche Siedlungsgeschichte auf dem Gebiet des heutigen Rumäniens schien vorbei zu sein: Eine längst virulente Auswanderungsbewegung kulminierte in einen Massenexodus, binnen weniger Jahre verließen zwei Drittel aller in Rumänien lebenden Deutschen das Land.¹

Lösten sich deutsche Gemeinschaften in vielen Gegenden Rumäniens vollständig auf, gilt die Region um Hermannstadt² dagegen als Lichtblick. Hier entstand in der Umbruchsphase 1989/90 das „Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien“ als Interessensvertretung aller Rumäniendeutschen; hier wirkte jahrelang der Siebenbürger Sachse und heutige rumänische Präsident Klaus Johannis als Bürgermeister; hier blieben einige Angehörige der im Raum beheimateten deutschen Minderheiten – Siebenbürger Sachsen und Landler – weiter sesshaft.

Als „bedeutendstes Identifikationsmerkmal“³ dieser Gemeinschaften gilt seit jeher die deutsche Sprache. Für deren Weitergabe sind der Aufbau und die Erhaltung von Schulen, in denen auf Deutsch unterrichtet wird, existentiell wichtig. Die Minderheiten waren sich dessen bewusst und schufen früh ein weitverzweigtes, deutsches Schulwesen. Was aber wurde aus den Schulen, als die Deutschen, für die sie bestimmt waren, scharenweise das Land verließen?

In der vorliegenden Arbeit werden drei, sich in räumlicher und institutioneller Hinsicht stark voneinander unterscheidende deutsche Schulen aus dem Hermannstädter Kreis untersucht. An ihnen soll exemplarisch aufgezeigt werden, welche Auswirkungen die Auswanderungsbewegung auf das rumäniendeutsche Schulwesen hatte, wobei versucht wird, Parallelen und Differenzen im Umbruchsprozess festzustellen, die Gründe für den Niedergang oder das Fortbestehen einzelner Schulen herauszufinden und so einen kleinen Beitrag zu jener

¹ Vor dem Sturz Ceaușescus lebten über 300.000 Deutsche in Rumänien, Anfang 1992 waren es noch gut 100.000. Zahlen entnommen aus: Verseck, Keno: Rumänien, 3. neu bearbeitete Auflage, München 2007, S. 125f.

² Da die Arbeit in deutscher Sprache abgefasst ist, werden ausschließlich deutsche Ortsnamen verwendet.

³ S. Bottesch, Martin: Zur Lage der deutschen Minderheit in Rumänien von 1990 – 2014, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 42, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen und der Evangelischen Akademie Siebenbürgen, Ubstadt-Weiher 2014, S. 41 – 60, hier: S. 48. (weiter zitiert unter: Bottesch, Zugänge).

Forschung zu leisten, welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, das „Migrationsdrama“⁴ der Rumäniendeutschen wissenschaftlich aufzuarbeiten.

⁴ S. Weber, Georg et.al.: Emigration der Siebenbürger Sachsen. Studien zu Ost-West Wanderungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2003, S. 4 (weiter zitiert unter: Weber, Emigration“).

2. Theoretische Grundlagen

2.1 Aufbau und Gegenstand der Untersuchung

Der Diplomarbeitstitel impliziert durch den Begriff der „rumäniendeutschen Schulen“ zweierlei: Die Existenz eines mehr oder weniger einheitlichen deutschen Schulwesens in Rumänien und eine historisch gewachsene Verbindung zwischen deutschen Siedlern und rumänischem Staat. Beides ist falsch und bedarf deshalb näherer Erläuterungen.

Die Bezeichnung „rumäniendeutsch“ umfasst verschiedenste Gruppen, die sich aufgrund ihrer Abstammung, Sprache oder anderen Gründen als Deutsche definieren und seit dem Jahr 1918 in einem gemeinsamen Land, in Rumänien, leben. Somit ist es erst ab dem 20. Jahrhundert überhaupt sinnvoll, von Rumäniendeutschen zu sprechen, da für die Zeit davor das verbindende Element – die Zugehörigkeit zu Rumänien – fehlt.⁵

Hinsichtlich ihrer Herkunft, Ansiedlungszeit, Größe, Tradition, Konfessionszugehörigkeit und Mundart unterscheiden sich die Rumäniendeutschen stark voneinander. Für die vorliegende Betrachtung, die sich auf den Kreis Hermannstadt beschränkt, sind lediglich zwei Gruppen relevant: Die bereits seit etwa 1150 dort ansässigen Siebenbürger Sachsen und die im Laufe des 18. Jahrhunderts aus dem österreichischen Kernland transmigrierten Landler.⁶ Nicht thematisiert werden die Sathmarschwaben, Banater Schwaben, Banater Berglanddeutschen, Zipser, Bukowinadeutschen, Dobrudschadeutschen sowie lose Gruppierungen von „Inseldeutschen“.⁷

Die Gebiete, in denen sich die Siedlungsverbände niederließen, wurden jahrhundertlang von verschiedenen Nationen verwaltet; neben Rumänien noch vom Osmanischen Reich, Ungarn, Österreich und Russland. Ihre Eingriffe in das Bildungswesen waren höchst unterschiedlich: Während deutsche Siedler in der Bukowina oder Dobrudscha weitgehend unbehelligt eigene Schulen errichten konnten, versuchte der ungarische Staat in Siebenbürgen ab den 1870er

⁵ Vgl. Ziegler, Winfried: Die deutsche Minderheit in Rumänien. Ein geschichtlicher Überblick, in: Karpf, Peter et.al. (Hrsg.): Kärnten, Dokumentation Band 30. Dialog und Kultur. Beiträge zum Europäischen Volksgruppenkongress 2013 und Sonderthemen, Klagenfurt 2014, S. 115 – 133, hier: S. 115. (weiter zitiert unter „Ziegler, deutsche Minderheit“).

⁶ Mehr dazu unter Punkt 3.2.3.

⁷ Für einen Überblick über die verschiedenen rumäniendeutschen Minderheiten, vgl. Baier, Hannelore/ Bottesch, Martin/ Nowak, Dieter/ Wiecken, Alfred/ Ziegler, Winfried: Geschichte und Traditionen der deutschen Minderheit in Rumänien. Lehrbuch für die 6. und 7. Klasse, Mediasch 2007, S. 19 – 36. (weiter zitiert unter „Baier et.al., Minderheiten“).

Jahren massiv das Schulwesen in eigenem Sinne zu gestalten, was teilweise auch gelang.⁸ Bezüglich ihrer Beziehung zum Staat waren die deutschen Schulen aber alles andere als einheitlich; neben staatlichen existierten auch private und konfessionelle Schulen.⁹ Von einem homogenen rumäniendeutschen Schulwesen lässt sich also nicht sprechen.

Speziell für die Siebenbürger Sachsen gilt, dass das Schulwesen aufs Engste mit dem eigenen Volk und der eigenen Identität verknüpft ist. Es ist historisch gewachsen; wurde durch sie selbst erschaffen, verwaltet und immer wieder erneuert. Eine Untersuchung, welche diese historischen Wurzeln unberücksichtigt ließe und sich lediglich auf die Zeit kurz vor und nach 1989 konzentrieren würde, wäre unverhältnismäßig verkürzt; würde doch die geschichtliche Bedeutung, die bis in Gegenwart reicht, gar nicht ersichtlich sein. Zu Beginn der Arbeit soll daher die Entwicklung des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens von seinen Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg näher geschildert werden, wobei besonderes Augenmerk auf die Organisation und den Charakter der Schulen, sowie deren Beziehung zur jeweiligen Staatsgewalt gelegt wird.

Detaillierter wird danach auf die Zeit im Kommunismus eingegangen: Wie waren deutsche Schulen inhaltlich, strukturell und rechtlich-formal in das rumänische Bildungswesen integriert? Welche Entwicklungsphasen sind bis 1989 auszumachen? In welchem Zustand befanden sie sich vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes?

Es folgt eine allgemeine Schilderung der Ursachen, des Verlaufs und der Folgen des Emigrationsprozesses, bevor die spezifischen, durch die Auswanderung hervorgerufenen Auswirkungen auf das deutsche Schulwesen im Mittelpunkt stehen.

Um diese zu eruieren, werden drei Bildungseinrichtungen aus dem Kreis Hermannstadt genauer untersucht, welche durch ihre divergierende räumliche Lage und den unterschiedlichen Schultypus ein breites Abbild des Transformationsprozesses ermöglichen, der unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Ceaușescu-Regimes einsetzte und das gesamte deutsche Schulwesen in Rumänien erfasste:

- das im Zentrum Hermannstadts gelegene *Samuel von Brukenthal-Gymnasium* bzw. *Lyzeum [Klassen IX – XII, später V - XII]*

⁸ So wurde die Minderheit der Sathmarer Schwaben fast vollständig ungarisch assimiliert; 1918 gab es keine einzige deutsche Schule mehr im Sathmarer Gebiet, vgl. ebd., S. 24.

⁹ Vgl. Kotzian, Ortfried: Das Schulwesen der Deutschen in Rumänien im Spannungsfeld zwischen Volksgruppe und Staat. Dissertationsschrift, Augsburg 1983, S. 235f.

- die *Deutsche Dorfgrundschule [Klassen I – IV]* im Ort Alzen und
- die *ehem. Deutsche Abteilung der Școla Gimnazială [Klassen I – VIII] Nr. 10* im Hermannstädter Vorort Neppendorf.

Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet das „Umbruchschuljahr“ 1989/90. Für den angegebenen Zeitraum ebenfalls von Bedeutung sind die Reaktionen verschiedener in- und ausländischer Akteure auf die durch den Auswanderungsprozess hervorgerufenen Umwälzungen des deutschen Schulwesens in Rumänien. Abschließend wird daher der Frage nachgegangen, welche materiellen oder immateriellen Hilfen durch wen bereitgestellt wurden und was diese schließlich bewirkten – auch mithilfe einer kurzen Skizzierung des heutigen Ist-Zustandes.

2.2 Fragestellung

In der Arbeit werden folgende, kausal miteinander zusammenhängende Fragen erforscht:

- Wie gestaltete sich der Umbruchsprozess in den untersuchten Schulen? Gab es räumliche (Stadt, Land) oder institutionelle (Grundschule, Sekundarschule, Gymnasium) Unterschiede?
- Wie agierten verschiedene Akteure aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und dem deutschsprachigen Ausland auf die durch den Auswanderungsprozess hervorgerufene prekäre Situation des deutschen Schulwesens in Rumänien?
- Was führte dazu, dass manche Schulen geschlossen werden mussten und andere sich stabilisieren konnten?
- Inwieweit änderte sich die soziokulturelle Konfiguration der Schulen (Schülerzahlen, Lehrerzahlen, ethnische Zugehörigkeit)?

2.3 Hypothese

Verlassen Volksgruppen innerhalb kürzester Zeit und in so großer Zahl ihre angestammte Heimat, wie das bei den Siebenbürger Sachsen und Lendlern der Fall war, muss das Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche haben. Das Schulwesen, eine eminent wichtige Säule der Gemeinschaft, spiegelt den Strukturwandel besonders drastisch wieder.

Bedingt durch die Arbeit politischer Vertretungen, in- und ausländischer Subventionen und der tief verankerten, historischen Verwurzelung entstand in Hermannstadt eine Art „letztes

Refugium“ der Siebenbürger Sachsen. Der Auflösung von Minderheiteninstitutionen konnte dort aber ebenso wenig entgegengewirkt werden, wie im ländlichen Hermannstädter Umfeld. Die jeweiligen Schulen sind ein Abbild davon.

Die Hypothese lautet daher, dass die Schulen ihren Charakter radikal verändert haben und selbst die noch bestehenden deutschen Schulen vollständig in der rumänischen Mehrheitsgesellschaft aufgegangen sind.

2.4 Methoden der Arbeit

Die Schule ist ein „unerlässlicher Topos“ aller historischen Abhandlungen siebenbürgisch-sächsischer Ortschaften.¹⁰ Die zu untersuchenden Teilaspekte und damit einhergehenden wissenschaftlichen Zugänge sind zahlreich: Sprach-, sozial- oder verwaltungsgeschichtliche Forschungen bieten sich ebenso an, wie eine genauere Betrachtung des Verhältnisses zwischen Schule und Kirche, der pädagogisch-ideellen Einflüsse auf das Schulleben oder des „Spannungsfeldes zwischen Volksgruppe und Staat“ in welcher sich die Bildungseinrichtungen befanden.¹¹

Es gibt keine „Patentrezepte, wie das Schulwesen [...] abzuhandeln sei“¹² bemerken die Sozialwissenschaftler Georg und Renate Weber. Und weiter:

„Jede Wissenschaftsdisziplin bekommt den Gegenstand Schule nur mit ihren Methoden und Theorien in den Blick; sie kann also nur sehen, was sie sehen kann, der sog. blinde Fleck bleibt.“¹³

Auch die vorliegende Arbeit wird zwangsläufig „blinde Flecken“ aufweisen und stellt lediglich einen Versuch dar, den Umbruchsprozess ausgewählter deutscher Schulen anhand von Statistiken, Zeitzeugenbefragungen und Zeitungsanalysen zu skizzieren; vorhandenes Wissen zu bündeln und von der Öffentlichkeit bisher nicht beachtete Informationen aufzubereiten.

Inbesondere bei der Auseinandersetzung mit statistischem Datenmaterial muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass sich hinter jeder Zahl ein Einzelschicksal verbirgt;

¹⁰ S. Weber, Georg/ Weber Renate: Die Schule – eine Darstellungsmöglichkeit, in: Weber, Georg/ Weber, Renate (Hg.): Zugänge zur Gemeinde. Soziologische, historische und sprachwissenschaftliche Beiträge. Studia Transilvanica Band 24, hrsg. von Paul Philippi et.al., Köln/ Weimar/Wien 2000, S. 251 -279, hier: S. 251. (weiter zitiert unter „Weber, Darstellung“).

¹¹ Die bereits weiter oben zitierte Dissertationsschrift Orfried Kotzians widmet sich beispielsweise der letztgenannten Fragestellung, vgl. Kotzian ebd.

¹² S. Weber, Darstellung, S. 251.

¹³ Ebd.

jede ausgewanderte Familie oft ganz persönliche Beweggründe hatte, Siebenbürgen den Rücken zu kehren. Jeder ausgewanderte Schüler oder Lehrer steht für eine Geschichte.

Die intensive Betrachtung der drei Beispielschulen kann – obwohl sie historischer Art ist – diese Geschichten nicht erzählen. Sie kann sie aber in einen größeren Zusammenhang einordnen; kann vorliegendes Quellenmaterial systematisieren, auswerten und möglichst ansprechend darstellen, so dass es einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Das ist das Hauptanliegen der Arbeit.

2.5 Forschungsstand und Quellenlage

Da die Identität der Deutschen in Rumänien und ganz besonders jene der Siebenbürger Sachsen so eng mit der Schule verknüpft ist, nehmen fast alle größeren Abhandlungen in irgendeiner Weise Bezug auf sie.

Explizit hervorgehoben sei allerdings Walter König. Der gebürtige Hermannstädter war über mehrere Jahrzehnte Professor für Schulpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen. Seit den 1970er Jahren setzte er sich aus historischer, rechtlicher, pädagogischer und philosophischer Sicht mit dem deutschrumänischen Schulwesen auseinander und galt als „bester Kenner des Minderheitenschulwesens in Rumänien“.¹⁴ Seine zwei herausgegebenen Sammelbände und die etwa 70 in Fachzeitschriften veröffentlichten Aufsätze, geben einen umfassenden Überblick über die Geschichte des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens. Besonders umfangreich sind seine Beiträge zur kommunistischen und postkommunistischen Zeit.¹⁵

Aus einer soziologischen Perspektive nähert sich Georg Weber dem Thema Schule¹⁶, für philosophisch-theologische Ansätze seien hier stellvertretend die Schriften Paul Philippi erwähnt,¹⁷ für pädagogisch-sprachwissenschaftliche jene Liana Iuneschs empfohlen.¹⁸

¹⁴ S. Vorstand des Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde, Vorwort, in: König, Walter (Hg.) Schola seminarium rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien, Köln/Wien/Weimar 2005, S. VIII.

¹⁵ Vgl. für die Sammelbände: König, Walter(Hg.): Beiträge zur siebenbürgischen Schulgeschichte, in: Siebenbürgisches Archiv hrsg. von Paul Philippi et.al. Band 32, Köln/Wien/Weimar 1996 (weiter zitiert unter: „König, Schulgeschichte“) und Schola seminarium rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien, in: Siebenbürgisches Archiv hrsg. von Harald Roth und Ulrich A. Wien Band 38, Köln/Wien/Weimar 2005 (weiter zitiert unter „König, Schola“). Im letztgenannten Sammelband findet sich auf S. 383ff. eine ausführliche Auflistung aller Veröffentlichungen Königs.

¹⁶ Vgl. u.a. Weber, Georg: Identitätsbildung, Ethnizität und pädagogische Theorie, in: König, Schulgeschichte, S. 37 – 73.

¹⁷ Vgl. u.a. Philippi, Paul: Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen bis zum 17. Jahrhundert, in: ebd., S. 127 – 141 (weiter zitiert unter „Philippi, Schulwesen“).

Mit der zweiten deutschen Minderheit im Hermannstädter Raum, den Lndlern, haben sich Martin Bottesch und Ulrich A. Wien ausführlich befasst, wenngleich die schulrelevanten Forschungen sich auf die Lndlergemeinde Großpold und weniger auf das später im Fokus stehende Neppendorf konzentrieren.¹⁹

Eine Fundgrube für die Schulgeschichte bis in die 1970er Jahre sind die mit Schreibmaschine verfassten, unveröffentlichten Zusammenstellungen des ehemaligen Neppendorfer Kirchenpfarrers Helmut Klima. Klima bereiste neben seiner Tätigkeit als Kirchendechant über Jahre hinweg siebenbürgische Ortschaften und trug alles Erdenkliche über deren Geschichte zusammen; zu Kirchenburgen, Straßennamen, sächsischen Häusern und eben auch Schulen. Einige dieser Manuskripte befinden sich noch heute im Pfarramt Neppendorf; andere wurden ins Zentralarchiv der evangelischen Kirche A.B. Hermannstadt gebracht.²⁰ Neben Klimas Schriften werden im Zentralarchiv noch weitere, teilweise 150 Jahre alte Arbeiten aufbewahrt, die siebenbürgisch-sächsische Schule oder Schulgeschichte zum Thema haben.

Ebenfalls im Zentralarchiv der evangelischen Kirche lagern die Schülerzeitschriften-Jahrgänge 1990 - 1995 des Brukenthal-Gymnasiums, die eine interessante Perspektive auf den Umbruchsprozess aus Sicht der Schüler ermöglichen. Im Brukenthal-Gymnasium selbst gibt es zudem eine Bibliothek, in der alte Jahrbücher, Fest- und Gedenkschriften aufbewahrt werden. Spezifischere Informationen zur ethnischen Herkunft, der Muttersprache und des Werdegangs der einzelnen Schüler sowie detaillierte Klassenzusammensetzungen findet man aber ausschließlich in den jeweiligen Schularchiven. Problematisch ist, dass diese nicht für alle untersuchten Schulen und Zeiträume vorliegen.

Hinsichtlich der Umbruchszeit am besten sortiert, ist das Schularchiv der Brukenthalschule: Die Schüler sind nach Jahrgängen und Klassen geordnet; für das Schuljahr 1989/90 ist in zahlreichen handschriftlichen Anmerkungen vermerkt, wann einzelne Schüler die Schule verlassen haben. Zudem existieren überblicksartige Statistiken, die Aufschluss über Nationalität, Geschlecht und Herkunftsgebiet der Schüler geben.²¹ Leider trifft das nur bis zum Schuljahr 1990/91 zu, danach sind viele Datensätze aus nicht geklärten Gründen unauffindbar.

¹⁸ Vgl. u.a. Iunesch, Liana Regina: Erfolg und Misserfolg des Spracherwerbs mit deutscher Unterrichtssprache in Rumänien, Frankfurt a.M. 2012.

¹⁹ Vgl. Bottesch, Martin/ Wien, A. Ulrich: Grosspold. Ein Dorf in Siebenbürgen, Wettin-Löbejün 2011.

²⁰ Vgl. für Pfarramt in Neppendorf: Strada Eduard Bielz 62, 550031 Sibiu-Turnișor, für Zentralarchiv der evangelischen Kirche A.B.: Strada Mitropoliei 30 (im Teutsch-Haus), 550179 Sibiu.

²¹ Das Schularchiv der Brukenthalschule befindet sich in einem separaten Raum im Schulgebäude auf dem Piața Albert Huet 5, 550 182 Sibiu.

Für die deutsche Grundschule Alzen liegen ab dem Schuljahr 1988/89 durchgängig Schulkataloge vor, aus denen jeweils hervorgeht, wie viele Klassen bestanden, wer die Klassen besuchte und ob im Simultanunterricht gelehrt wurde. Um den Umbruchsprozess zu erschließen, ist man jedoch auf Zeitzeugengespräche angewiesen.²²

Besonders mühsam sind Recherchen bezüglich der Neppendorfer Schule „Nr. 10“: Nach Auflösung der deutschen Schulabteilung warf die damalige Leiterin das gesamte Archiv „aus Frust ins Altpapier“.²³ Nur noch das zentrale Matrikelregister der Schule liefert Hinweise auf die Schülerzusammensetzung, wenngleich in diesem weder nach Abteilungen, Klassen oder Ethnien differenziert wird, noch eine alphabetische oder starr nach Jahrgängen geordnete Chronologie erkennbar ist. Das Quellenmaterial ist daher sehr schwer zu erschließen und nicht immer zuverlässig.²⁴

Daher stellen die Gespräche mit Zeitzeugen eine unerlässliche Quelle dar, um neue Informationen zu erhalten und bereits erworbene richtig einordnen und verifizieren zu können. Vor allem die Interviewpartner Sunhild Galter, ehemalige Lehrerin an der deutschen Abteilung Neppendorf, und Rosi Müller, Lehrerin der Deutschen Grundschule Alzen, seien hier erwähnt – ohne sie wäre die Untersuchung nicht möglich gewesen.

2.6 Begrifflichkeiten: Deutsch, deutschstämmig, deutschsprachig?

Bereits weiter oben wurde ausgeführt, dass der Begriff „rumäniendeutsch“ nur ein Hilfskonstrukt ist – er erleichtert es, verschiedene auf dem Gebiet des heutigen Rumänien lebende, deutsche Minderheitengruppen zu summieren, wobei die Heterogenität der verschiedenen Minderheiten vernachlässigt wird.

In diesem Zusammenhang häufig für Missverständnisse sorgt auch die Bezeichnung von Minderheitenangehörigen als „Deutschen“. Da in der nachfolgenden Arbeit ebenfalls von deutschen Minderheiten, einem deutschen Schulwesen oder deutschen Schülern gesprochen wird, gilt es, den Begriff eingangs ein wenig zu präzisieren.

Von besonderer Bedeutung ist zunächst die Eigenbezeichnung der Siebenbürger Sachsen und Landler als deutsch. So hält Paul Philippi fest:

²² Die Schulkataloge befinden sich im Privatbesitz der Zeitzeugin Rosi Müller und in einer für Recherchen unzugänglichen Dachkammer der Deutschen Schule Alzen.

²³ Vgl. Informationsgespräch mit Sunhild Galter, geführt durch den Verfasser am 13. März 2017 in Neppendorf.

²⁴ Die Matrikelregister befinden sich im Sekretariat der Școla Gimnazială Nr. 10 in Neppendorf auf der Strada Eduard Bielz 60, 550031 Sibiu-Turnișor.

„Die Siebenbürger Sachsen gelten als Deutsche. Sie sehen sich selbst als Deutsche an und wollen auch von anderen als Deutsche angesehen werden“.²⁵

Dieses Selbstverständnis erklärt sich durch die pränationalstaatliche Betrachtungsweise der Minderheiten, die mit der Eigenbezeichnung „deutsch“ eine Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturraum ausdrücken. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein galt das auch für Österreicher oder Deutschschweizer; Philippi verweist in diesem Zusammenhang auf Maria Theresia und Conrad Ferdinand Meyer.²⁶

Durch die Reichsgründung 1871 erfuhr der Begriff „deutsch“ jedoch einen Bedeutungswandel: Als „Deutsche“ bezeichnete man nun Staatsangehörige des Deutschen Reiches und seiner Nachfolgestaaten. Siebenbürger Sachsen und Landler lehnen diese an den Nationalstaat gekoppelte Begriffszuweisung jedoch bis heute ab.

Ebenfalls unzutreffend ist die Bezeichnung der Siebenbürger Sachsen und Landler als „deutschstämmig“. Paul Philippi dazu:

„Diese Bezeichnung [deutschstämmig, *Anm. d. Verfassers*] geht insofern vom staatsbürgerlichen Verständnis des „Deutschen“ aus, als sie Menschen meint, die entweder selbst einmal Bürger Deutschlands waren oder deren Vorfahren ehemals Bürger eines deutschen Staates gewesen sind, bzw. als Bürger eines zu Deutschland gehörigen Landes einmal „Deutsche“ hießen. Beides trifft aber nicht zu für das von den Siebenbürger Sachsen für sich beanspruchte Deutschtum.“²⁷

So seien viele Siebenbürger Sachsen Nachfahren von Stämmen, die sich heute keineswegs als „Deutsche“ sondern eher als Luxemburger, Flamen, Wallonen und dergleichen mehr bezeichnen würden.²⁸

Schließlich greift auch der Begriff „deutschsprachig“ zu kurz: Die alleinige Charakterisierung nach linguistischen Kriterien unterschlägt wesentliche andere Identifikationsmerkmale. Selbst die rumänischen Regierungsvertreter, sowohl zur Zeit des Kommunismus als auch heute, sprechen von der „deutschen Minderheit“. Wenn eine Abgrenzung zu deutschen Staatsbürgern notwendig ist, sind die Bezeichnungen „bundesdeutsch“ und „rumäniendeutsch“ geläufig.²⁹

²⁵ S. Philippi, Paul: Weder Erbe noch Zukunft? Fragen rumäniendeutscher Gegenwart im 201. Jahrzehnt, Hermannstadt 2010, S. 57 (weiter zitiert unter: „Philippi, Erbe“).

²⁶ Ebd., S. 58.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

²⁹ Vgl. u.a. Weber, Annemarie: Rumäniendeutsche? Diskurse zur Gruppenidentität einer Minderheit (1944 – 1971), in: Roth, Harald/ Wien, Ulrich: Studia Transylvanica. Im Auftrag des Arbeitskreises für siebenbürgische Landeskunde Band 40, Köln et.al. 2010, S. 240f.

3. Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen und Landler: Ein historischer Abriss

3.1 Die Minderheit der Siebenbürger Sachsen

Die Deutschen in der Hermannstädter Region zählen fast ausschließlich zur Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen. Von anderen rumäniendeutschen Minderheiten unterscheiden sich die Siebenbürger Sachsen durch die lange Tradition der Selbstverwaltung, den evangelischen Glauben und ihre vergleichsweise „große“ Zahl. Bevor sich ausführlich ihrem Schulwesen gewidmet wird, soll die Minderheit zur besseren Einordnung und Abgrenzung kurz vorgestellt werden.³⁰

Die Geschichte der Siebenbürger Sachsen beginnt Mitte des 12. Jahrhunderts, als verschiedene moselfränkische, rheinländische und wallonische Siedler in das Land „jenseits der Wälder“, Transsilvanien oder Siebenbürgen genannt, einwandern.³¹ Sie bewirtschafteten und verteidigten das Land, weswegen ihnen der ungarische König Gèza II. zahlreiche Privilegien gewährte: Persönliche Freiheit, Selbstbestimmung in Glaubens- und Verwaltungsfragen sowie die eigenständige Ernennung von Richtern und Pfarrern. Diese Rechte galten für einen Großteil der Siedlungsgebiete der Siebenbürger Sachsen, die vor allem um die Städte Hermannstadt (Altland), Kronstadt (Burzenland) und Bistritz (Nösnerland) bestanden und „Königsboden“ genannt wurden. Die anderen Teile Siebenbürgens waren zwischen Adligen („Komitatsboden“) und den Ungarisch sprechenden Szeklern („Szeklerboden“) aufgeteilt.

Ungarischer Herkunft ist wohl auch die Gruppenbezeichnung der Siedler als „Saxones“: Sie galt im Mittelalter teilweise als Sammelbegriff für deutschsprechende Völker. Obwohl die Siebenbürger Sachsen nicht sächsischer Herkunft waren, übernahmen sie den Begriff als Eigenbezeichnung.

Im ausgehenden Mittelalter fielen immer öfter Türken in Siebenbürgen ein. Zum Schutz vor Angriffen bauten die Siebenbürger Sachsen hunderte Wehrkirchen, errichteten Schutzmauern und Stadtwälle. Dennoch kam Siebenbürgen als „autonomes Fürstentum“ im 16. Jahrhundert für etwa 150 Jahre unter türkische Herrschaft. Siebenbürger Sachsen, Szekler und ungarische

³⁰ Für ausführlichere Informationen zu den Siebenbürger Sachsen, vgl. Wagner, Ernst: Geschichte der Siebenbürger Sachsen. Ein Überblick, München 2009.

³¹ Verschiedene Theorien zur Einwanderung der Siebenbürger Sachsen nach Transsilvanien erwähnt: Baumgärtner, Wilhelm Andreas: Der vergessene Weg. Wie die Sachsen nach Siebenbürgen kamen, Bonn/Hermannstadt 2010.

Adlige behielten jedoch weitestgehend ihre Freiheiten in Verwaltungs- und Rechtsfragen – sie hatten bis ins späte 19. Jahrhundert hinein Bestand.

Die siebenbürgisch-sächsische Ständeverwaltung mit Sitz in Hermannstadt nannte sich „Nationsuniversität“.³² Nach ihrer Auflösung durch die Ungarn im Jahre 1876 trat die „evangelische Volkskirche als Refugium der eigenen Identität“³³ an ihre Stelle. Bedingt durch die ihnen gewährte Religionsfreiheit und die Erfolge des „siebenbürgischen Reformators“ Johannes Honterus waren die Siebenbürger Sachsen schon im 16. Jahrhundert geschlossen zur evangelisch-lutherischen Konfession übergetreten.

Durch die Ereignisse des 20. Jahrhunderts – Kriege, Deportationen, Enteignungen, Nationalkommunismus, Emigration – ist die ehemalige Volkskirche zur „Diasporakirche“³⁴ geschrumpft; nur wenige Siebenbürger Sachsen sind in ihrer alten Heimat geblieben. Wohnten 1930 noch etwa 230.000 „Saxones“ in Siebenbürgen, waren es kurz vor der großen Auswanderungswelle 1989/90 nur mehr 100.000. Heute leben circa 10.000 – 15.000 Siebenbürger Sachsen in Rumänien, davon etwa ein Drittel im Kreis Hermannstadt.³⁵

3.2 Entstehung und Entwicklung des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens bis ins 18. Jahrhundert

3.2.1 Vorreformatorsche Zeit

Ab dem Jahr 1140 begannen die Siebenbürger Sachsen im Karpatenraum sesshaft zu werden. Auch wenn für die vorreformatorsche Zeit nur spärliche Quellen vorhanden sind, gibt es konkrete Hinweise auf ein weitverzweigtes, dichtes Schulwesen.

So wird vielfach angenommen, dass den Siebenbürger Sachsen die Institution Schule wohl vertraut war: In ihren vermuteten Herkunftsgebieten, vor allem dem Rhein-Mosel-Raum, existierten schon seit der Zeit Karls des Großen einzelne Schulen.³⁶ Einige Historiker vertraten bis ins 20. Jahrhundert hinein die Ansicht, dass die „Saxones“ – bedingt durch

³² „Universität“ hier im Sinne von „Gesamtheit“, hergeleitet vom lat. universitas. Gemeint sind die Vertreter aller Sbg. Sachsen des Königsbodens, vgl. Baier et.al., Minderheiten, S. 22.

³³ S. Ziegler, deutsche Minderheiten, S. 117.

³⁴ Vgl. Klein, Christoph: Von der Volkskirche zur Diasporakirche. Die Veränderungen in der Ev. Kirche A.B. in Rumänien zwischen 1990 und 2014, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 42, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen und der Evangelischen Akademie Siebenbürgen, Ubstadt-Weiher 2014, S. 60 – 73.

³⁵ Vgl. u.a. Baier et.al. Minderheiten, S. 22. Aufschluss über die Anzahl der Gemeindemitglieder (die in etwa identisch mit der Anzahl der Siebenbürger Sachsen ist) gibt die Homepage der evangelischen Kirche A.B. in Rumänien, vgl. (Link): <http://www.evangel.ro/> (zuletzt: 21.03.2017).

³⁶ Vgl. Salzer, Johann Michael: Zur Geschichte der sächsischen Volksschule in Siebenbürgen. Erstes Heft, Hermannstadt 1861, S. 33.

dieses Vorwissen, fehlende Ständeunterschiede und weitgehende Selbstverwaltung – das erste allgemeine Schulwesen der gesamten Welt gehabt hätten.³⁷

Jüngere Forscher widersprechen dem. Paul Philippi etwa weist darauf hin, dass der Aufbau eines allgemeinen Schulwesens eine „planende Instanz“³⁸ voraussetze, die es bei den Siebenbürger Sachsen zunächst nicht gab. Vielmehr hätte sich erst mit der Zeit aus einzelnen sozialen Gruppen eine politische und kulturelle Gemeinschaft entwickelt. Die Anfänge des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens sind daher in den vielen dörflich-ländlichen Gemeinden zu finden; erste städtische Schulen lassen sich erst für das späte 14. und dann vermehrt ab Mitte des 15. Jahrhunderts nachweisen.³⁹ Architektonische und linguistische Analysen sowie die Auswertung einzelner schriftlicher Zeugnisse, lassen den Schluss zu, dass praktisch jede siebenbürgisch-sächsische Gemeinde im 15. Jahrhundert ihre eigene Schule besaß.⁴⁰

Ein Spezifikum für jene frühe Zeit ist die Beziehung von Schulwesen und Kirche, die miteinander „von jeher so innig verwachsen [waren], dass eins mit dem anderen stehen und fallen musste“⁴¹: Hier liegen die Wurzeln für das konfessionelle Schulwesen der Siebenbürger Sachsen, welches bis 1941 bzw. 1948 Bestand hatte.⁴²

In Kirchenregistern finden sich diesbezüglich viele Hinweise: Die Schulmeister wurden vom Pfarrer der Gemeinde ernannt und unterlagen der geistlichen Gerichtbarkeit; Schulgesetze wurden von der Kirche erlassen; die Schulgebäude selbst befanden sich fast ausnahmslos im Inneren der Schutzmauern, welche die Kirchen der Siebenbürger Sachsen umgaben.⁴³

Die Schulen jener Zeit als reine Kirchenschulen zu betrachten, wäre allerdings verfehlt: Sein Gehalt bekam der Schulmeister von der „politischen Gemeinde“⁴⁴ der Ortschaft ausgezahlt; zudem umfasste der Lehrstoff neben Religion und kirchlichem Gesangsunterricht auch Lesen, Schreiben, Rechnen; mitunter wurden auch Latein und die sieben freien Künste gelehrt.⁴⁵ Das

³⁷ Vgl. z.B. Brandsch, Heinz: Haben die Siebenbürger Sachsen das erste allgemeine Schulwesen gehabt? Hermannstadt 1931.

³⁸ S. Philippi, Schulwesen, S. 128.

³⁹ Vgl. Salzer, S. 24.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ S. Salzer, S. 24.

⁴² Vgl. Philippi, Schulwesen, S. 128.

⁴³ Vgl. Salzer, S. 36 – 40.

⁴⁴ S. Brandsch, Heinz: Die siebenbürgisch-deutsche Schule in ihrem Werden. Sonderabdruck aus dem „Gross-Kokler Bote“, Schässburg 1939, S. 8 (weiter zitiert unter „Brandsch, Schule“).

⁴⁵ Vgl. ebd, sowie: Salzer, S. 47f.

Niveau des Unterrichts muss beachtlich gewesen sein; immerhin studierten bis 1530 allein an der Universität Wien 1019 Siebenbürger Sachsen.⁴⁶

Über die Unterrichtsmethodik weiß man freilich wenig; es wird angenommen, dass vor allem im dörflichen Raum wenige Unterrichtsmaterialien zur Verfügung standen und den Schülern der Schulstoff durch wiederholendes Diktieren „eingebläut“ wurde.⁴⁷ In Bezug auf Schulordnungen, Unterrichtszeiten, Räumlichkeiten sowie das Geschlechterverhältnis jener Zeit ist nichts bekannt.

3.2.2 Reformation und Veränderungen

Aufgrund der engen Verknüpfung zwischen Kirche, Gemeindeleben und Schule hatte die, maßgeblich auf den Kronstädter Johannes Honterus zurückgehende, Reformation ganz erhebliche Auswirkungen auf das siebenbürgisch-sächsische Schulwesen; man kann behaupten, dass infolge der Reformation die Schulen „praktisch neu gegründet“ worden wären.⁴⁸

Honterus war durch mehrere Auslandsreisen und sein Studium in Wien mit den Ideen Luthers und Melanchthons vertraut.⁴⁹ Sein Ziel war es, das gesamte siebenbürgisch-sächsische Schulwesen „den Leitgedanken des Protestantismus gemäß umzugestalten“⁵⁰ und dadurch eine „Versöhnung von Glaube und Wissen“⁵¹ herbeizuführen.

Als Beginn dieses Vorhabens wird die Gründung des humanistischen Gymnasiums Kronstadt im Jahre 1544 angesehen, welches auf einer von Honterus ausgearbeiteten Schulverfassung⁵² beruhte. Neben konkreten Bestimmungen bezüglich des Stundenplans, Strafenkatalogs und der Lehrinhalte ist besonders die Einführung einer Schülerorganisation bemerkenswert, die Coetus genannt wurde, sich weitestgehend selbstverwaltete und damit als kleines Abbild siebenbürgisch-sächsischer Organisationsstrukturen gelten kann.

⁴⁶ Nachgewiesen für die Zeit zwischen 1377 – 1530, s. Brandsch, Schule, S. 8.

⁴⁷ Vgl. Salzer, S. 47f.

⁴⁸ Vgl. abgewandeltes Zitat Georg Daniel Teutschs in Bezug auf die Veränderungen, welche die Reformation für die Hermannstädter Schule mit sich brachte, zitiert nach: König, Walter: 625 Jahre Schule in Hermannstadt, in: Jahrbuch der Brukenthalschule 2002 – 2005, S. 8 – 11, hier: S. 8.

⁴⁹ Vgl. Kotzian, S. 118 – 121.

⁵⁰ S. ebd., S. 127.

⁵¹ S. ebd., S. 121.

⁵² Vgl. Constitutio Scholae Coronensis, Auszüge in: Kotzian, S. 124 – 126. Gesamte Schulverfassung u.a. in Schuller, Ute Monika: Der Coetus am Honterus-Gymnasium zu Kronstadt in Siebenbürgen 1544 – 1941. Ein Beitrag zur Geschichte des Helfersystems, der Schülermitregierung und Schülermitverantwortung, München 1963.

Seiner Zeit weit voraus war Honterus auch mit zwei weiteren Schulinitiativen, die er in Kronstadt verwirklichte: Dem Bau einer Mädchenschule und der Gründung einer Art Bürgerschule, in welche jene Schüler unterrichtet wurden, die im späteren Leben einen praktischen Beruf ausüben wollten.⁵³

Nach dem Kronstädter Muster wurden bald in allen größeren, von Siebenbürger Sachsen bewohnten Städten Gymnasien eingerichtet; auch in Hermannstadt.⁵⁴ Dadurch kam es zur Ausprägung eigener Schulzweige; städtischen Gymnasien auf der einen Seite, in denen nach humanistischem Vorbild nun noch mehr Wert auf Latein, Griechisch und die freien Künste gelegt wurde und den ländlichen Volksschulen auf der anderen Seite, welche jedoch gleichfalls vom „Geist der Reformation“ erfasst wurden – so stellte Luthers Katechismus in vielen Dorfschulen das einzige „Schulbuch“ dar.⁵⁵

Luthers Schriften führten dadurch nicht nur im theologischen Bereich zu Veränderungen, sondern auch im linguistischen – allerdings nicht sofort und in jeglicher Hinsicht. Zwar schrieben die Schüler nun im lutherischen Mittelhochdeutsch, jedoch lasen sie die Texte bis weit ins 19. Jahrhundert in ihrem mundartlichen Dialekt vor. Erst dann ordnete der Landesbischof an, dass Schulunterricht zukünftig in der Hochsprache erfolgen sollte.⁵⁶

War die mundartliche Sprache für Siebenbürger Sachsen ein wichtiges Identitätsmerkmal, galt das umso mehr für die im 18. Jahrhundert in den Hermannstädter Raum kommenden Landler. Da sich eines der Untersuchungsobjekte, die Neppendorfer Schule, in einer ehemaligen „Landlergemeinde“ befindet, wird die zweite deutsche Minderheit des Hermannstädter Gebiets an dieser Stelle mit einem kurzen Exkurs eingeführt.

3.2.3 Exkurs: Die Landler

Wie die Siebenbürger Sachsen evangelischen Glaubens, wurden die Landler aufgrund ebendieser Konfession zwischen 1734 – 1776 aus ihrer angestammten österreichischen Heimat⁵⁷ in die südöstlichste Provinz des Habsburgerreiches „transmigriert“. Die zwangsweise Umsiedlung fand in zwei Schüben statt: Zunächst in den Jahren 1734 – 1737

⁵³ Vgl. Kotzian, S. 127.

⁵⁴ In Hermannstadt wohl erst im Jahre 1598, vgl. König, 625 Jahre...S.8. Andere Quellen nennen das Jahr 1555, vgl. Brandsch, Schule, S. 9.

⁵⁵ Ebd., S. 9 – 11.

⁵⁶ Ebenso Kirchenpredigten, vgl. Bottesch, Martin: Deutschsprachige Schulen in Rumänien. Zu ihrer Geschichte und ihrer zukünftigen Rolle, in: Jahrbuch der Brukenthalschule 2011 – 2013, S. 23 – 27, hier: S. 24.

⁵⁷ Die unter Karl VI. zwangsumgesiedelten Landler kamen überwiegend aus dem Salzkammergut, die unter Maria Theresia aus Bereichen Oberösterreichs (dem „Landl“) und Kärntens, weniger aus der Steiermark, vgl. Beer, Mathias: Die Landler. Versuch eines geschichtlichen Überblicks, in: Bottesch, Martin et.al. (Hrsg.): Die siebenbürgischen Landler. Eine Spurensicherung, Band 1, Wien/Köln/Weimar 2002, S. 23 – 81, hier: S. 44 – 54.

unter Karl VI. und in größerem Ausmaß unter Maria Theresia in den Jahren 1752 – 57 und 1773 – 76. Insgesamt waren etwa 4000 Menschen betroffen.⁵⁸

Während die Landler bei den maria-theresianischen Transmigrationen über mehr als 20 Dörfer verteilt und durch die siebenbürgisch-sächsische Mehrheitsgesellschaft assimiliert wurden, wies man ihnen in der ersten Umsiedlungsphase ein relativ kompaktes Siedlungsgebiet unweit von Hermannstadt zu. So entstanden die drei „Landlerdörfer“ Neppendorf, Großau und Großpold.⁵⁹

Die Landler von den in unmittelbarer Nähe wohnenden Siebenbürger Sachsen abzugrenzen, ist nicht einfach.⁶⁰ Dennoch würde man der Gemeinschaft Unrecht tun, wenn man es unterließe. So schreibt Martin Bottesch zum Selbstverständnis der Landler:

„Wir Landler sind evangelischen Glaubens. Wir stammen von Österreichern ab, die ihr Land verlassen mussten, weil sie sich weigerten, katholisch zu werden. [...] Wir sind Deutsche. Von den Siebenbürger Sachsen, mit denen wir in Gemeinschaft leben, unterscheiden wir uns durch unsere Mundart und die Tracht. Wir sind keine Sachsen.“⁶¹

Die Siebenbürger Sachsen waren aus wirtschaftlichen Gründen zunächst wenig begeistert von den Neuankömmlingen⁶², integrierten diese aber, zunächst widerwillig, in ihr Gemeindeleben, bis sich im 19. Jahrhundert schließlich ein wirkliches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelte.⁶³

Zu Beginn versuchten beide Gemeinschaften, sich noch voneinander abzugrenzen. In der Landlergemeinde Großpold bauten die Landler nach ihrer Ankunft eine eigene Schule, für das Jahr 1755 wird bereits ein „Emigranten-Schulmeister“ erwähnt.⁶⁴ Neben den sprachlichen Differenzen, die in der Anfangszeit der Hauptgrund für die getrennten Schulen gewesen sein dürften, mokierten sich die Landler auch über Verhaltensweisen der siebenbürgisch-sächsischen Kinder, etwa deren „vielfältiges Fluchen“ und „unordentliches Weintrinken“. So wurden die Schulen erst zwei Generationen später, im Jahre 1815, vereinigt. Ab diesem

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ In denen aber gleichfalls Siebenbürger Sachsen lebten, vgl. Bottesch et. al., Landler, S. 12.

⁶⁰ Paul Philippi etwa vereinnahmt die Landler, wenn er – aus siebenbürgisch-sächsischer Perspektive – von „unseren Lndlern“ spricht und sie als „zuverlässige Glieder des sächsischen Gemeinwesens“ bezeichnet, s. Philippi, Erbe, S. 133.

⁶¹ S. Bottesch, Martin: Identität und Ethnizität der Landler. Zum Selbstverständnis der Landler, in: Bottesch et. al., Landler, S. 155 – 179, hier: S. 155.

⁶² Vgl. Beer, in: Bottesch et. al., Landler, S. 58 – 61.

⁶³ Vgl. Bottesch, Identität, in: Bottesch et. al., Landler, S. 163.

⁶⁴ Vgl. Bottesch, Martin/ Wien, A. Ulrich: Grosspold. Ein Dorf in Siebenbürgen, Wettin-Löbejün, 2011, S. 264.

Zeitpunkt gingen alle evangelischen Kinder auf eine gemeinsame deutsche Ortsschule.⁶⁵ Mehr als 200 Jahre später umfasst die Landlergemeinschaft heute noch etwa 150 Personen.⁶⁶

3.2.4 Nach der Reformation

Nachdem der „Schwung des Reformationsjahrhunderts“⁶⁷ das siebenbürgisch-sächsische Schulwesen von Grund auf erneuert hatte, wurden die Errungenschaften in den folgenden fast 200 Jahren verwaltet. Neue Akzente setzten erst die Ideen des tschechischen und durch seine Lehrtätigkeit auch in Siebenbürgen bekannten Pädagogen Johann Amos Comenius. Er forderte in seinen Schriften unter anderem die allgemeine Schulpflicht für beide Geschlechter, welche durch einen Kirchensynodenbeschluss aus dem Jahr 1722 für alle siebenbürgisch-sächsischen Schulen auch eingeführt wurde.⁶⁸

Der „Schulzwang“ ging einher mit einer Reihe von Sozialleistungen, durch welchen auch ärmeren Schülern der Schulbesuch ermöglicht werden sollte: Kostenlose Schulbücher, Schülerunterkünfte („Alumnien“) in Städten und Spendensammlungen.⁶⁹ Pietistische Strömungen, die durch die zahlreichen, an deutschen Universitäten ausgebildeten Pfarrer und Lehrer den Weg nach Siebenbürgen fanden, förderten diese Bemühungen zusätzlich.⁷⁰ Überhaupt nimmt ab dieser Zeit der Austausch mit dem „deutschen Mutterland“ immer mehr zu; fast alle Gymnasiallehrer und selbst einige Dorfschullehrer hatten an einer deutschen Universität studiert.⁷¹ Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert sollten sich die Beziehungen noch vertiefen, wobei die kulturell-wissenschaftliche Identifikation mit Deutschland zunehmend durch eine politisch-ideologische ergänzt wurde.

Wenig von den Sozialleistungen profitierten freilich die Lehrer – das sich bis zum heutigen Tage durchziehende Problem der geringen Lehrergehälter findet schon damals Erwähnung, wenn etwa der Hermannstädter Schulrektor klagt: „Der unbedeutendste Lohn wird den Lehrern der Jugend gegeben, ein Gräber bekommt oft mehr als ein Lehrer“⁷².

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Vgl. Baier et. al., Minderheiten, S. 30.

⁶⁷ S. Brandsch, Schule, S. 14.

⁶⁸ Vgl. Kotzian, S. 131 – 137.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 136.

⁷⁰ Brandsch, Schule, S. 17f.

⁷¹ Ebd., S. 10.

⁷² Ebd., S. 14f.

3.3 Schule als „Politikum“

3.3.1 Habsburgische Einflussnahme

Der habsburgische Staat überlässt Siebenbürgen schulpolitisch lange Zeit sich selbst. Erst unter der Regentschaft Maria Theresias tritt er als wahrnehmbarer Akteur in Erscheinung, indem vereinzelt römisch-katholische Schulen errichtet werden. Die Siebenbürger Sachsen reagieren auf die Konkurrenzsituation und schärfen ihr eigenes Schulprofil durch ausformulierte Schul- und Studienordnungen.⁷³ Zudem werden Visitationen durchgeführt und der „Besitzstand“ überprüft. Das Ergebnis ist beachtlich: Im Jahre 1763 verwalten die Siebenbürger Sachsen fünf Gymnasien, 16 höhere Volksschulen (mit Lateinunterricht) und 236 gewöhnliche Volksschulen – auf 500 Siebenbürger Sachsen kam also etwa eine Volksschule.⁷⁴

Maria Theresias Sohn, Kaiser Josef II., versuchte als erster direkt in das siebenbürgisch-sächsische Schulwesen einzugreifen: Im Jahr 1781 erlässt er eine Anordnung mit inhaltlichen, methodischen und rechtlichen Vorgaben, die aber nicht mit den bereits bestehenden siebenbürgisch-sächsischen Schulordnungen korreliert, ein Jahrzehnt „furchtbare Unordnung und Verwirrung“ anrichtet und schließlich wieder zurückgenommen wird.⁷⁵

Dennoch begann nun die Zeit der staatlichen Schulinterventionen. Die Siebenbürger Sachsen, deren Schulwesen durch übergeordnete Organe bis dato überhaupt keine Aufmerksamkeit erfahren hatte, entwickelten infolgedessen neue bildungspolitische Ziele. Unter dem späteren siebenbürgischen Gouverneur Samuel von Brukenthal forcierten sie die Gründung einer deutschen Universität – ein Vorhaben, welches nie verwirklicht wurde⁷⁶ – ferner wurde der Lehrstoff modernisiert⁷⁷ und die Lehrerausbildung systematisiert.⁷⁸ Ein eigenständiges, pädagogisches Lehrerseminar entstand in Hermannstadt jedoch erst im Jahre 1878⁷⁹ – wohl auch als Reaktion auf die veränderte Situation, in der sich das deutsche Schulwesen durch den

⁷³ Vgl. Kotzian, S. 139.

⁷⁴ Vgl. Brandsch, Schule, S. 18.

⁷⁵ Im Jahr 1781 erließ Kaiser Josef II. die „Norma regia pro scholis magni Principatus Transsilvaniae“, mit dem Restitutionsedikt aus dem Jahr 1790 widerrief er sie, vgl. Kotzian, S. 142f.

⁷⁶ Ebd., S. 141.

⁷⁷ Maßgeblich dazu beigetragen, hat der Rektor der Hermannstädter Schule und spätere Landesbischof Georg Daniel Neugeboren, vgl. Brandsch, Schule, S. 20.

⁷⁸ Das war auch ein zentrales Anliegen des Pestalozzischülers Stephan Ludwig Roth, vgl. Kroner, Michael: Stephan Ludwig Roth und die siebenbürgisch-sächsische Lehrerbildung, in: König, Walter (Hrsg.) Beiträge zur Siebenbürgischen Schulgeschichte. Siebenbürgisches Archiv Band 32, S. 233 – 257.

⁷⁹ Ebd., S. 249.

österreichisch-ungarischen Ausgleich des Jahres 1867 und der damit einhergehenden ungarischen Verwaltungshoheit über die Provinz Siebenbürgen befand.

3.3.2 Ungarische Einflussnahme

In den folgenden fast fünfzig Jahren zeigte sich eindrucksvoll die feste Verankerung des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens. Während die katholischen und staatlichen Schulen anderer deutscher Minderheiten, etwa der Banater- oder Sathmarer Schwaben, vollständig im Sinne des ungarischen Staates reglementiert wurden, war dies bei den siebenbürgisch-sächsischen Bildungseinrichtungen nicht der Fall.⁸⁰

Ungarn, welches durch eine Verwaltungsreform im Jahre 1876 die jahrhundertealten Sonderrechte der Siebenbürger Sachsen aufhob, betrachtete die hohe Zahl der nicht-ungarischen Bevölkerung im neuen Königreich (etwa 60%) als „staatsgefährdend“.⁸¹ In der Folge versuchte es, die anderen Ethnien zu „magyarisieren“, also ungarisch umzuerziehen. Welche Auswirkungen das auf die Schulen hatte, verdeutlicht Artikel 17 aus dem Volksschulgesetz von 1907⁸²:

„Jede Schule und jeder Lehrer, ohne Rücksicht auf den Charakter der Schule und darauf, ob der Lehrer staatliche Unterstützung genießt oder nicht, ist verpflichtet, in den Seelen der Kinder den Geist der Anhänglichkeit an das ungarische Vaterland und an das Bewusstsein der Zugehörigkeit zur ungarischen Nation, sowie eine sittlich-religiöse Denkart zu entwickeln und zu kräftigen“.

Die „patriotische Erziehung“ im Sinne des ungarischen Staates verbot weiterhin jegliche Bezüge zur eigenen Geschichte oder Geographie; gleichzeitig mussten alle Klassenzimmer mit ungarischen Flaggen, Wappen und Wandbildern versehen werden.⁸³

Noch schwerer wogen die neuen Sprachvorschriften: Bereits im Kindergarten wurde Ungarisch gelehrt, nach der 4. Klasse sollten die Schüler schon „Gedanken magyarisch in Wort in Schrift ausdrücken können“⁸⁴; alle Lehrer mussten dazu in der Lage sein, ihren Unterricht in ungarischer Sprache abzuhalten.⁸⁵

⁸⁰ Für eine umfassende Gegenüberstellung der Schulwesen der Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben und Sathmarer Schwaben, vgl. Kotzian, S. 155 – 199.

⁸¹ Vgl. Wagner, Geschichte der Siebenbürger Sachsen, S. 74 – 76.

⁸² S. Gündisch, Guido: Das neue Volksschulgesetz. Der Gesetzartikel XXVII. vom Jahre 1907 über die Rechtsverhältnisse der nichtstaatlichen Elementarvolksschulen und über die Bezüge der kommunalen und konfessionellen Volksschullehrer, Kronstadt 1907, S. 20f.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ S. Brandsch, Schule, S. 25.

⁸⁵ Ebd.

Die Siebenbürger Sachsen befanden sich in einem „Abwehrkampf“⁸⁶: Notwendigerweise integrierten sie das Ungarische in ihre Stundenpläne, verfassten aber gleichsam detaillierte Schulordnungen, wonach der Religions- und Deutschunterricht oberste Priorität besaß. Als Beispiel für diesen Spagat kann die Ausformulierung der „neuen Schulordnung für den Volksschulunterricht im Umfange der evangelischen Landeskirche A.B. in Siebenbürgen“ durch den damaligen Landesbischof Georg Daniel Teutsch gelten, in welcher in sehr detaillierter und klarer Sprache Unterrichtsziele, Fachinhalte und Disziplinarmaßnahmen aufgeführt sind, die sich, wie Ortfried Kotzian bemerkt, „an hohen moralischen Werten orientierten und die Zukunft des deutschen Schulwesens sichern halfen“.⁸⁷

Neben der historisch gewachsenen Bedeutung garantierte vor allem die konfessionelle Zugehörigkeit zur evangelisch-lutherischen Kirche den Fortbestand des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens. Die Kirche übte die Schulaufsicht aus, überwachte Abschlussprüfungen, organisierte Schul- und Lehrerkonferenzen, Feste und Ausflüge.⁸⁸ In Hermannstadt entwickelte sich aus dem bereits seit 1878 bestehenden theologisch-pädagogischen Seminar im Jahr 1894 eine zentrale Lehrerbildungsanstalt, Gymnasiallehrer mussten allerdings weiterhin ein vollwertiges Theologiestudium vorweisen, das sie fast ausschließlich an deutschen Universitäten erlangten.⁸⁹ Im europäischen Vergleich etwas verspätet, erhielten im Jahr 1901 auch Frauen Zugang zum Lehrberuf.⁹⁰

Das äußerst dichte siebenbürgisch-sächsische Schulnetz umfasste in jener Zeit neben Kindergärten, Volksschulen und achtklassigen Gymnasien auch Bürger-, Real- und ländliche Fortbildungsschulen.⁹¹ Waren die elitären Gymnasien schon länger für nicht-deutsche Schüler ein erstrebenswertes Ziel, entwickelten sich auch andere weiterführende Schulen zu

⁸⁶ Ebd., S. 24.

⁸⁷ Vgl. dazu: Kotzian, S. 158 – 162, Zitat s. S. 162.

⁸⁸ Vgl. König, Walter: Der Kampf um die Schule, in: Schuster, Oskar (Hrsg.): Epoche der Entscheidungen. Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert, Köln/Wien 1984, S. 101 – 112, hier: S. 101 – 103 (weiter zitiert unter: „König, Kampf“).

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Während es im Jahr 1900 an siebenbürgisch-sächsischen Schulen - mit Ausnahme „technischer Lehrerinnen“, die u.a. Handarbeit, Turnen und Musik unterrichten - nur Lehrer gab, waren zur gleichen Zeit etwa ein Drittel aller ungarischen Lehrer weiblich, vgl. Thomas, Karl: Die bisherige Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Lehrerinnenfrage in unserer evangelisch-fachlichen Landeskirche, o.O.. o.J. Im Zentralarchiv der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien in Hermannstadt einsehbar unter: L IV 1, 34.

⁹¹ Im Jahre 1900 unterstanden der siebenbürgisch-sächsischen ev. Landeskirche A.B.: 256 Volksschulen, 14 höhere Volksschulen/ Bürgerschulen, 7 Gymnasien (2 vier, 5 achtklassig), 2 Realschulen. Zu jener Zeit gab es nur etwa 230.000 Siebenbürger Sachsen; das Schulnetz war also ausgesprochen dicht, vgl. König, Walter: Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen in der Zwischenkriegszeit, in: Roth, Harald/Wien, Ulrich: Siebenbürgisches Archiv Band 38, Schola seminarum rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien, S. 90 – 118, hier: S. 91. (weiter zitiert unter: “König, Zwischenkriegszeit“).

„gesamtsiebenbürgischen Bildungsstätten“⁹². Vor allem rumänische Schüler zeigten ein reges Interesse am deutschen Ausbildungswesen.⁹³

3.3.3 Rumänische Einflussnahme

Zwar stellten die Rumänen in Siebenbürgen schon im 19. Jahrhundert die Bevölkerungsmehrheit; allerdings besaßen sie als Volksgruppe kaum Rechte.⁹⁴ Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich das schlagartig: Am 1. Dezember 1918 wurde in Karlsburg der Anschluss Siebenbürgens an Rumänien verkündet und in den dazugehörigen Beschlüssen allen „mitbewohnenden Völkern [...] die volle nationale Freiheit“ zugesichert.⁹⁵ Dazu gehörten u.a. konfessionelle Autonomie, muttersprachlicher Unterricht und kulturelle Eigenständigkeit.

Die Versprechungen wurden allerdings nicht eingelöst: Minderheitenrechte fanden in der Verfassung von 1923 nicht die erhoffte Beachtung, weswegen sie von den Siebenbürger Sachsen auch abgelehnt wurde. In der Folge kam es zu einem Déjà-vu-Erlebnis für die deutschen Minderheiten: Wie schon Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg, versuchte nun auch der rumänische Staat, das gesamte Schulwesen unter seine Kontrolle zu bringen. Handelte die ungarische Regierung jedoch primär aus einem nationalistischen Antrieb heraus, war Rumänien mit der Verwaltung des multinationalen Siebenbürgen schlicht überfordert: Der alt-rumänische, ethnisch weitgehend homogene Staat⁹⁶ war, angelehnt an das französische Vorbild, als zentralistischer Einheitsstaat konzipiert. Siebenbürgen sollte so rasch wie möglich an diesen angeglichen werden, wobei historisch gewachsene Minderheitenstrukturen, -traditionen und -rechte ignoriert wurden.⁹⁷ So war die evangelische Kirche zwar formal noch Trägerin der siebenbürgisch-sächsischen Schulen, musste sich allerdings nach den verbindlichen Lehrplan-, Prüfungs-, und Sprachvorgaben aus Bukarest richten.⁹⁸

Eine schwere Hypothek waren auch die Enteignungen infolge einer „Agrarreform“: Die evangelische Kirche büßte 55% ihres Landesbesitzes ein, manche siebenbürgisch-sächsischen

⁹² König, Walter: Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen, in: Roth, Harald/Wien, Ulrich: Siebenbürgisches Archiv Band 38, Schola seminarum rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien, S. 1 – 24, hier: S. 9.

⁹³ Ebd., S. 9f.

⁹⁴ Im Jahre 1910 setzte sich die Bewohnerschaft Siebenbürgens aus 54% Rumänen, 31,7% Ungarn und 10,5% Deutschen zusammen. (Rest: Kleinere Gruppen, vor allem Juden und Roma), vgl. Roth, Harald: Kleine Geschichte Siebenbürgens, 4. Auflage, Wien et.al. 2012, S. 125f.

⁹⁵ S. König, Zwischenkriegszeit, S. 94.

⁹⁶ Gemeint sind die beiden historischen Fürstentümer Moldau und Walachei, die zwischen 1878 und 1918 den ersten modernen rumänischen Nationalstaat umfassten.

⁹⁷ Vgl. König, Zwischenkriegszeit, S. 94 – 97.

⁹⁸ Vgl. König, Kampf, S. 105.

Gemeinden verloren noch mehr Grund und Boden. Da Kirche und Gemeinden das gesamte siebenbürgisch-sächsische Schulwesen finanzierten, befand sich dieses nun in einer schweren wirtschaftlichen Notlage.⁹⁹

Vor allem in kleineren Gemeinden war die Situation prekär: Die „geruhige Grundlage“¹⁰⁰ auf welche sich die Volksschulen bis dato stützen konnten, wurde durch die Enteignungen „zerstört, beinahe restlos vernichtet“.¹⁰¹ Als Reaktion darauf wurden Kirchen- und Gemeindesteuern drastisch erhöht, Pfarr- und Lehrerstellen zusammengelegt und vereinzelt sogar Schulen geschlossen. Eine Schulschließung galt jedoch immer als Ultima Ratio, war doch die Konsequenz, dass die deutschen Schüler auf rumänische Schulen wechseln mussten und dadurch früher oder später in die rumänische Mehrheitsgesellschaft assimiliert worden wären.

Die Schulfrage wurde für die Rumäniendeutschen zum alles dominierenden Thema. Im nationalistisch geprägten Klima der Zwischenkriegszeit wurde die Schule in pathetischer Überhöhung „das einzige Instrument, [um das deutsche] Volkstum zu erhalten“.¹⁰²

3.3.4 Nationalsozialistische Einflussnahme

Neben die angeschlagene Kirche als bisherige Hüterin des Schulwesens, gesellte sich die „Deutsche Partei“ als gewählte, rumäniendeutsche Interessensvertretung. Für sie hatte die Beibehaltung deutscher Schulen oberste Priorität, obgleich ihr parlamentarischer Kampf wenig ausrichtete. Erheblichen Einfluss gewannen dagegen nationalsozialistisch orientierte Gruppen: Die 1930 durch Fritz Fabritius gegründete NSDR („Nationalsozialistische Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien“), die später zur „nationalen Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien“ (NEDR) werden sollte und 1935 bereits den Vorsitz im „Verband der Deutschen in Rumänien“ innehatte – den sie in „Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien“ umbenannte. Zusammen mit der ebenfalls nationalsozialistischen „Deutschen Volkspartei Rumäniens“ (DVR) etablierte sich die so

⁹⁹ Vgl. Wagner, Geschichte, S. 96.

¹⁰⁰ S. Holzträger, Fritz: Abbau, Umbau, Aufbau. Betrachtungen und Gedanken zur gegenwärtigen Lage unseres siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens. Sonderabdruck aus dem Märzheft der Zeitschrift „Klingsor“, Schässburg 1930, S. 4.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd., S. 9.

genannte deutsche Volksgruppe zur „alleinberechtigte[n] Vertretung des rumänischen Deutschtums“ und geriet in direkte Abhängigkeit zum Deutschen Reich.¹⁰³

Dieses übte in der Folgezeit massiven Druck auf seinen rumänischen Bündnispartner aus: Die deutsche Volksgruppe wurde 1940 zur Person öffentlichen Rechts erklärt, die bereits in den Karlsburger Beschlüssen versprochene Schulautonomie wurde ein Jahr später durch das „Volksgruppen-Schulgesetz“ ermöglicht. Allerdings unterstanden die Schulen nun nicht mehr der Kirche sondern der deutschen Volksgruppe, welche für Schulneugründungen, Lehr- und Prüfungsordnungen verantwortlich war.

Die autoritär zustande gekommene und ideologisch überlagerte Selbstverwaltung hielt nur knapp drei Jahre: Nach dem Sturz des Generals Ion Antonescu am 23. August 1944 wechselte Rumänien die Fronten und erklärte dem Deutschen Reich den Krieg. Die „deutsche Volksgruppe“ wurde aufgelöst und die Schulen vorerst wieder den Kirchen zurückgegeben.

3.3.5 Zusammenfassung

Durch die ausführliche, schulgeschichtliche Darstellung sollte auf den Ursprung, die historische Entfaltung und die zahlreichen Eigenheiten des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens hingewiesen werden, durch welche es sich von denen anderer rumäniendeutschen Gruppen signifikant unterscheidet.

Zunächst sei an dieser Stelle noch einmal die selbstständige Entwicklung hervorgehoben: Erste Schulen wurden in Eigeninitiative durch die Gemeinden errichtet, bis ins 18. Jahrhundert gab es keine übergeordnete staatliche Institution, die den Aufbau anordnete, förderte oder in ihrem Sinne mitbestimmte.

Untrennbar mit dem Schulwesen verbunden ist dafür seit jeher die Kirche und zwar auf allen Ebenen: Politisch als Trägerin der Schulen; wirtschaftlich durch Finanzierung, Erhalt und Ausbau aller Bildungseinrichtungen; personell durch die häufige Verbindung von Pfarr- und Lehrberuf und der Existenz unterrichtsgestaltender Konsistorien sowie inhaltlich aufgrund der gekoppelten pädagogisch-theologischen Lehrerausbildung und des Religionsunterrichtes.

Die konfessionelle Zugehörigkeit war der Hauptgrund für die weitgehende Immunität des Schulwesens gegenüber staatlichen Eingriffen des Habsburgerreiches, Ungarns und

¹⁰³ Vgl. Kotzian, S. 292 und 297f. Die deutsche Volksgruppe betrieb keine eigenständige Politik, sondern war nur ein „Objekt der nationalsozialistischen Machtpolitik“ bzw. ein „Instrument der NSDAP“, vgl. ebd., S. 305.

Rumäniens bis zum Zweiten Weltkrieg. Erst die in- und ausländischen nationalsozialistischen Kräfte separierten die Schule kurzzeitig von der Kirche.

Eng mit der evangelischen Kirche verknüpft, sind auch die beständigen Erneuerungen und Verbesserungen, die über die Jahrhunderte Eingang ins deutsche Schulwesen fanden und dafür sorgten, dass es seine positive, nationenübergreifende Reputation erlangte: Humanistische, pietistische, rationalistische oder pädagogische Strömungen, nach Siebenbürgen gebracht durch Theologiestudenten deutscher Universitäten, die später oft führende Positionen in der Schul- und Kirchenverwaltung besetzten und die Institutionen schrittweise reformierten. Das alles sorgte dafür, dass es zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein so dichtes, widerstandsfähiges und renommiertes deutsches Schulwesen in Siebenbürgen und speziell in den siebenbürgisch-sächsischen Gemeinden gab.

3.4 Schule im Kommunismus

3.4.1 Verstaatlichung

Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung anderer süd-, ost- und mitteleuropäischer Länder wie der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen oder Jugoslawien, wurden die Rumäniendeutschen nach 1945 nicht rigoros des Landes verwiesen. Der Umgang mit ihnen lässt sich in zwei Phasen gliedern: In einer ersten „Periode der Außergesetzlichkeit“¹⁰⁴, die unmittelbar nach dem Frontenwechsel Rumäniens im August 1944 einsetzte, galten sie als Kollaborateure des NS-Regimes, denen jegliche politische oder wirtschaftliche Teilhabe untersagt war. Ihre Ländereien wurden enteignet, die Häuser beschlagnahmt und an rumänische Familien vergeben. Ab Januar 1945 mussten etwa 75 000 Rumäniendeutsche zur „Wiedergutmachung“ in die Sowjetunion, circa 15% von ihnen kamen bei den Deportationen ums Leben.¹⁰⁵

Interessanterweise blieb das deutsche Schul- und Kulturleben von all diesen Restriktionen verschont: Deutsche Publikationen durften weiterhin erscheinen, muttersprachliche Schulen – wieder unter kirchlicher Obhut – bestanden vorerst fort.¹⁰⁶

¹⁰⁴ S. Lengyel, Zsolt: Politisches System und Minderheiten in Rumänien 1918 – 1989. Abriss über die inneren Integrationsprobleme des zentralistischen Einheitsstaates am Beispiel der Deutschen und Magyaren, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde Heft 24 (2001/2), S. 190 – 212, hier: S. 205.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Baier, Hannelore: Die Deutschen Rumäniens als Objekt staatlicher Willkür – oder Kontinuitäten trotz Diskontinuität, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 41, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen und der Evangelischen Akademie Siebenbürgen, Ubstadt-Weiher 2013, S. 105 – 124, hier: S. 105f.

Eine zweite Phase setzte mit der Implementierung der kommunistischen Partei als alleiniger Partei und Regierungsmacht ein: Unterstützt durch die Sowjetunion waren alle anderen Parteien ausgeschaltet worden, im Dezember 1947 wurde König Michael I. zur Abdankung gezwungen. Die Maßnahmen der Kommunistischen Partei zielten nun auf eine grundlegende Veränderung des gesamten Staatswesens ab, weniger auf die Reglementierung der deutschen Gemeinschaft als Teil davon.¹⁰⁷ Ab dem Jahr 1950 durften die Rumäniendeutschen wieder an Wahlen teilnehmen, durch das Dekret Nr. 81/1956 erhielten sie ihre Häuser zurückerstattet. Die in der Verfassung vom April 1948 garantierten Minderheitenrechte – rechtliche Gleichstellung und die Möglichkeit muttersprachlichen Schulunterrichts – galten so auch für sie.¹⁰⁸

Relativiert werden all diese formalen Zugeständnisse durch die tatsächlichen Entwicklungen im Bildungsbereich: Nachdem bereits im Juli 1948 alle „fremden Schulen“ aufgelöst worden waren, wurden am 3. August 1948 durch die Dekrete 175 und 176 alle konfessionellen und privaten Schulen verstaatlicht und deren Schulvermögen konfisziert.¹⁰⁹ Per Gesetz wurden die Aufgabenbereiche von Schule und Kirche neu definiert und strikt voneinander getrennt:

„[Die Schule ist] die Einrichtung, die die Bestimmung hat, den jungen Generationen die notwendigen Kenntnisse allgemeiner Kultur und der Wissenschaft zu vermitteln; dem Lande Fachleute für alle Gebiete menschlicher Tätigkeit zu geben; (...) bewusste Staatsbürger zu erziehen, die der Rumänischen Volksrepublik ergeben sind. Die Kirche ist die Stätte der Gebete der Glaubenden, der Ort, wo sie in freier Weise ihren religiösen Glauben ausüben“.¹¹⁰

Die über Jahrhunderte bestehende und für das siebenbürgisch-sächsische Schulwesen so fruchtbare Verbindung zwischen Kirche und Schule gehörte dadurch der Vergangenheit an. Es verlor seine Sonderstellung und unterschied sich in der Folge nicht mehr von dem anderer rumäniendeutscher Minderheiten, weswegen ab hier auch von der Entwicklung des gesamtumäniendeutschen Schulwesens gesprochen wird.

3.4.2 Aufbau und Entwicklung des rumäniendeutschen Schulwesens im Kommunismus

In den folgenden mehr als 40 Jahren gab es kein eigenständiges deutsches Schulwesen mehr: Alle Schulen waren Teil des rumänischen Staatsschulwesens. Die Volksrepublik Rumänien bestimmte Lehrplaninhalte, Prüfungsordnungen und Unterrichtsmaterialien. Von den

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Vgl. Wagner, Geschichte, S. 100f. sowie ferner: Kotzian, S. 341.

¹⁰⁹ Vgl. Kotzian, S. 343.

¹¹⁰ Basierend auf Aufzeichnungen des ehem. Siebenbürgisch-sächsischen Landesbischofs Friedrich Müller, zitiert nach: Schullerus, Gerhard (Hrsg.): Aus Verantwortung für die Kirche. Schriften aus dem Nachlass und Nachdrucke von Bischof Friedrich Müller II, Hermannstadt/Bonn 2010, S. 81.

rumänischen Lehrbüchern unterschieden sich die deutschen nur durch die Sprache; Inhalt, Aufbau und Zielsetzung waren identisch, ganz im Sinne Lenins, wonach der muttersprachliche Unterricht „dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national“ zu sein habe.¹¹¹

Die rechtliche Grundlage für den muttersprachlichen Unterricht bildeten die in Verfassung von 1965 verankerten Minderheitenschutzrechte, welche sich größtenteils schon in jener von 1948 fanden. Artikel 17 garantierte die Gleichberechtigung aller Bürger, in § 22 wurde den nicht-rumänischsprachigen Kindern ein Recht auf Unterricht in ihrer Muttersprache zugestanden. Im Wortlaut heißt es:

„In der sozialistischen Republik Rumänien werden den mitwohnenden Nationalitäten der freie Gebrauch der Muttersprache sowie Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Theater und Unterricht aller Stufen in ihrer eigenen Sprache gesichert.“¹¹²

Die vormals selbstständigen deutschen Schulen wurden allerdings mehrheitlich als „deutsche Abteilungen“ bestehenden rumänischen Schulen angegliedert. Davon zunächst ausgenommen waren fünf Lyzeen und einige wenige, sich in rein deutschen Gemeinden befindliche Bildungseinrichtungen.¹¹³

Das rumänische Bildungssystem im Kommunismus war dreiegliedert (*vgl. zum Aufbau auch die eingefügte Graphik weiter unten im Text*): Auf den Vorschulunterricht und die vierjährige Grundschule folgten der vierjährige Besuch eines „Gymnasiums“ und das zweijährige Pflichtlyzeum für alle. Nach der Absolvierung der zehnjährigen Schulpflicht gab es eine Vielzahl von Optionen: Sofortige Erwerbstätigkeit, ein- oder zweijähriger Berufsunterricht oder der Besuch eines weiterführenden zwei- oder dreijährigen Fachlyzeums, welches die Möglichkeit bot, das Bakkalaureat zu erlangen und sich später in einer Hochschule oder postlyzealen Fachschule einzuschreiben.¹¹⁴

Die marxistisch-leninistische Weltanschauung bildete das Grundfundament des gesamten Unterrichts: Alle Lehrinhalte waren durch die kommunistische Partei vorgegeben oder mit ihr abgestimmt. Hinzu kam eine – durch die Schulgesetznivellierung im Jahr 1977 noch stärker

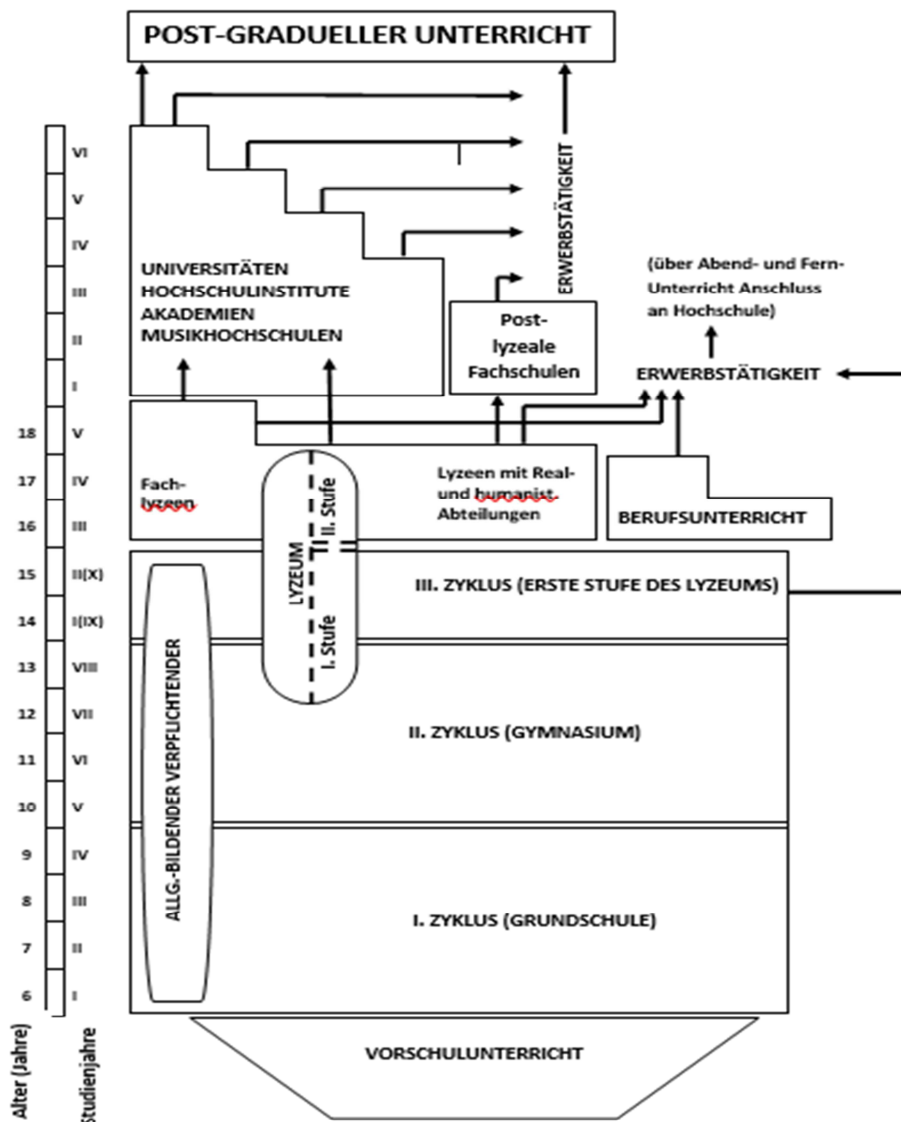
¹¹¹ Vgl. König, Walter: Die gegenwärtigen Schulverhältnisse der Deutschen in Rumänien (1977), in: König, Schola, S. 278 – 328, hier: S. 284 und 287. (weiter zitiert unter: „König, Schulverhältnisse“).

¹¹² Zitiert nach: König, Schulverhältnisse, S. 287.

¹¹³ Ebd., S. 284. Ein Lyzeum beinhaltete die Klassenstufen IX und X, z.T. auch IX – XII. Eines der eigenständigen Lyzeen war das Brukenthalgymnasium in Hermannstadt, welches während der kommunistischen Zeit „Lyzeum Nr. 1.“ hieß. Die anderen Lyzeen waren das Honterus Lyzeum in Kronstadt, das Nikolaus-Lenau-Lyzeum in Temeschwar, das Lyzeum Nr. 6 in Arad und das Lyzeum Nr. 21 in Bukarest, vgl. ebd., S. 298.

¹¹⁴ Vgl. Graphik, ebd., S. 286.

betonte – Ausrichtung des Bildungswesens nach wirtschaftlichen Kriterien, die sich beispielsweise durch einen enorm hohen Praktika-Anteil am Regelunterricht niederschlug – so waren im Schuljahr vor der Wende fast ein Drittel (31%) aller Unterrichtsstunden im Lyzeum für die Ausübung praktischer Tätigkeiten reserviert.¹¹⁵ Zu den „praktischen Tätigkeiten“ zählte im Herbst und Frühjahr vor allem die Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben; im Winter wurde sich in z.T. schuleigenen Werkstätten der Holz- und Metallverarbeitung gewidmet.¹¹⁶



¹¹⁵ Vgl. König, Walter: Das rumänische Bildungswesen nach der „Revolution“, in: König, Schola, S. 347 – 359, hier: S. 348 (weiter zitiert unter: „König, Revolution“).

¹¹⁶ Das galt zumindest bis zur Wende für das Lyzeum Nr. 1 (Brukenthal-Lyzeum) in Hermannstadt vgl. Informationsgespräch mit dem Sekretär der Brukenthalschule, Herrn Roşian, geführt vom Verfasser am 08. März 2017 im Sekretariat der Brukenthalschule in Hermannstadt.

An den deutschen Abteilungen wurden – sofern dafür ausgebildetes Lehrpersonal zur Verfügung stand – alle Fächer in Deutsch unterrichtet. Eine Ausnahme stellten die Fächer „Geschichte der Rumänen“ und Geographie Rumäniens dar, die in der Landessprache unterrichtet werden mussten, sowie der Fremdsprachenunterricht.¹¹⁷ Der Religionsunterricht fiel in der kommunistischen Zeit aus dem Fächerkanon.¹¹⁸

Ob eine deutsche Abteilung eingerichtet wurde, hing von der Zahl der angemeldeten Schüler ab. Die Mindestanzahl unterschied sich vom Typus der Bildungseinrichtung, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:¹¹⁹

Bildungseinrichtung	Erforderliche Mindestschüleranzahl zur Errichtung einer deutschen Abteilung
Kindergarten [vor Klasse I]	25 (in Ausnahmefällen: 20)
Grundschule [Klasse I – IV]	20 (in Ausnahmefällen: 7)
„Gymnasium“ [Klasse V – VIII]	25 (in Ausnahmefällen: 9 oder 10)
Lyzeum [Klasse IX – X bzw. XII]	36 (in Ausnahmefällen: 18)

Die Mindestanzahl im Kindergarten und in der Grundschule bezog sich auf die gesamte Bildungseinrichtung, jene des „Gymnasiums“ und des Lyzeums auf die jeweils erforderliche Klassenstärke. Die Entscheidung ob ein „Ausnahmefall“ vorlag und die Errichtung einer deutschen Abteilung gewährt wurde, oblag allein dem Bildungsministerium und den vom Ministerium kontrollierten Kreisschulbehörden. Je niedriger die Schulstufe, desto kulanter wurde die Mindestschülerzahl in der Regel gehandhabt. Vor allem im Grundschulbereich existierten zahlreiche Schulen, in denen die Klassen I – IV zusammengelegt worden waren und weniger als ein Dutzend Schüler im Simultanunterricht unterrichtet wurden.¹²⁰

Ab der 5. Klasse war kein Simultanunterricht mehr möglich. Viele deutsche „Gymnasien“ bestanden jedoch bis in die 1980er Jahre, obwohl ihre Klassenstärke „unter der Norm“ war: Im Schuljahr 1981/82 hatten beispielweise über 60 deutsche Klassen nicht die erforderlichen

¹¹⁷ Für eine genaue Auflistung der Unterrichtsfächer und deren jeweilige Gewichtung [Klasse I – VIII] vgl. König, Schulwesen, S. 294f.

¹¹⁸ Dennoch besuchten nahezu 100% aller siebenbürgisch-sächsischen Jugendlichen den meist am Samstagnachmittag stattfindenden Konfirmandenunterricht, viele auch eine Art Ersatzreligionsunterricht durch den örtlichen Pfarrer, vgl. ebd., S. 295.

¹¹⁹ Zahlen entnommen aus: König, Kampf, S. 108 – 110.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 109.

25 Schüler.¹²¹ Danach sorgten zwei Entwicklungen dafür, dass immer mehr deutsche Gymnasialabteilungen geschlossen werden mussten: Ein zunehmender Lehrerschwund, der durch die Massenentlassungen aller ausreisewilliger Lehrer im Herbst 1981 eine neue Dimension erhielt und die Zunahme praktischer Fächer, welche eine Arbeit in städtischen Betrieben vorsah und durch die viele ländliche Abteilungen aufgelöst wurden.

Noch stärker von der Ausrichtung nach ökonomischen Kriterien betroffen waren die Lyzeen: Durch das bereits oben erwähnte neue Schulgesetz wurden mit Beginn des Schuljahres 1977/78 alle Lyzeen in Fachlyzeen umgewandelt, von denen es neun verschiedene Typen gab, die sich wiederum in 34 Profile unterteilten. Die Einrichtung deutscher Lyzeen wurde durch die Zersplitterung massiv erschwert, Ausnahmeregelungen bezüglich der Mindestschülerzahl wurden in der Lyzealstufe seltener gewährt.¹²²

Überhaupt agierten die staatlichen Schulbehörden von Kreis zu Kreis unterschiedlich: Mancherorts kamen sie den deutschen Minderheiten weit entgegen, in anderen Gemeinden verweigerten sie die Genehmigung zum Auf- und Ausbau einer deutschen Abteilung, obwohl die Mindestschülerzahl weit übertroffen wurde.¹²³

Unter staatliche Ägide geriet auch die Lehrerausbildung: War es vor dem 2. Weltkrieg üblich, dass zukünftige deutsche Lyzeallehrer [Klassen IX – XII] für ein Universitätsstudium nach Deutschland gingen, verblieben sie nun in Rumänien. Da es dort keine deutschsprachigen Universitäten gab, absolvierten sie das Studium in rumänischer Sprache. Ausgenommen davon war nur das Studienfach „Deutsche Sprache und Literatur/Germanistik“, das an fünf Universitäten angeboten wurde.¹²⁴ Gymnasiallehrer [Klassen V – VIII] wurden an sogenannten Pädagogischen Instituten ausgebildet, der Unterricht erfolgte ebenfalls ausschließlich auf Rumänisch. Aufnahmeprüfungen konnten durch die Studenten in ihrer Muttersprache – also auch auf Deutsch – abgelegt werden; von diesem Recht wurde allerdings selten Gebrauch gemacht.¹²⁵

¹²¹ Ebd.

¹²² Ebd., S. 109 – 111.

¹²³ Vor allem in den 1950er und 1960er Jahren gab es in vielen mehrheitlich deutschen Ortschaften zu wenige Plätze in den deutschen Schulabteilungen, berichtet zumindest für den Raum Hermannstadt und Mediasch: Michaelis, Luitpold: Aus meiner frohen Schularbeit. Heitere Erzählungen, o.O. 1973, S. 112f.

¹²⁴ Das waren die Universitäten in Bukarest, Klausenburg, Temeschwar, Jassy und Hermannstadt. Deutsche Studenten waren – im Vergleich zum Bevölkerungsanteil – überrepräsentiert. In deutscher Sprache konnte sonst lediglich evangelische Theologie in Hermannstadt studiert werden, vgl. König, Schulverhältnisse, S. 304 – 312.

¹²⁵ Diese Regelung galt auch für Universitäten, vgl. ebd.

Ein Sonderfall war das Pädagogische Lyzeum Hermannstadt, in dem zukünftige deutsche Kindergärtnerinnen und Grundschullehrer ausgebildet wurden – der Unterricht erfolgte hier in deutscher Sprache. Die Absolventen wurden später an die deutschen Einrichtungen des gesamten Landes vermittelt, weswegen der Ausbildung „eine Art Schlüsselstellung für den deutschsprachigen Unterricht“ zukam.¹²⁶ Wie viele Auszubildende aufgenommen wurden, hing vom Bedarf der deutschen Grundschulen und Kindergärten ab und wurde Jahr für Jahr neu berechnet und festgelegt. Der überwiegende Anteil der Auszubildenden war weiblich und hatte einen ländlichen Hintergrund.¹²⁷

Die Lehrerausbildung steht so symptomatisch für das gesamte deutsche Schulwesen im kommunistischen Rumänien: Während in den niederen Schulstufen und der Vorschulbildung eine weitreichende deutschsprachige Ausbildung gewährleistet wurde, nahm diese für die höherklassigen Schultypen immer mehr ab.

3.4.3 Situation kurz vor 1989

Über die unmittelbare Vorwendezeit gibt ein Beitrag des bereits erwähnten Schulhistorikers Walter König Aufschluss, den dieser im Sommer des Jahres 1989 verfasste.¹²⁸ In diesem macht er zunächst auf Schwierigkeiten hinsichtlich der Statistikangaben aufmerksam: Nur bis zum Schuljahr 1982/83 verlautbarte der rumänische Staat die Schüler- und Lehrerzahlen der deutschen Abteilungen. Alle späteren statistischen Angaben bis zur Wende beruhen größtenteils auf Schätzungen.¹²⁹

In der letzten amtlich-statistischen Erhebung für das Schuljahr 1982/83 zählte man 638 deutschsprachige Bildungseinrichtungen oder Abteilungen, die 49.441 Kinder/Schüler besuchten und in denen 1.997 Lehrer/Erzieherinnen arbeiteten. König schätzt, dass die Zahl der deutschen Abteilungen bis 1989 auf etwa 550 zurückging, die der Schüler auf rund 35.000. Bei den Angaben ist zu beachten, dass auch rumänische Schüler vermehrt deutsche Abteilungen besuchten – es wird also nicht die Anzahl deutscher Schüler wiedergegeben,

¹²⁶ S., ebd., S. 310.

¹²⁷ So waren von 140 Absolventen im Schuljahr 1976/77 nur 8 männlich. Männliche Kindergärtner gab es nicht, vgl. ebd.

¹²⁸ Vgl. König, Walter: Die Schulsituation der Deutschen in Rumänien 1989, in: Zugänge. Forum des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Heft 7/ Januar 1990, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen, Heidelberg 1990, S. 24 – 31 (weiter zitiert unter „König, Rumänien 1989“).

¹²⁹ Ebd., S. 25.

sondern die Zahl der Schüler oder Kinder, die deutsche Einrichtungen besuchten. Dazu gehörten neben den Schulen natürlich auch die Kindergärten.¹³⁰

Aufgrund der zunehmenden Auswanderungsbewegung spitzte sich die Situation in vielen deutschen Schulen zu: Es fehlte sowohl an Schülernachwuchs, als auch an geeigneten, deutschsprachigen Fachlehrern. In rund 60% der deutschen Dorfgrundschulen wurde bereits vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Simultanunterricht gelehrt, d.h. ein Lehrer betreute zwei, drei oder vier Klassen gleichzeitig. Auch wenn solch eine zusammengeschrumpfte Schule „nicht mehr die frühere Funktion in einem Dorf erfüllt[e]“, war doch allein ihr Vorhandensein in den meisten deutschen Minderheitengemeinden bemerkenswert.¹³¹

Für die höheren Schulen – also für „Gymnasium“ und Lyzeum – galt das nur mehr bedingt. Die bereits oben angeführten Gründe, insbesondere der Mangel an deutschsprachigen Lehrern und die ökonomisch-praktische Ausrichtung der Schulen, erschwerte ein Fortbestehen deutscher Abteilungen. In der Lyzealstufe kam hinzu, dass alle „berufsvorbereitenden Fächer“ in rumänischer Sprache unterrichtet werden mussten, so dass selbst in existierenden deutschen Lyzealabteilungen nur etwa zwei Drittel der Fächer auf Deutsch gelehrt wurden.¹³²

Von den ehemals sechs rein deutschsprachigen Lyzeen verblieben im Jahr 1985 noch vier: Das „Mathematik-Physik-Lyzeum Nr. 1“ (Brukenthal-Lyzeum) in Hermannstadt, sowie jene in Temeschwar, Kronstadt und Bukarest. Ab dem Schuljahr 1985/86 waren diese Lyzeen dazu verpflichtet, neben ihren deutschen auch mindestens einen rein rumänischen Klassenzug aufzunehmen. König weist auf die Folgen dieser „unverständlichen und sachlich unbegründeten Maßnahme“¹³³ hin:

„Die Schulveranstaltungen verlieren ihren bisherigen Charakter, bei gemeinsamen Schulaktionen überwiegt die Landessprache, und die Schulhofsprache wird (wo sie es nicht schon war) rumänisch.“¹³⁴

In vielen städtischen, deutschen Grund- und Sekundarschulabteilungen war das Verhältnis zwischen rumänischen und deutschen Schülern Ende der 1980er Jahre ohnehin nahezu ausgeglichen. Die Einschulungsjahrgänge der Hermannstädter Schule Nr. 6 demonstrieren diese Entwicklung: War im Schuljahr 1976/77 nur jeder sechste neueingeschulte Schüler

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ S. ebd., S. 26.

¹³² Ebd., S. 27.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

ethnischer Rumäne, war es 1981/82 schon jeder dritte. Im Vorwendeschuljahr 1988/89 stellten die rumänischen Schüler dann bereits die Mehrheit.¹³⁵

Da einige der rumänischen Schüler bei der Einschulung „kein einziges Wort Deutsch“¹³⁶ sprachen, wandelte sich der vormals muttersprachlich-deutsche Fachunterricht hin zu einem Deutsch als Fremdsprache – Unterricht.¹³⁷ Der Charakter der Schulen glich vielerorts dem von „Begegnungsschulen“¹³⁸, wobei das „deutschsprachige Element“ jedoch Gefahr lief, „eingeebnet, homogenisiert [zu] werden“¹³⁹.

Dazu trug auch bei, dass aufgrund des Lehrermangels in höheren Schulstufen deutscher Abteilungen teilweise rumänischsprachige Lehrer zum Einsatz kamen. War die Versorgung mit deutschsprachigen Kindergärtnerinnen und Grundschullehrern durch das Pädagogische Lyzeum in Hermannstadt weitestgehend gewährleistet, konnte der Bedarf an deutschsprachigen Fachlehrern für die Klassen V – XII nicht gedeckt werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt dies für den Kreis Hermannstadt (Schuljahr 1988/89)¹⁴⁰:

Bildungseinrichtung	Anteil deutschsprachiger Lehrkräfte an allen Lehrkräften (in Prozent)
Kindergarten	18,7
Grundschule	15,4
„Gymnasium“	7,7
Lyzeum	4,5

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Lage für das rumäniendeutsche Schulwesen schon vor dem Umbruch prekär war. Auswanderungsbedingt niedrige Schülerzahlen, staatliche Vorgaben und fehlender Lehrernachwuchs führten zur Schließung oder Zusammenlegung zahlreicher deutscher Schulabteilungen.

Gleichzeitig entdeckte vor allem im städtischen Raum zunehmend die rumänische Mehrheitsgesellschaft die deutschen Bildungseinrichtungen für sich. Der Zustrom

¹³⁵ Von 59 Erstklässlern waren 30 „dem Namen nach“ Rumänen, vgl. dazu: Iunesch, S. 45.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Vgl. König, Rumänien 1989, S. 28.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Zahlen entnommen aus: König, Rumänien 1989, S. 27.

rumänischer Schüler veränderte zwar einerseits die allgemeine Umgangssprache, das tradierte schulische Selbstbild und den muttersprachlichen Unterricht; auf der anderen Seite glich er die durch die Auswanderungsbewegung entstandenen Defizite an muttersprachlich-deutschen Schülern vielerorts aus und sorgte so dafür, dass manche deutschsprachige Klassenzüge vor der Wende überhaupt zustande kamen.

4. Der Umbruch und seine Folgen

Jahrzehntelange Misswirtschaft, Umwälzungen in den ehemals verbrüderten Ostblockländern und die Aushöhlung sämtlicher staatlicher, ökonomischer und sozialer Strukturen durch Nicolae Ceaușescu und seinen Partei- und Geheimdienstapparat ließen die kommunistische Volksrepublik Rumänien im Dezember 1989 implodieren.¹⁴¹

Nach der blutigen Niederschlagung von Protesten zugunsten des regimekritischen Pfarrers Laszlo Tökes in Temeschwar überstürzten sich im Dezember 1989 die Ereignisse: Ceaușescu verurteilte im Fernsehen die „faschistischen Aktionen“ und rief für den 21. Dezember zu einer Massenkundgebung in Bukarest auf. Dort wurde er – live im Fernsehen übertragen – vom Volk ausgebuht, flüchtete mit einem Hubschrauber und wurde wenige Tage später zusammen mit seiner Frau erschossen. Gleichzeitig kam es in vielen Städten zu Straßenkämpfen zwischen Vertretern des Geheimdienstes Securitate, des Militärs und Revolutionären, wobei bis heute unklar ist, inwieweit diese nicht inszeniert waren. Etwa tausend Menschen starben.

Der Altkommunist Ion Iliescu nutzte die Gunst der Stunde, erkor sich selbst zum Anführer der „Front zur Nationalen Rettung“ (FSN), bildete eine provisorische Regierung und wurde im Mai 1990 mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Bald machte sich aber Ernüchterung breit: Demokratische und wirtschaftliche Reformen wurden verschleppt, alte kommunistische Seilschaften lebten fort, Demonstrationen endeten in gewaltsamen Auseinandersetzungen.¹⁴² Die 1990er Jahre gelten als „verlorenes und tragisches Jahrzehnt“¹⁴³, erst ab 2000 führte Rumänien überfällige wirtschaftliche Reformen durch und entwickelte sich zu einem politisch stabilen Land, welches infolgedessen sowohl in die NATO als auch in die EU aufgenommen wurde.

4.1 Exodus der Rumäniendeutschen: Ursachen

Der Sturz Ceaușescus wirkte als Katalysator für die längst stattfindende Emigrationsbewegung der Deutschen in Rumänien. Schon vor dem Umsturz wollten 80%

¹⁴¹ Vgl. dazu: Verseck, S. 80 – 84.

¹⁴² Eine besonders dubiose Rolle spielten in den Jahren 1990/91 gewalttätige Bergarbeiter aus dem Schiltal, die zunächst von der Regierung als eine Art Paramilitär zur Niederschlagung unliebsamer Proteste missbraucht wurden und im Jahr 1999 selbst die Regierung bekämpften, vgl. ebd., S. 91-92 sowie 98f.

¹⁴³ S. ebd., S. 88.

aller Rumäniendeutschen das Land verlassen, das Ende des kommunistischen Systems ermöglichte es ihnen, ihren Auswanderungswunsch zu verwirklichen.¹⁴⁴

Dem komplexen Thema wird man nicht gerecht, wenn man die tieferen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beweggründe der Migrationsbewegung verschweigt, weswegen sie an dieser Stelle kurz wiedergegeben werden. Sie ermöglichen ein besseres Verständnis des allumfassenden, einschneidenden Umwälzungsprozesses, den die Auswanderung für die rumäniendeutsche Minderheit im Allgemeinen und ihre Schulen im Speziellen bedeutete.

4.1.1 Die Freikaufthematik

Die Verwerfungen, welche durch den Zweiten Weltkrieg und die nationalsozialistische Politik hervorgerufen wurden, bildeten das Fundament der Auswanderungsbewegung: Etwa die Hälfte aller Rumäniendeutschen befand sich nach Kriegsende in Deutschland oder Österreich - entweder hatten sich noch vor Kriegsende flüchtenden Wehrmachtstrecken angeschlossen oder sie waren nach der Deportation in die Sowjetunion nach Deutschland „entlassen“ wurden.

Als bald schlossen sie sich zu Landsmannschaften zusammen. Ziel war es, die noch in Rumänien verbliebenen etwa 370.000 Deutschen nach Deutschland zu überführen.¹⁴⁵ Dafür übten die Verbände politischen und ideologischen Druck aus. So forderten die Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen bereits 1954 auf einer Tagung vom damaligen Sachsenbischof Friedrich Müller in nationalistischem Pathos, dass „[...] nur die Umsiedlung nach Deutschland das unentrinnbare Versickern der in Siebenbürgen lebenden Sachsen verhindern könne“¹⁴⁶, da ansonsten Mischehen, Bolschewismus und Proletarisierung den „Volkstod von 180 000 Menschen verschulden würden“.¹⁴⁷ Die mobilisierenden Aufrufe der Landsmannschaften zur Auswanderung blieben bis 1990 als durchgängiges Element erhalten.

Inwieweit sie die bundesdeutsche Politik beeinflussten, sei dahingestellt. Ab den späten 1960er Jahren bemühte sich die BRD jedenfalls aktiv darum, Rumäniendeutsche

¹⁴⁴ Vgl. Gabanyi, Annelie Ute: Geschichte der Deutschen in Rumänien, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267 „Aussiedler“, Bonn 2000, abgerufen unter (Link):

<https://www.siebenbuerger.de/portal/land-und-leute/siebenbuerger-sachsen/>.

¹⁴⁵ Vgl. Weber, Emigration, S. 460. Die Zahl 370.000 bezieht sich auf das Jahr 1956.

¹⁴⁶ S. o. V.: Ein Dokument aus den Jahren 1954/56 zur Frage der Aussiedlung der Siebenbürger Sachsen, veröffentlicht in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde Heft 24 (2001/2), S. 304 – 308, hier: 306.

¹⁴⁷ Ebd., S. 308. Die Zahl 180.000 bezieht sich auf die vermuteten noch in Siebenbürgen lebenden Sachsen.

„freizukaufen“.¹⁴⁸ Ein Grund dafür war der „Paradigmenwechsel“¹⁴⁹ der rumänischen Regierung: War es bis in die späten 1960er Jahre möglich, einen Ausreiseantrag zu stellen und – sofern dieser bewilligt wurde – kostenlos auszureisen, reduzierte der rumänische Staat in der Folgezeit die Möglichkeit von Gesuchen, die „auf dem üblichen Weg“¹⁵⁰ gestellt wurden und erkannte in ausreisewilligen Deutschen eine nützliche Devisenquelle.

Als Zwischenhändler für die bundesdeutsche Regierung fungierte der Neusser Rechtsanwalt Heinz-Günther Hüscher.¹⁵¹ Zwischen 1968 und 1989 wurden durch seine Vermittlung circa 210.000 – 240.000 Rumäniendeutsche freigekauft.¹⁵² Pro Person wurde mit der rumänischen Regierung eine Art Kopfgeld vereinbart, welches sich am Ausbildungsgrad orientierte: Musste die BRD für einen Akademiker 11.000 DM bezahlen, kostete ein gelernter Techniker oder Facharbeiter „nur“ 2.900 DM.¹⁵³ In einer Klausel bestand Hüscher darauf, dass lediglich 20% der freigekauften Personen Nicht-Akademiker sein sollten. Damit wollte er erreichen, „dass sie [die Rumänen, *Anm. des Verfassers*] uns nicht die absolut ungebildeten, unqualifizierten Kräfte schicken“.¹⁵⁴ Nicht ganz uneigennützig sicherte sich die BRD so gut ausgebildete, deutschsprachige Fachkräfte.

Unter den Kanzlern Schmidt und Kohl wurden die Freikäufe weiter forciert und pendelten sich ab den späten 1970er Jahren bei etwa 10.000 pro Jahr ein. Den Landsmannschaften war das noch zu wenig: Sie forderten in einer einmaligen Aktion 100.000 Rumäniendeutsche „herauszuholen“. Sowohl Hüscher als auch die rumänische Regierung lehnten das aber ab.¹⁵⁵

Die Ausreisenden waren dazu verpflichtet, ihr Haus und häufig auch ihr gesamtes Inventar dem rumänischen Staat zu überlassen, der es danach meist wirtschafts- und sozialschwachen Rumänen aus dem Süden des Landes zur Verfügung stellte. Zusätzlich mussten sie privat

¹⁴⁸ Ausführliche Hintergründe zur Freikaufthematik finden sich in: Baier, Hannelore/ Meinhardt, Ernst: Kauf von Freiheit. Dr. Heinz-Günther Hüscher im Interview mit Hannelore Baier und Ernst Meinhardt, Hermannstadt 2013. (weiter zitiert unter „Baier/Meinhardt, Hüscher“).

¹⁴⁹ S. Baier, Hannelore: Ceaușescu und die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde Heft 35 (1/2012), S. 27 – 50, hier: S. 30 (weiter zitiert unter „Baier, Aussiedlung“).

¹⁵⁰ S. Baier/Meinhardt, Hüscher, S. 31.

¹⁵¹ Der Historiker Winfried Ziegler hält es für ausgeschlossen, dass die BRD für ein solches Unternehmen einen einfachen Rechtsanwalt entsandte und vermutet, dass Hüscher für den Bundesnachrichtendienst (BND) arbeitete, vgl. Informationsgespräch mit Winfried Ziegler, geführt vom Verfasser am 05. April 2017 in Hermannstadt.

¹⁵² Vgl. Baier/Meinhardt, Hüscher, S. 48.

¹⁵³ Über die genauen Summen wurde zunächst Stillschweigen bewahrt. Erst im Jahr 2001 erwähnte der ehemalige Bukarester Botschafter (1971 – 76) die Zahlen in seinen Memoiren. Hüscher schweigt sich darüber aus, ob und inwieweit die Zahlungen später variiert haben, vgl. ebd., S. 49.

¹⁵⁴ Vgl. die Aussage Hüschers in, ebd., S. 51.

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S. 94 – 104.

noch „draufzahlen“, um den Ausreiseantrag zu ermöglichen, zu beschleunigen oder das Zugticket nach Deutschland zu erwerben.¹⁵⁶

Die Dagebliebenen unterstützte die BRD bis ins Jahr 1990 nicht. Zwar gab es Ende der 1980er Jahre Versuche, humanitäre Projekte zu verwirklichen, sie scheiterten aber am Widerstand der rumänischen Regierung. Dass es auch anders gegangen wäre, zeigt das Beispiel der jüdischen Gemeinde, welcher der israelische Staat unter anderem ein Altenheim bauen ließ.¹⁵⁷

4.1.2 Wirtschaftliche Gründe

Bis zum Zweiten Weltkrieg war die Wirtschaftskraft der Rumäniendeutschen im Vergleich zum Bevölkerungsanteil überproportional stark.¹⁵⁸ Insbesondere siebenbürgisch-sächsische Unternehmen waren in allen Wirtschaftsbereichen führend: Ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse spielten für das Exportgeschäft eine herausragende Rolle, ganze Industriezweige, wie beispielsweise die Papier-, Bier- oder Textilherstellung, waren unter siebenbürgisch-sächsischer Kontrolle; das weitverzweigte Kreditwesen und zahlreiche genossenschaftlich organisierte Geldinstitute garantierten die Finanzierung.¹⁵⁹

Hemnte schon die „Agrarreform“ nach dem Ersten Weltkrieg die weitere wirtschaftliche Entwicklung, kam sie nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Bereichen völlig zum Erliegen: Agrarische Nutzflächen wurden enteignet, die Banken und Betriebe verstaatlicht. Nach der Rehabilitierung der deutschen Minderheit in den 1950er Jahren teilte sie „das wirtschaftliche Los aller, die dem bürokratisch-sozialistisch-kommunistischen Regime Rumäniens unterworfen [waren]“.¹⁶⁰

Für die Rumäniendeutschen war die Fallhöhe allerdings besonders hoch: Waren sie davor mehrheitlich eigenständige Bauern oder Handwerker, mussten sie sich nun in staatlichen LPGs oder Fabriken unterordnen.

Rumäniendeutsche Gemeinden änderten sich grundlegend in ihrer Struktur. Die massive Förderung des unrentablen Schwerindustriesektors verursachte eine Abwanderung vom Land

¹⁵⁶ Vgl. Baier, Aussiedlung, S. 49.

¹⁵⁷ Vgl. Baier/Meinhardt, Hüscher, S. 112.

¹⁵⁸ Vgl. Gross, Hermann: Gewicht einer wirtschaftlichen Leistung, in: Schuster, Oskar (Hrsg.): Epoche der Entscheidungen. Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert, Köln/Wien 1984, S. 60 – 73, hier: S. 60 – 62.

¹⁵⁹ Allein der siebenbürgisch-sächsische Anteil der landesweiten Produktion betrug Anfang der 1940er Jahre bei Papier 82%, bei Bier 62% und bei Textilien 37%. Dagegen stellten sie nur etwa 4% der rumänischen Gesamtbevölkerung, vgl. ebd.

¹⁶⁰ S. Breckner, Friedrich: Wirtschaft als Grundlage der Behauptung, in: Schuster, Epoche der Entscheidungen, S. 50 – 60, hier: S. 59.

in die Städte, dörfliche Ortschaften wurden sträflich vernachlässigt. Staatliche Misswirtschaft, Korruption und falsche Exportstrategien sorgten ab den frühen 1980er Jahren für Energie- und Lebensmittelengpässe.¹⁶¹

Die Lage verschlimmerte sich, durch das Bemühen Ceaușescus sämtliche Auslandsschulden zu tilgen. Als ihm dies im Jahr 1989 gelang, „lag Rumänien als Ganzes wirtschaftlich ruiniert am Boden, die Bevölkerung nach jahrelangem Mangel bis aufs Letzte ausgelaugt, die fähigsten Köpfe zum Teil emigriert“.¹⁶²

4.1.3 Gesellschaftliche Gründe

Die zunehmende Industrialisierung und Verstädterung führte bei den Rumäniendeutschen zu einem „Entwurzelungsprozess“; das ehemals „dichte Gefüge von Gemeinschaftsnormen, das auch wirtschaftliche Vorgänge umfasste“, war in Auflösung begriffen.¹⁶³

Ein Herdentrieb zur Auswanderung nach Deutschland setzte ein, der durch ein verzerrtes, überhöhtes Deutschlandbild zusätzlich angefacht wurde. Zeitzeugen berichten im Nachhinein, dass sich dieses aus „Vorstellungen von Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg und Berichten von Ausgewanderten“ zusammensetzte.¹⁶⁴

Mitunter wird die These vertreten, dass auch die Beschränkung des kulturellen Lebens zur Emigration beitrug.¹⁶⁵ Dem ist zu widersprechen: Im Vergleich zu anderen Minderheiten genossen die Rumäniendeutschen weitgehende kulturelle Freiheiten, obwohl diese natürlich immer an sozialistische Vorgaben geknüpft waren. Neben dem deutschsprachigen Schulwesen gab es deutsche Fernsehsendungen, Kultureinrichtungen und die evangelisch-lutherische Kirche, die ihren Pfarrernachwuchs von der deutschsprachigen Theologischen Fakultät Hermannstadt rekrutierte.

Der fast schon privilegierte Status, den die Deutschen in Rumänien innehatten, erschließt sich erst ganz, wenn man ihn mit anderen deutschen Minderheiten Mittel- und Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht, die allesamt vertrieben, entrechtet oder kulturell assimiliert worden waren. Vor allem die Siebenbürger Sachsen legten aber eher einen

¹⁶¹ Vgl. Roth, Geschichte Siebenbürgens, S. 146.

¹⁶² S. ebd.

¹⁶³ S. Breckner, S. 59.

¹⁶⁴ S. Stübecke, Manuel: Auf dem Weg zur „finis Saxoniae“? Erinnerungen und Entwicklungen in Siebenbürgen. Unveröffentlichte Bachelor-Thesis, eingereicht im Juli 2014 an der JLU-Gießen, S. 32.

¹⁶⁵ Vor allem: Lengyel, Zsolt: Politisches System und Minderheiten in Rumänien 1918 – 1989. Abriss über die inneren Integrationsprobleme des zentralistischen Einheitsstaates am Beispiel der Deutschen und Magyaren, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde Heft 24 (2001/2), S. 190 – 212.

„vertikalen Vergleich“ an, bei dem sie ihr Leben gegenüber der Vorkriegszeit zwangsläufig als eingeschränkt empfanden.¹⁶⁶

4.1.4 Zusammenfassung der Ursachen

Die Aufspaltung der Rumäniendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, konnte nie wieder überwunden werden: Die in der BRD heimisch gewordenen Angehörigen übten in Verbänden medialen und politischen Druck aus, wobei die Bundesregierung ihren Anliegen durch eine humanitär ummantelte, wirtschaftsorientierte Freikaufpolitik Folge leistete.

Die Dagebliebenen profitierten nicht davon; sie sahen sich stattdessen mit einem sozialistischem Einparteiensstaat, einer berüchtigten Geheimpolizei, einem wirtschaftlich zerrütteten Land und immer neuen Alltagseinschränkungen konfrontiert. Als einziger Ausweg erschien vielen die Emigration ins mystisch-verklärte Deutschland.

Tatsächlich waren die Deutschen in Rumänien nach einer bis ins Jahr 1956 andauernden Phase der Diskriminierung nicht mehr oder weniger benachteiligt als die restliche Bevölkerung; im sozio-kulturellen Bereich besaßen sie sogar zahlreiche Freiheiten. Allerdings verglichen sie ihre Lage fast ausschließlich mit jener der Vorkriegszeit, wodurch die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Missstände noch mehr Gewicht erhielten.

Eine zunehmende Auflösung des tradierten, deutschen Gemeinwesens, die katastrophale sozio-ökonomische Entwicklung Rumäniens in den 1980er Jahren und „Sirenenrufe“ aus der BRD führten schließlich zur einem gemeinschaftsübergreifenden Auswanderungsbegehren, dem sich kaum jemand entziehen konnte.

4.2 Exodus der Rumäniendeutschen: Verlauf

In der kommunistischen Zeit wanderten etwa eine Viertelmillion Deutsche aus Rumänien aus; ihre verbliebene Zahl belief sich kurz vor der Wende laut optimistischen Schätzungen auf etwa 300.000.¹⁶⁷ Nach dem Umbruch verließen bis Anfang des Jahres 1992 zwei Drittel von ihnen das Land.¹⁶⁸

Aufgrund der fast ausnahmslosen evangelischen Kirchenzugehörigkeit der Siebenbürger Sachsen, ist der Auswanderungsprozess für sie vergleichsweise gut dokumentiert. Gehörten am 1. Januar 1989 noch 110.000 Seelen der evangelischen Kirche Rumäniens an, waren es am

¹⁶⁶ Vgl. Wagner, S. 103f.

¹⁶⁷ Vgl. Verseck, S. 125f.

¹⁶⁸ Ebd.

1. Januar 1991 nur noch etwas über 33.000. Fünf Jahre später hatte sich ihre Zahl abermals halbiert.¹⁶⁹

Zum „geflügelten Wort“ der Umbruchszeit wurde eine Aussage des damaligen bundesdeutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, die er bei einer Rede im Januar 1990 in Hermannstadt tätigte: Das Tor bleibt offen.¹⁷⁰ Genscher wollte damit betonen, dass kein Grund zu einer überstürzten Ausreise bestehe, da die BRD ihre entgegenkommenden Aufnahmeregelungen beibehalte. Das Gegenteil war indes der Fall: Offen überlegte die Bonner Regierung bestimmte Übergangsfristen für Spätaussiedler einzuführen, nach deren Ablauf Rentenansprüche minimiert, Zugeständnisse gestrichen und bisherige Rechte außer Kraft gesetzt werden sollten.¹⁷¹ Viele zuvor Unentschlossene entschieden sich deshalb für eine rasche Ausreise. Auch der ehemalige Chefredakteur der Hermannstädter Zeitung Horst Weber weist auf die Diskrepanz zwischen Genschers Worten und den tatsächlichen Ereignissen hin:

„Monatelang war es einfacher auszureisen, als zu Besuch zu fahren. Und man musste schlicht blöd sein, um nicht zu merken, wie das vielbeschworene „offene Tor“ von deutscher Seite allmählich immer mehr zgedrückt wurde. Lafontaines Äußerungen¹⁷² wurden in Rumänien als deutliches Signal wahrgenommen, nicht den sprichwörtlichen letzten Zug zu verpassen“.¹⁷³

Den Nicht-Auswanderungswilligen stellte Genscher nur ungewisse Zuwendungen in Aussicht, die zudem noch mit der instabilen rumänischen Regierung verhandelt werden sollten. Einen Grund seine – so Genscher – „schon getroffene Entscheidung das Land zu verlassen, [zu] überprüfen“ waren sie mit Sicherheit für niemanden.¹⁷⁴

4.3 Exodus der Rumäniendeutschen: Auswirkungen auf das Schulwesen

Die Informationen zur Schulentwicklung nach dem Umbruch stammen weitestgehend aus Informationsblättern, Statistiksammlungen und Datenauswertungen der Schulkommission des „Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR)“, der sich nach dem Umbruch

¹⁶⁹ Vgl. Wagner, Geschichte der Siebenbürger Sachsen, S. 115.

¹⁷⁰ Tatsächlich hat Genscher das so wortwörtlich nicht gesagt; in seiner Rede betont er lediglich, dass „die Tore nicht geschlossen“ werden würden. Die explizite Aussage ist Genscher wohl nachträglich zugesprochen worden, vgl. für den Volltext der Rede: *Siebenbürgische Zeitung* vom 31. Januar 1990 (40. Jahrgang), S. 2 – 3.

¹⁷¹ Vgl. Weber, Emigration, S. 168 – 177.

¹⁷² Der damalige Oppositionsführer Oskar Lafontaine forderte eine drastische Reduzierung der Rentenansprüche für Spätaussiedler. Obwohl ihm von Regierungsseite offiziell widersprochen wurde, förderten die Vorstöße eine rasche Auswanderung, vgl. u.a. ebd., sowie ferner: *Siebenbürgische Zeitung* vom 31. Januar 1990 (40. Jahrgang), S. 1.

¹⁷³ Das Zitat stammt aus einer Mail, die Horst Weber dem Verfasser auf einige Anfragen bezüglich der Auswanderung der Siebenbürger Sachsen zukommen ließ.

¹⁷⁴ Vgl. *Siebenbürgische Zeitung* vom 31. Januar 1990 (40. Jahrgang), S. 2, Sp. 2.

gegründeten Interessenvertretung der Rumäniendeutschen mit Sitz in Hermannstadt. Allerdings wurden landesweite Erhebungen erst ab dem Jahr 2000 durchgeführt. Für die Schuljahre 1990/91 – 1993/94 liegen jedoch die Siebenbürgen betreffenden Berichte der damaligen Vorsitzenden der Schulkommission Martin Bottesch und Gerold Hermann vor, die nachfolgend als Quelle dienen.

In vielen ländlichen Gegenden wurden die deutschen Abteilungen unmittelbar nach der Wende geschlossen, da fast alle deutschsprachigen Lehrer und Schüler ausgewandert waren.¹⁷⁵ In manchen Fällen bestanden deutsche Kindergarten-, seltener Grundschulabteilungen weiter fort, wobei die überwiegende Mehrheit der Kinder ethnische Rumänen waren, vielerorts auch die Kindergärtnerinnen selbst.¹⁷⁶

Die Kindergärten, in denen vor allem das letzte Jahr explizit auf die kommende deutsche Grundschule hinführen sollte, waren nicht als Deutsch-als-Fremdsprache-Einrichtungen konzipiert; die verbliebenen deutschen Erzieherinnen mit der neuen Situation überfordert. Viele waren ausgewandert, von den im Frühjahr 1991 noch tätigen 73 Kindergärtnerinnen an deutschen Kindergärten waren nur 16% Absolventinnen des Pädagogischen Lyzeums. Die überwiegende Mehrheit der oft noch sehr jungen Frauen besaß also nicht Ausbildung, qualitativ hochwertigen, deutschsprachigen Vorschulunterricht abzuhalten.¹⁷⁷

Von den vierklassigen Grundschulen verblieben siebenbürgenweit¹⁷⁸ im Schuljahr 1990/91 noch 34, wovon sich 27 in ländlichen Regionen befanden. Nur in den Städten Hermannstadt und Mediasch bestanden noch Schulen mit vier getrennten Klassen; in der Regel wurden also alle Schüler simultan unterrichtet. Weiterführende Schulen gab es ja schon vor dem Umbruch meist nur noch in den größeren Städten.

Betrachtet man für den Kreis Hermannstadt den Bestand an deutschen Allgemeenschulabteilungen in der Nachwendezeit und trennt zwischen ländlichen Schulen

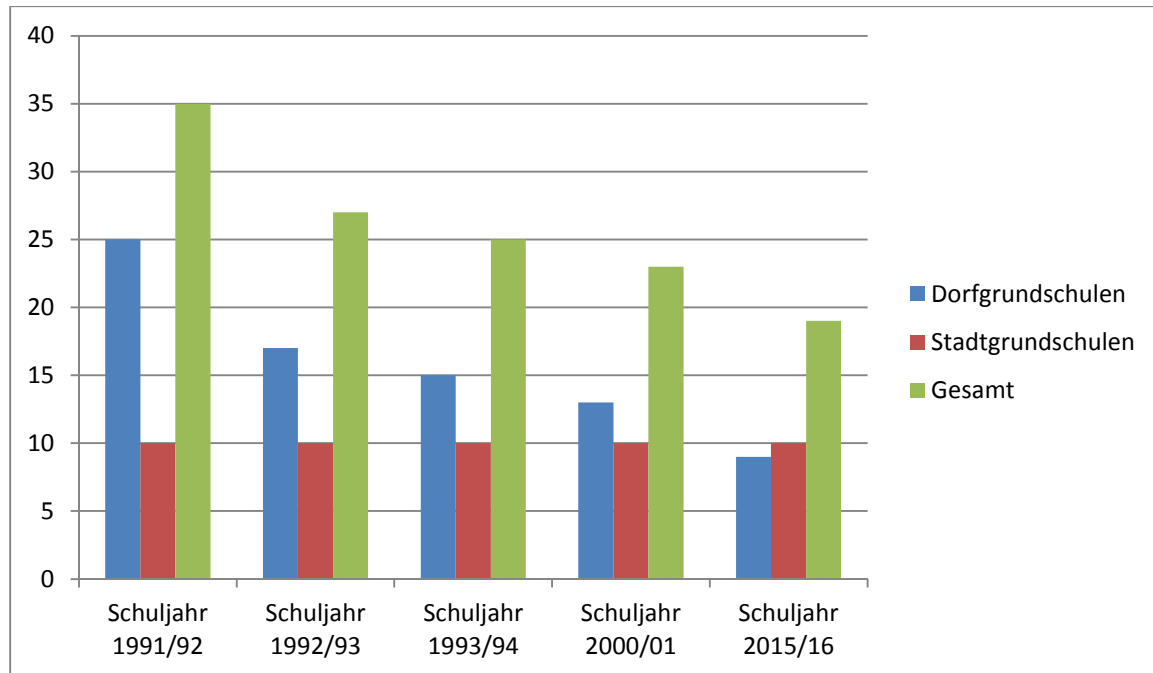
¹⁷⁵ Vgl. König, Walter: Brücken nach Mittel- und Westeuropa – Können sie es bleiben? Zur Gegenwart und Zukunft der deutschsprachigen Schulen in Rumänien, in: König, Scholae, S. 359 – 377, hier: S. 359 (weiter zitiert unter „König, Brücken“).

¹⁷⁶ Vgl. Iunesch, S. 48.

¹⁷⁷ Dasselbe Problem hatten auch die dörflichen Grundschulen, bei denen „in den meisten Fällen Lyzeumsabsolventen herangezogen werden [mussten]“, die „jung und ohne Berufserfahrung“ waren, vgl. DFDH – Information Nr. 16 vom 10. Mai 1991: „Die Deutschen Abteilungen an Kindergärten und Schulen in Siebenbürgen, März/April 1991“, S. 3-4, sowie S. 7.

¹⁷⁸ Gemeint ist Siebenbürgen im engeren Sinne, d.h. ohne das Banat, das Kreischgebiet und die Maramuresch. Die Statistik scheint einige Ungenauigkeiten aufzuweisen, so fehlt z.B. die Grundschule in Alzen in der Auflistung. Für weiterführende Erhebungen findet sie deshalb keine Beachtung.

und den Abteilungen in den Städten Hermannstadt und Mediasch, ergibt sich folgendes Bild¹⁷⁹:



Beschränkte sich das weiterführende, deutsche Schulwesen schon vor dem Umbruch auf den urbanen Raum, erfasste dieser Trend nun auch den Grundschulsektor. Die städtischen deutschen Abteilungen blieben unverändert in ihrer Zahl erhalten, von den schon nach der Umbruchszeit stark geschrumpften Dorfschulen existiert heute nur noch gut jede dritte.

Alle weiterführenden deutschen Schulabteilungen in den Dörfern waren aufgelöst worden. Eine Ausnahme bildeten zwei „Zentrumsschulen“ in Petersberg (Kreis Kronstadt) und Großpold (Kreis Hermannstadt). Sie waren als Anlaufstellen für die deutschen und deutschlernwilligen Schüler der umliegenden Gemeinden konzipiert. In Großpold wurde im Herbst 1990 ein Internat errichtet und ein Schulbus angeschafft. Trotz der vorhandenen Infrastruktur und des großen Einzugsgebiets befanden sich die Schulen mit 80 Schülern verteilt auf acht Klassen am Existenzminimum. Hinzu kam die massive Auswanderungsbewegung der Lehrer: Von zwölf Großpolder Lehrern wanderten sieben am Schuljahresende 1990/91 aus. Drei im Folgejahr eingestellte, österreichische Gastlehrer konnten die Lücke nicht schließen: Nur einer von ihnen blieb überhaupt bis Jahresende. Die

¹⁷⁹ Die Zahlenangaben beruhen auf den Berichten der Schulkommission des DFDR aus den Jahren 1991 – 1994, 2000 und 2016.

Schule in Petersberg hatte mit ähnlichen Problemen zu kämpfen und wurde in weiterer Folge aufgelöst.¹⁸⁰

Auch im städtischen Raum wurden sog. Zentrumsschulen gebildet, für den Kreis Hermannstadt zwei in Hermannstadt selbst, eine in Mediasch und eine in Heltau.¹⁸¹ Lehrkräfte fehlten an den städtischen Schulen im Vergleich zu den Dorfschulen eher in qualitativer als in quantitativer Hinsicht: Ab Mitte der 1980er Jahre berücksichtigte die Volksrepublik Rumänien bei der Besetzung freier Lehrerstellen nicht mehr die sprachlichen Eigenheiten der Schulen. So kam es, dass an vielen deutschen Stadtschulabteilungen rumänischsprachige Lehrer unterrichteten, die jedoch nicht ohne weiteres durch in geringem Ausmaß vorhandene, deutschsprachige Lehrer ersetzt werden konnten.¹⁸² Viele Fächer mussten daher in rumänischer Sprache unterrichtet werden.

Teilweise konnten Gastlehrer aus Deutschland und Österreich für den Unterricht an Stadtschulen gewonnen werden; im Schuljahr 1992/93 waren 17 bundesdeutsche und drei österreichische Lehrer an rumäniendeutschen Schulabteilungen angestellt. Die meisten waren der Situation nicht gewachsen; verschiedene Unterrichtsauffassungen und -methoden kollidierten miteinander und sorgten für ein problematisches Verhältnis in der Kollegenschaft. Die vorhandenen Gastlehrer deckten dazu bei weitem nicht den Bedarf, weil – wie es im jährlichen Schulkommissionsbericht heißt – „von den vielen Lehrern Deutschlands, die sich um die Entsendung ins Ausland bewerben, ganz wenige bereit sind, in Rumänien zu arbeiten“.¹⁸³

Die Schülerzahlen blieben nach dem deutlichen, abwanderungsbedingten Einbruch in den Schuljahren 1989/90 und 1990/91 konstant, mancherorts stiegen sie sogar leicht an. Ursache dafür war das enorme Interesse der rumänischen Mehrheitsgesellschaft, ihren Kindern eine deutsche Schulausbildung zu ermöglichen. Im Forumsbericht aus dem Jahre 1993 werden einige Beweggründe näher ausgeführt:

„Gegenüber dem Unterricht in rumänischer Sprache wird die enge Zusammenarbeit Lehrer – Schüler, weniger Drill, grösseres Freizeitangebot – kurz, immer noch – oder gerade jetzt ein anderer Geist geschätzt. Beziehungen zu den Schulen des Auslandes, eindeutig verlockendere Stellenangebote für Deutschsprechende, der Empfang von Satellitenprogrammen – alles trägt dazu bei, dass es in Hermannstadt und einigen anderen

¹⁸⁰ Vgl. Berichte der Schulkommission des DFDR aus den Jahren 1991 (S. 8) und 1992 (S. 5f.).

¹⁸¹ Stand Schuljahr 1991/92, vgl. Statistik der Schulkommission des DFDR aus dem Jahr 1992, S. 7.

¹⁸² Ebd., S. 8.

¹⁸³ S. Bericht der Schulkommission des DFDR Nr. 100/ 20.04.1993: „Statistische Daten betreffend den deutschsprachigen Unterricht in Siebenbürgen im Schuljahr 1992/93“, S. 3.

Ortschaften und gewissen Kreisen einfach „in“ ist, für die Kinder deutsche Gruppen und Klassen zu wählen.“¹⁸⁴

Selbst in den bis zum Umbruch durch eine deutsche Schülerschaft dominierten Lyzeen, stellten rumänische Schüler zunehmend die Mehrheit. War im Schuljahr 1990/91 nur jeder dritte Schüler eines deutschen Lyzeums Rumäne, hatte sich das Verhältnis im Schuljahr 1992/93 umgekehrt: Nun hatte nur noch ein Drittel der Schüler mindestens ein deutsches Elternteil.¹⁸⁵

Als Reaktion auf die rumänische Dominanz in städtischen deutschen Schulabteilungen forderten einige Angehörige der deutschen Minderheit für Hermannstadt die Konzentration aller verbliebenen deutschen Schüler auf eine einzige Einrichtung. Das kam aber aus organisatorischen Gründen und aufgrund der immer noch anhaltenden Abwanderung der deutschen Bevölkerung nicht zustande.¹⁸⁶

Vielmehr realisierten die Verantwortlichen, dass es ohne das Interesse der rumänischen Mehrheitsbevölkerung gar nicht mehr möglich war, selbst die verbliebenen deutschen Schulen in größeren Städten weiterzuführen. Nur ihnen war es zu verdanken, dass der Abbau deutscher Schulen und Schulabteilungen nach 1989 nicht noch viel drastischer ausfiel.

4.4 Umbruchsbedingte Veränderungen im rumänischen Schulsystem

Nach der Revolution wurden im rumänischen Bildungssystem einerseits überstürzte Neuerungen durchgeführt, andererseits schob man wichtige Reformen jahrelang vor sich her. Zunächst zu den direkt nach der Wende erfolgten Maßnahmen: Die Klassenstärke wurde von 36 auf 24 reduziert, die Fünftageweche eingeführt, die Lehrerstundenanzahl herabgesetzt; im weiteren Verlauf wurde die Schulpflicht auf acht Jahre gesenkt, allgemeinbildende Lyzeen wiedererrichtet, der praktisch-berufsvorbereitende Unterricht in Fachschulen ausgelagert, ideologische Inhalte aus den Lehrplänen entfernt und den Universitäten ihre Autonomie zurückgegeben.¹⁸⁷

Bis auf die in der neuen Verfassung von 1991 verankerte Universitätsautonomie wurden alle oben genannten Veränderungen mithilfe von Regierungsverordnungen durchgesetzt, da es bis

¹⁸⁴ S. ebd., S. 2.

¹⁸⁵ Die Angaben für das Schuljahr 1992/93 beruhen zum Teil auf Hochrechnungen anhand einer Angabe über die ethnische Zusammensetzung des Brukenthal-Lyzeums. Ab dem Schuljahr 1991/92 wurden durch das Forum keine Angaben zur ethnischen Zusammensetzung der Schulen veröffentlicht.

¹⁸⁶ Bericht der Schulkommission des DFDR aus dem Jahr 1992, S. 8.

¹⁸⁷ Vgl. König, *Revolution*, S. 348 – 349.

ins Jahr 1995 kein Bildungsgesetz gab. So blieb vieles unregelt, etwa der aufblühende Privatschulensektor, der bis dato in einer „gesetzeslosen Grauzone“ operierte.¹⁸⁸

Bestätigt wurden durch das neue Unterrichts- oder Bildungsgesetz¹⁸⁹ neben dem bisherigen dreigliedrigen Schulaufbau, auch die die Schulbildung betreffenden Minderheitenrechte, welche sich aber nur unwesentlich von denen im Kommunismus unterschieden: Minderheitenschulen wurden zugelassen, waren aber an bestimmte Klassengrößen und Schülerzahlen gebunden. Das rumänische Unterrichtsministerium konnte jedoch Sondergenehmigungen erteilen, falls die Mindestschülerzahl nicht erreicht werden sollte. Es stellte außerdem sämtliche Lehrmaterialien zur Verfügung.¹⁹⁰

Für Verstimmungen bei den Minderheitenvertretern sorgten verschiedene Sprachregelungen, wonach Aufnahmeprüfungen in höherklassige Schulen und Universitäten verbindlich in Rumänisch erfolgen und die Fächer „Geschichte der Rumänen“ und „Geographie der Rumänen“ – wie schon vor der Wende – verpflichtend in rumänischer Sprache gelehrt werden mussten.¹⁹¹ Beides wurde aber mittlerweile im Sinne der Minderheiten geändert.¹⁹²

Hinderlich für eine Weiterentwicklung des rumänischen Bildungssektors war lange Zeit die schwerfällige zentralistische Struktur, welche Überbürokratisierung, Ineffizienz und Korruption nach sich zog. Um die Jahrtausendwende kam es unter Mithilfe von Vertretern der OECD, Weltbank und Europäischen Kommission zu Reformen. Dadurch verschoben sich die Kompetenzen zunehmend in den lokalen und regionalen Bereich: Die jeweiligen Kreisschulinspektoren und Schulleiter sind nun für die Erhaltung der Schulgebäude zuständig, Schulen können 30% ihrer Curricula selbst bestimmen und alternative Schulbücher auswählen.¹⁹³ Neben weiteren Dezentralisierungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich wurden auch die finanzielle Förderung des Beruf-, Privat- und Hochschulwesens beschlossen.¹⁹⁴ Allerdings können diese Zuwendungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das rumänische

¹⁸⁸ Vgl. Miculescu, Maria: Das Rumänische Bildungswesen im Wandel, in: Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung Band 77, hrsg. von Wolfgang Mitter. Frankfurt a.M. 1997, S. 64f.

¹⁸⁹ Sowohl die Bezeichnungen Unterrichts- als auch Bildungsgesetz werden in der deutschsprachigen Literatur verwendet, vgl. u.a. Lunesch, S. 32.

¹⁹⁰ Vgl. Die Artikel 125, 126 und 158 des Rumänischen Unterrichts-/Bildungsgesetzes von 1995 bzw. in der revidierten Fassung von 2000, zitiert nach: Lunesch, S. 30 – 32.

¹⁹¹ Vgl. Miculescu, S. 94 – 102.

¹⁹² So gibt es mittlerweile auch deutschsprachige Lehrbücher zu den beiden Unterrichtsfächern, vgl. z.B. Oane, Sorin/Ochescu, Maria/ Nowak, Dieter: Geschichte der Rumänen. Lehrbuch für die VIII, Bukarest 2012.

¹⁹³ Vgl. Birzea, Cesar: Das rumänische Bildungswesen, in: Die Schulsysteme Europas hrsg. von Döbert, Hans et.al. Hohengehren 2002, S. 416 – 429, hier: S. 417f. und S. 426.

¹⁹⁴ Vgl. dazu u.a. den Abschlussbericht der OECD aus dem Jahr 2000: Reviews of National Politics. Romania. Education and Skills, abrufbar unter (Link, zuletzt: 30.03.2017): http://www.oecd-ilibrary.org/education/reviews-of-national-policies-for-education-romania-2000_9789264181731-en.

Bildungswesen chronisch unterfinanziert ist. Ein Lehrereinstiegsgehalt beträgt 200 € und liegt damit sogar deutlich unter dem rumänischen Durchschnittseinkommen von rund 380 €. ¹⁹⁵ Von allen EU-Mitgliedsstaaten investiert Rumänien mit etwas über 3% seines BIP am wenigsten in Bildung. ¹⁹⁶ Ob diesbezüglich bei den verantwortlichen Regierungen in den nächsten Jahren ein Umdenken stattfindet, ist ungewiss.

4.5 Zwischenfazit

Widerstand das siebenbürgisch-sächsische Schulwesen jahrhundertlang allen äußeren Eingriffen, geriet es im 20. Jahrhundert zunächst ins Fahrwasser des Nationalsozialismus und wurde kurze Zeit später – wie alle Bildungseinrichtungen im Kommunismus – verstaatlicht. Dabei bewahrte es trotz ideologischer Vorgaben weitgehend seine wichtigste Eigenschaft: Die deutsche Lehr- und Unterrichtssprache. Welche Sonderrolle den rumäniendeutschen Schulen im Kommunismus dadurch zukam, zeigt der Blick in andere Ostblockstaaten jener Zeit, die das deutsche Element vollständig aus dem Kultur- und Alltagsleben getilgt hatten.

Die rumänische Wirtschaftsentwicklung hatte durch die Verschmelzung von Bildung und Ökonomie immer auch Auswirkungen auf das Bildungswesen, sei es durch die Zunahme praktischer Tätigkeiten im Regelunterricht oder die mit Urbanisierung und Industrialisierung einhergehende Schließung vieler weiterführender, dörflicher Schulen. Gravierende Fehlentscheidungen in diesem Bereich führten zum kollektiven Auswanderungswunsch der deutschen Minderheit, der durch eine emigrationsfördernde Politik der BRD noch unterstützt wurde.

Mussten deswegen in den 1980er Jahren viele, vor allem ländliche, deutsche Schulabteilungen schließen, da sowohl deutsche Schüler und als auch Lehrer fehlten, interessierten sich im städtischen Raum vermehrt rumänische Schüler für deutsche Schulbildung. War der Zustrom dieser Schüler vor der Wende nur zur Errichtung mehrerer Klassenzüge notwendig, so ist er nach dem Umbruch für alle deutschen Schulen von existenzieller Bedeutung: Sie konnten nur aus diesem Grund nach dem Exodus der deutschen Bevölkerung fortbestehen und stehen heute – trotz der generellen Probleme des rumänischen Bildungssystems – relativ gefestigt da.

¹⁹⁵ Vgl. Bottesch, Martin: Das deutschsprachige Schulwesen in Rumänien, in: ADZ vom 2. Oktober 2014, abrufbar unter (Link, zuletzt: 30.03.2017): <http://www.adz.ro/artikel/artikel/das-deutschsprachige-schulwesen-in-rumaenien/>.

¹⁹⁶ Vgl. Birzea, S. 427, sowie: Eine „Euro-Stat“-Statistik zu den öffentlichen Ausgaben im Bildungsbereich der EU-Länder, abrufbar unter (Link, zuletzt: 30.03.2017): [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Public_expenditure_on_education,_2011_\(%C2%B9\)_\(%25_of_GDP\)_YB15-de.png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Public_expenditure_on_education,_2011_(%C2%B9)_(%25_of_GDP)_YB15-de.png).

5. Untersuchung der Fallbeispiele

5.1 Allgemeine Vorbemerkungen

Im folgenden Abschnitt der Arbeit wird die Betrachtung des rumäniendeutschen Schulsystems in der Umbruchszeit anhand dreier Schulen aus dem Hermannstädter Raum intensiviert. Sie sind so ausgewählt, dass sie das Schulsystem im Kleinen räumlich und institutionell abdecken und damit exemplarisch für die Gesamtveränderungen im rumäniendeutschen Schulwesen stehen können.

Bevor die Datenanalyse erfolgt, werden die untersuchten Schulen vorgestellt und voneinander abgegrenzt. In einem zweiten Schritt wird die Quellenlage skizziert, bei der große Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen bestehen. Die für die Untersuchung relevanten bzw. überhaupt vorliegenden Statistiken werden anschließend präsentiert. Der Betrachtungsschwerpunkt liegt dabei auf dem Schuljahr 1989/90 und umfasst im Wesentlichen die Fragen, wie viele Schüler zu welcher Zeit auswanderten, ob es einen signifikanten Stadt-Land-Unterschied gab und inwieweit schultypenspezifische Eigenheiten vorlagen. Die Auswirkungen auf die Schulen werden – wenn verfügbar – durch statistische Erhebungen aus den Folgejahren demonstriert, wobei zu beachten ist, dass die Aussagekraft der Zählensätze begrenzt ist: Über Größe, ethnische Zusammensetzung und Konfiguration der Schulklassen verschaffen sie Aufschluss; ob es Veränderungen hinsichtlich des Sprachenniveaus, der Unterrichtsinhalte oder des schulischen Zusammenlebens gab, kann man dagegen nicht aus ihnen herauslesen.¹⁹⁷ Hinweise darauf finden sich teilweise in Zeitungsberichten der rumäniendeutschen Publikationen *Neuer Weg* und der *Hermannstädter Zeitung*, die ergänzend hinzugezogen werden. Ein kurzes Zwischenfazit fasst die Ergebnisse der einzelnen Datenauswertungen schließlich zusammen.

5.2 Brukenthalschule

5.2.1 Historischer Abriss und Verortung

Die Brukenthalschule gilt als eine der traditionsreichsten Schulen der rumäniendeutschen Minderheit. Sie befindet sich im Zentrum Hermannstadts, direkt gegenüber der evangelischen Stadtpfarrkirche. In einem Kirchenregister wird vermerkt, dass sich bereits im Jahr 1380 an

¹⁹⁷ Diese Untersuchungen wären dann auch eher sprachwissenschaftlicher, pädagogischer oder soziologischer Natur.

gleicher Stelle eine Schule befand¹⁹⁸, für das Jahr 1446 ist der Name eines Schulrektors überliefert.¹⁹⁹ Die Vorgängerin der Brukenthalschule kann damit als älteste überlieferte siebenbürgisch-sächsische Stadtschule angesehen werden.²⁰⁰

Informationen zur Schule aus vorreformatorischer Zeit sind rar. Auf eine überregionale Bedeutung der Schule weisen lediglich die Namen von 285 Hermannstädter Hochschulabsolventen hin, die in der Zeit zwischen 1377 und 1520 an europäischen Universitäten studierten.²⁰¹ Aus Ratsprotokollen jener Zeit geht hervor, dass es das Ziel war, die Schule zur einer „Pflanzstätte für Kirche und Staat“ werden zu lassen.²⁰²

In der Reformationszeit wandelte sich die Schule zu einem humanistischen Gymnasium, ab dem Jahr 1578 führt sie den Titel „Gymnasium academicum“.²⁰³ Der Unterrichtsschwerpunkt lag neben Latein, Griechisch und Philosophie nach wie vor auf Religion; es gab sogar eine kleine Schulkapelle.²⁰⁴ Eine Lehr- und Unterrichtsordnung, in welcher ein verpflichtender Fächerkanon festgelegt wurde, trat im Jahr 1756 in Kraft – vor allem als Reaktion auf das durch Maria Theresia geförderte, staatliche Schulwesen. Die Schule bestand damals aus einer vierklassigen Unterstufe und einer sechsklassigen Oberstufe; vielfach wurde aber im Simultanunterricht gelehrt.²⁰⁵

Der später namensgebende Gouverneur Samuel von Brukenthal hatte die Schule selbst bis 1740 besucht. In seine Amtszeit fiel der Neubau des Schulgebäudes, der 1781 vollendet und teils durch Spenden finanziert wurde. Die Schule entwickelte sich durch die Neuausrichtung des Lehrplans zu einer „gewissermaßen dreifachen Anstalt“²⁰⁶; neben einer allgemeinbildenden, bürgerlichen Schule und einer Ausbildungsschule für zukünftige Volksschullehrer, war ihre Hauptausrichtung weiterhin die, eine „Gelehrtenschule“ zu sein.

¹⁹⁸ Vgl. Hermann, Gerold: Die Brukenthalschule, in: 20. Zwanzig Jahre Demokratisches Forum der Deutschen in Hermannstadt, hrsg. vom Demokratischen Forum der Deutschen in Hermannstadt, Hermannstadt 2010, S. 87 - 88., hier: S. 88.

¹⁹⁹ Vgl. Salzer, Johann Michael: Zur Geschichte der sächsischen Volksschule in Siebenbürgen. Erstes Heft, Hermannstadt 1861, S. 24.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Vgl. König, Walter: 625 Jahre Schule in Hermannstadt, in: Jahrbuch des Samuel von Brukenthal – Gymnasiums 2002 – 2005, S. 8 – 11, hier: S. 8 (weiter zitiert unter: König, 625 Jahre).

²⁰² Vgl. o.V.: 1956 – 2006. 50-jähriges Absolvententreffen. Brukenthal-Gymnasium. Hermannstadt in Siebenbürgen, Geretsried o.J., S. 6 (weiter zitiert unter „o. A., Absolvententreffen“).

²⁰³ Vgl. ebd.

²⁰⁴ Vgl. König, 625 Jahre, S. 8. Zur Beziehung zwischen Brukenthalschule und Kirche vgl. ferner: Klein, Christoph: An den Toren zur Welt, Hermannstadt/Bonn 2012, S. 95 – 101.

²⁰⁵ Vgl. König, 625 Jahre, S. 8f.

²⁰⁶ Ebd., S. 9.

Dazu passte der Anspruch der Lehrprofessoren, jedes Jahr eine wissenschaftliche Arbeit zu verfassen.

Im 19. Jahrhundert expandierte die Schule weiter; zur gymnasialen Abteilung gesellten sich Bürger-, Real- und Elementarschulabteilungen. Die Schüler bezahlten ein jährliches Schulgeld von 3 – 12 Gulden, Zuwendungen des Stadtrates und Spenden ehemaliger Schüler trugen ebenfalls zum Erhalt und Ausbau der Schule bei. Obwohl rein deutschsprachig, etablierte sich die Schule zu einer „gesamtsiebenbürgischen Bildungseinrichtung“: Zwischen den Jahren 1850 und 1870 waren neben 4234 Deutschen auch 1225 Rumänen, 267 Ungarn und 14 Angehörige anderer Nationen im Gymnasium eingeschrieben.

Zunehmend fand eine Schwerpunktverlagerung die Unterrichtsinhalte betreffend statt; „rationale“ Fächer konkurrierten mit den alten Sprachen, nach dem 1. Weltkrieg konnten die Schüler zwischen einer klassischen, einer modernen und einer Real-Abteilung wählen. Im Jahr 1921 erhielt die Schule anlässlich des 200. Geburtstags Brukenthals den heutigen Namen.²⁰⁷

Bis zur Verstaatlichung 1948 war die Brukenthalschule eine reine Knabenschule²⁰⁸, im Schuljahr 1937/38 bestand sie aus einem Unter- und Obergymnasium [Klassen V – XII] und zählte rund 360 Schüler. Überregional bekannt war sie auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch für ihren Schulchor, Theateraufführungen, Erfolge in sportlichen Wettbewerben und den hohen Leistungsstand; der Prozentsatz an späteren Akademikern war außerordentlich hoch, Absolventen besetzten oft hohe Positionen im Gesundheits- und Schulwesen, sowie in der Verwaltung.²⁰⁹

Unter kommunistischer Verwaltung wurde die Brukenthalschule zunächst zur „Oberschule für Knaben Nr. 4“ und wenig später zur für beide Geschlechter zugänglichen „Mittelschule Nr. 4“ umgewandelt. Die Umformung aller Lyzeen in Fachlyzeen brachte eine weitere Namensänderung mit sich; bis zur Wende hieß die Brukenthalschule offiziell „Lyzeum für Mathematik-Physik Nr. 1“. Im Volksmund war aber nach wie vor die Bezeichnung „Brukenthalschule“ geläufig.²¹⁰

²⁰⁷ Ebd.

²⁰⁸ Ab dem Schuljahr 1922/23 war es allerdings für Mädchen möglich, sich als außerordentliche Schülerinnen privat in der Schule zu inskribieren, vgl. o. A., Absolvententreffen, S. 9.

²⁰⁹ Ebd., S. 10.

²¹⁰ Ebd., S. 10f.

Die rein deutschsprachige Unterrichtstradition wurde durch die von oben verordnete Einführung eines rumänischen Klassenzuges ab dem Schuljahr 1985/86 abgeschwächt. Die Ausrichtung des kommunistischen Bildungswesens nach ökonomischen Kriterien führte zudem zur Einrichtung technisch-orientierter Profilklassen, die zu Lasten der humanistisch-allgemeinbildenden gingen. Für Berufstätige wurde die Möglichkeit geschaffen, das Bakkalaureat an der an das Lyzeum gekoppelten Abendschule [Klassen XI – XIII] zu erwerben.

5.2.2 Aufbau und Zusammensetzung des Quellenmaterials

Bei dem vorliegenden Datenmaterial handelt es sich zum einen um eine Schülerliste²¹¹ (rum.: *evidența elevilor*“, wortwörtlich übersetzt: „Schülerbeleg“) des Jahres 1989/90, welche eine Gesamtübersicht aller Schüler beinhaltet, in der auch die geschlechtliche und ethnische Zusammensetzung, sowie die Stadt-Land-Verteilung der einzelnen Klassen angegeben wird.²¹² Zusätzlich existiert für jede Klasse eine Namensliste, in der die Schüler, welche die Schule während des Jahres verlassen haben, durchgestrichen wurden. Fast immer ist daneben der Grund notiert: „R“ (kurz für *retras*, auf dt. „weggezogen“) steht für ausgewanderte Schüler, manchmal werden diese auch durch das Wort *plecat* oder *plec.* (rum. für „weggehen, ausreisen“) gekennzeichnet und in seltenen Fällen ist auch das Ausreiseland Deutschland durch das Kürzel „RFG“ vermerkt. Oft ist zudem das Ausreisedatum oder der Ausreisemonat angegeben.

Die Anmerkung *trans* (Abk. des rum. Verbes *transferă*, auf dt. „überwechseln“) bedeutet, dass der Schüler auf eine andere Schule gewechselt ist; das selten vorkommende *exm.* (rum. *exmatricula*), dass er aus anderen Gründen vom Schulbetrieb ausgeschlossen wurde.

Zusätzlich wird auch die Schülerliste des folgenden Jahres für die Untersuchung herangezogen, wobei sich in der des Schuljahres 1990/91²¹³ schon keine Anmerkungen mehr in den Namenslisten finden; stattdessen wurde eine handgeschriebene Liste mit allen ausgewanderten Schülern in die Evidenzen eingefügt. Aus dieser geht aber nicht genau hervor, in welchem Monat die Schüler emigriert sind, sondern nur in welchem Trimester.

²¹¹ Vgl. Evidența elevilor. Cl. IX – XII-Li; XI - XIII-seal, an. școla 1989/1990. Liceul Teoretic „Brukenthal“ Sibiu, Nr. Inv. 1148.

²¹² Unterschieden wird bei der ethnischen Zugehörigkeit (rum. *Nationalitatea*) zwischen rumänisch, deutsch, ungarisch und andere und bei Herkunft (rum. *Domiciliul*) zwischen Stadt (rum. *urban*) und Land (rum. *rural*), vgl. ebd.

²¹³ Vgl. Evidența elevilor. An. școla 1990/1991. Liceul Teoretic „Brukenthal“ Sibiu, Nr. Inv. 1202.

Für die Schuljahre 1991/92 und 1992/93 bis 2003/04 sind die Statistiken zum Zeitpunkt der Untersuchung unauffindbar. Da nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems auch die damalige Sekretärin auswanderte, sind viele Aufzeichnungen durcheinandergeraten und ungeordnet. Leider scheiterten die intensiven Bemühungen der heutigen Sekretäre, die Dokumente zu finden; für die vorliegende Arbeit bieten die existierenden Statistiken allerdings hinreichend Material, um den Umbruchsprozess aufzuarbeiten.

5.2.3 Auswertung der Daten

Situation zu Schuljahresbeginn 1989/90

Das Brukenthallyzeum umfasste im Schuljahr 1989/90 die Klassen IX – XII, wovon die Klassenstufen IX und X fünfzünftig und die Klassen XI und XII vierzünftig waren. Die einzelnen Parallelklassen unterschied man durch die Buchstaben A – D bzw. E.

Die A-Klasse jeder Jahrgangsstufe hatte ein mathematisch-physikalisches Profil und einen etwas elitäreren Charakter. Etwa zwei Drittel der Schüler in den A-Klassen waren Deutsche, ein Drittel Rumänen. Die B – D bzw. E-Klassen hatten eine „mechanische“ also technische Ausrichtung. Die B-Klassen waren fast ausschließlich für rumänische Schüler bestimmt, C-, D- bzw. E-Klassen wurden überwiegend von deutschen Schülern besucht. Die Schüleranzahl pro Klasse betrug im Lyzeum offiziell 36, variierte aber in Wahrheit zwischen 32 (X-D) und 41 (XI-C).

Zusätzlich zu den Tagesschulklassen gab es noch drei Abendschulklassen [XI – XIII], in denen Schüler berufsbegleitend ihr Bakkalaureat – vergleichbar mit dem Abitur/der Matura – erwerben konnten. Sie waren deutlich kleiner und einzügig: Klasse XI besuchten 25 Schüler, in die Klasse XII gingen 28 und in die XIII. Klasse 14.

Rechnet man Tages- und Abendschulklassen zusammen, waren zu Schuljahresbeginn (Stichtag: 15. September 1989) 720 Schüler im Brukenthal-Lyzeum angemeldet. Sie teilten sich ihrer „Nationalität“²¹⁴ nach wie folgt auf:

Klassentyp	Deutsche	Rumänen	Ungarn/Andere	Gesamt
Tagesklassen	432	210	9/2	653
Abendklassen	64	3	0	67
Gesamt	496	213	11	720

²¹⁴ Die ethnische Zugehörigkeit der Schüler wird unter „*Nationalitatea*“ vermerkt.

Auswanderungsprozess im Schuljahr 1989/90

Kurz vor oder während des Schuljahres 1989/90 verließen 35% aller zu Schuljahresbeginn gemeldeten Schüler die Schule, insgesamt 252. Von ihnen wanderten 223 definitiv aus und 20 wechselten – meist noch im September 1989 – das Lyzeum. Unklar ist der Verbleib von neun Schülern aus der Klasse IX-B, die teilweise handschriftlich, nachträglich in die Namenslisten eingetragen worden waren und später ohne Angabe von Gründen wieder daraus gestrichen wurden.

Bei etwa vier Fünfteln der emigrierten Schüler ist der Ausreisemonat vermerkt. Wie sich die Auswanderung auf die Monate verteilte, zeigt die nachfolgende Tabelle:

Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Unb.
3	0	5	1	21	35	41	43	26	48

Nur ein verschwindend geringer Anteil von 4% der Schüler emigrierte vor dem Jahreswechsel 1989/90. Dagegen verließ knapp die Hälfte (43%) das Land in den ersten drei Monaten danach. Gezählt wurden sowohl die Tages- als auch die Abendschüler; betrachtet man letztere getrennt, so sind von 26 emigrierten Abendschülern sogar deutlich mehr als die Hälfte (57%) bereits im Januar, Februar oder März 1990 nach Deutschland übersiedelt.

Auffällig ist die geringe Auswanderungsbewegung in der mehrheitlich deutschen Tagesschulklasse XII-A: Von 33 Schülern verließ nur eine Schülerin die Klasse vorzeitig. Die anderen Abschlussklassen heben sich dagegen nicht von der durchschnittlichen Auswanderungsrate anderer deutscher Klassen ab: 32% der Klasse XII-C, 50% der Klasse XII-D und 43% der Abendschulklasse XIII beendeten das Schuljahr nicht. Ob die Eltern der etwas privilegierten mathematisch-physikalischen A-Klasse²¹⁵ dem Abschlusszeugnis eine höhere Bedeutung zumaßen und die Ausreise deswegen auf die Zeit nach Schuljahresende verschoben, kann nur spekuliert werden.

Die rumänischen Klassenzüge waren so gut wie gar nicht von der Emigrationsbewegung betroffen, obwohl nach dem Umbruch auch Millionen Rumänen das Land verließen.²¹⁶ In der unmittelbaren Nachwendezeit war das – zumindest was den urbanen Hermannstädter Raum

²¹⁵ So mussten die Mathe-Physik-Profil-Klassen nur einen Monat pro Schuljahr „praktische Tätigkeiten“ in der Landwirtschaft und in Werkstätten ausüben; bei den mechanisch-technischen Profilklassen waren es circa drei, vgl. Informationsgespräch mit Herrn Roşian.

²¹⁶ Vgl. Verseck, S. 156.

betrifft – offensichtlich noch nicht der Fall: Die rumänische Abschlussklasse XII-B war zu Schuljahresende vollzählig; in den unteren Klassen gab es nur einen äußerst marginalen Prozentsatz von Schülern, welcher die Klasse während des Schuljahres verließ – meist um auf andere Schulen zu wechseln. Die einzige als ausgewandert markierte Schülerin einer rumänischen Klasse, hieß mit Vornamen „Traute“, was auf einen wie auch immer gearteten Bezug zur deutschen Minderheit hindeutet.

Lässt man die rumänischen Klassen deshalb in der statistischen Erhebung zur Auswanderung unberücksichtigt und betrachtet nur die deutschen und mehrheitlich deutschen Klassen, erhöht sich der Prozentsatz der emigrierten Schüler auf 39%. Zusätzlich zu diesen verließ eine zahlenmäßig nicht genau erfasste Anzahl Schüler zusammen mit ihren Familien während der Sommerferien das Land. Mit welcher Hypothek das Brukenthal-Lyzeum dadurch ins folgende Schuljahr ging, muss hier nicht extra erwähnt werden.

Entwicklung im Folgejahr

Waren nach dem Sturz Ceaușescus noch im Schuljahr 1989/90 einige praktische Unterrichtsanteile ersatzlos gestrichen worden, gehörte in den neu aufgenommenen Klassen mit dem Schuljahr 1990/91 auch die technische Profilausrichtung der Vergangenheit an: Die drei IX. Klassen verteilten sich auf einen eher mathematisch-naturwissenschaftlich (IX-A und IX-B) und einen humanistisch (IX-C) ausgerichteten Zweig. Insgesamt wurden 74 Schüler eingeschult (die angestrebte Klassenstärke betrug ja nach der Wende nur noch 24 statt 36 Schüler pro Klasse), wovon trotz des Wegfalls der rumänischen Klasse etwa ein Drittel ethnische Rumänen waren. Zum Vergleich: Im Vorjahr wurden noch 183 Schüler in fünf IX. Klassen neu aufgenommen; ohne die rein rumänische B-Klasse betrug der Anteil der rumänischen Schüler damals nur knapp 12%.

In den höheren Klassenstufen [X-XII] wurde die kommunistische Profilausrichtung als Auslaufmodell beibehalten. Deutschsprachige technisch-mechanische Klassen wurden aufgrund der gesunkenen Schülerzahl zusammengelegt, so dass in den Klassen X und XI nur mehr vier Parallelklassen, in der XII. lediglich drei bestanden. Die Abendklassen wurden entweder ausgelagert oder fielen weg; sie tauchen nicht mehr in der Statistik auf.

Die Schülerzusammensetzung nach ethnischen Gesichtspunkten sah zum Schuljahresbeginn 1990/91 wie folgt aus:

Deutsche	Rumänen	Ungarn	Gesamt
195	184	8	387

War der Anteil der rumänischen Schüler im Vorjahresvergleich nur leicht gesunken, hatte sich jener der deutschen mehr als halbiert. Eine interessante Entwicklung gab es bei der Geschlechterzusammensetzung²¹⁷: Besuchten im Schuljahr 1989/90 deutlich mehr Mädchen das Gymnasium, war das Verhältnis nun fast ausgeglichen.

Ein hoher Anteil der noch verbliebenen Schüler beendete das Schuljahr nicht. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Schüler aus deutschen Klassen, die emigriert waren. Über die genaue Anzahl besteht Unklarheit: Eine handgeschriebene Liste über „Schüler, die das Land verließen“²¹⁸ ist bis 92 durchnummeriert; eine Schreibmaschinenfassung, in der auch das „Trimester“ der Auswanderung angegeben ist, kommt auf 88. Nehmen wir aufgrund der Mehrinformation die Schreibmaschinenfassung als Rechnungsgrundlage, verließ während des Schuljahres fast ein Viertel der Schüler, 23%, vorzeitig das Lyzeum.

Von diesen emigrierten 36 Schüler im I. und 52 Schüler im II. Trimester. Im III. Trimester verließen interessanterweise keine deutschen Schüler mehr die Schule. Das II. Trimester endete zu Ostern, Anfang April 1991.²¹⁹ Vertraut man auf die Liste, bei der freilich kein Anfertigungsdatum angegeben ist, würde das bedeuten, dass es während der Monate April und Mai 1991 keine Auswanderungen deutscher Schüler gab.

Fast noch schwerer als die Auswanderung der muttersprachlich deutschen Schüler wog der Abgang vieler deutscher Lehrer: Nach der Wende verließen „innerhalb kürzester Zeit“ 26 Lehrkräfte die Schule.²²⁰ Um den Unterricht dennoch zu ermöglichen, kam es zu umfangreichen Personalrochaden, Improvisationen und provisorischen Neueinstellungen. Die Bundesrepublik Deutschland entsendete – befristet für das Schuljahr 1990/91 – vier Lehrer an die Schule.²²¹ In seiner Rede zum Schuljahresabschluss im Juni 1990 erwähnte der damalige Direktor Schmidt, dass während der letzten vier Jahre etwa 90 Lehrer die Schule verlassen

²¹⁷ Im Schuljahr 1989/90 standen 285 Jungen 368 Mädchen gegenüber, im Folgejahr waren 191 Jungen und 196 Mädchen zu Schuljahresbeginn im Brukenthal-Lyzeum eingetragen.

²¹⁸ Frei übersetzt, Original in Rumänisch überschrieben mit *Elevi plecați din țară*.

²¹⁹ Der orthodoxe Ostersonntag, an dem sich die darauffolgenden Ferien orientieren, war am 7. April 1991.

²²⁰ Vgl. König, 625 Jahre, S. 11.

²²¹ Vgl. Bericht der Schulkommission des DFDR (Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien) Nr. 40 vom 03.04.1992: „Deutschsprachiger Unterricht in Siebenbürgen im Schuljahr 1991/92, S.12.

oder neu an diese gekommen wären.²²² Nicht zu ersetzen waren die Leiter vieler schulergänzender Angebote – so mussten die Blaskapelle, die „Big Band“ und zeitweise auch der Kammerchor aufgrund der Personalabgänge geschlossen werden.²²³

Weitere Entwicklung

Im Schuljahr 1991/92 wurde die Brukenthalschule um die Klassen V – VIII aufgestockt, die parallel zu anderen deutschen „Gymnasial“-Abteilungen Hermannstadts bestanden. Ab dem Schuljahr 1992/93 wuchs sie durch die Schließung der deutschen Abteilung [nur Klassen V – VIII] der „Schule Nr. 2“ stark an. Folgende Zahlen, die sich auf Statistiken der DFDR-Schulkommission beziehen, verdeutlichen das²²⁴:

Schuljahr	Klassen V	Klassen VI	Klassen VII	Klassen VIII	Gesamt
1991/92	35	29	24	24	112
1992/93	96	62	76	61	295

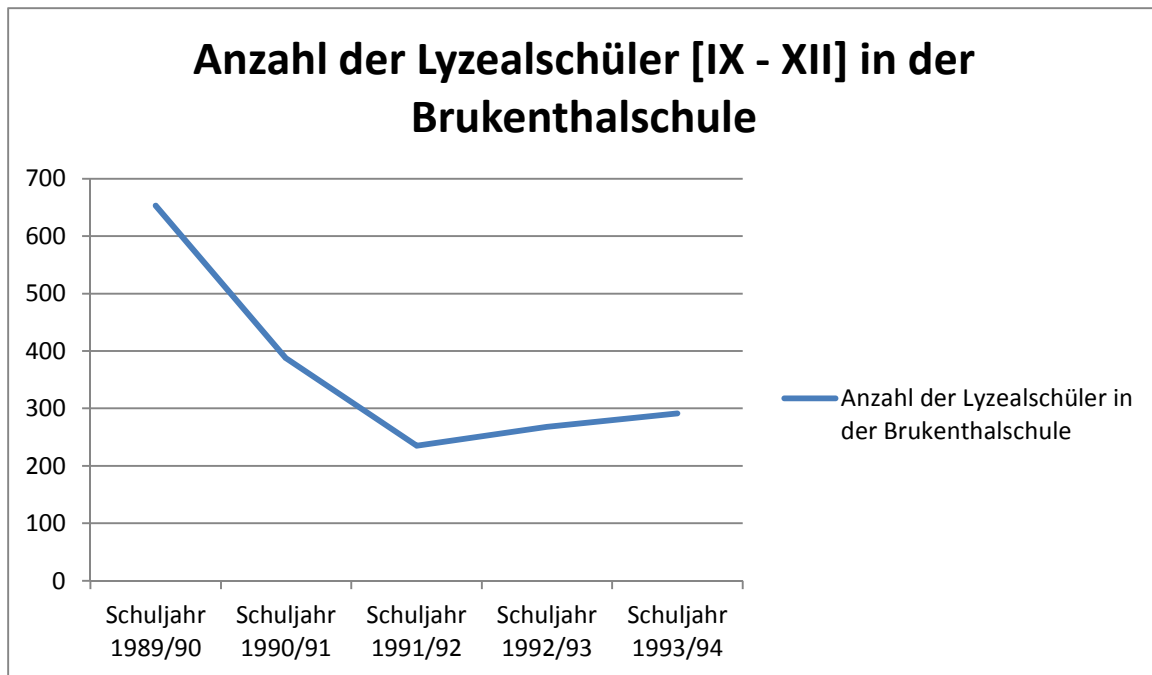
Auch die Lyzealklassen wurden wieder größer: Für jede durch die Auswanderungsbewegung zusammengeschrumpfte Abgangsklasse, rückten volle Klassenzüge mit überwiegend rumänischen Schülern nach. Durch die Erweiterung des Schulbetriebs auf die Gymnasialklassen V-VIII konnten allerdings nur mehr drei (später vier) Klassenzüge in der Lyzealstufe geführt werden, weswegen die Vorwendezahlen selbst in der weiteren Entwicklung unerreicht blieben.²²⁵

²²² Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 22. Jun 1990: „Freunde, macht es gut“, S. 4.

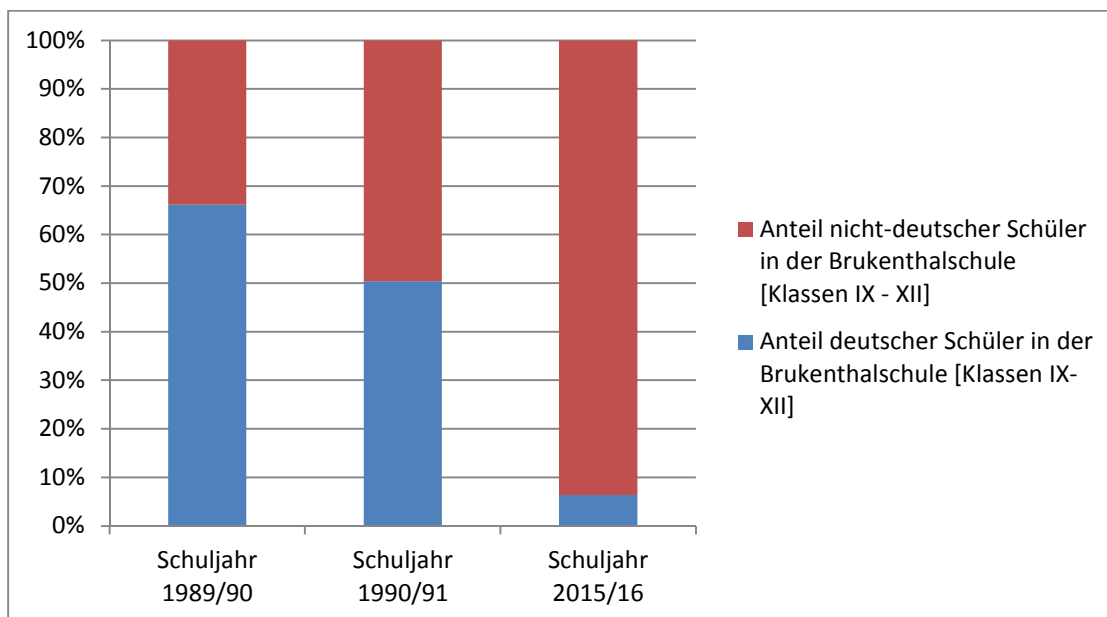
²²³ Ebd.

²²⁴ Vgl. ebd., S.11 und Bericht der Schulkommission des DFDR Nr. 100 vom 20.04.1993: „Statistische Daten betreffend den deutschsprachigen Unterricht in Siebenbürgen im Schuljahr 1992/93“, S. 9.

²²⁵ Vgl. für die Zahlen die Schulkommissionsberichte des DFDR aus den Jahren 1992 – 1994 sowie die Schülerstatistiken des Brukenthalgymnasiums aus den Jahren 1989 und 1990.



Die ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft wurde einem grundlegenden Wandel unterzogen. Wenngleich nur für einzelne Schuljahre verlässliche Zahlen vorliegen, ergibt sich ein recht klares Bild²²⁶:



Verschiedene ausländische Unterstützer trugen das ihrige zur Erhaltung und Förderung der Brukenthalschule bei. So wurden begabten Schülern Ausflüge und Fortbildungen ermöglicht,

²²⁶ Als Quelle dienen Schulstatistiken des Brukenthalgymnasiums aus den Jahren 1989, 1990 und 2016. Die nationale Zugehörigkeit der Schüler legen die Eltern fest – so wurden beispielsweise Schüler mit einem deutschen und einem rumänischen Elternteil nicht getrennt erfasst.

z.B. ein durch die dortige evangelische Kirchengemeinde gesponserter EDV-Kurs in Passau²²⁷ oder ein mehrtägiger Aufenthalt in Wien, mit dem die Gewinner des „Ideenwettstreits“ zum Thema *Was kannst Du persönlich zur Verbesserung der Lebenssituation in Hermannstadt vorschlagen?* durch eine Wiener Schule belohnt wurden.²²⁸

Stabilisierend wirkte sich auch die Entsendung dreier (später vierer) bundesdeutscher Lehrer an die Brukenthalschule aus, die als einzige Schule im Hermannstädter Kreis von den Direktentsendungen durch das Deutsche Auswärtige Amt profitierte. Trotz mancher fachlichen Differenzen verlängerten die Austauschlehrer ihre Lehrtätigkeit und blieben nach dem Schuljahr 1990/91 auch im folgenden Schuljahr an der Brukenthalschule.²²⁹ Da auch die „reichhaltige außerschulische Aktivität“²³⁰ im Schuljahr 1991/92 wieder aufgenommen wurde – etwa mithilfe der Tanzgruppe, durch Hüttenabende, eine Misswahl oder die Neugründung des Kammerchores – zeigten sich die Verantwortlichen schon früh „vorsichtig optimistisch“ und sahen die Schule für die Zukunft gut aufgestellt.²³¹

5.2.4 Kurzfazit

Die Brukenthalschule besaß im Vergleich zu allen anderen Schulen im Kreis Hermannstadt eine privilegierte Stellung. Trotz der Halbierung der Schülerzahlen innerhalb zweier Schuljahre und dem Verlust vieler Fachkräfte, war sie nie existenziell bedroht. Dazu trug zuallererst der Ansturm rumänischer Schüler auf die frei gewordenen Plätze bei, weiterhin die Stärkung der Brukenthalschule durch die Schließung anderer deutscher Schulabteilungen im Umkreis und die damit einhergehende Aufstockung und Konzentration der deutschsprachigen Schüler im „Bruk“ und schließlich die translokale Vernetzung und Bedeutung der Schule, durch die sie beispielsweise bei der Zuteilung bundesdeutscher Gastlehrer bevorzugt behandelt wurde.

Die besondere Rolle der Brukenthalschule ergibt sich aus ihrem historisch gewachsenen Selbstverständnis: Als wahrscheinlich älteste deutsche Stadtschule und eine von vier bis in die 1980er Jahre rein deutschsprachigen Lehranstalten im Land, hob sie sich von anderen Schulen in der Region ab und erlangte durch ihren hohen Leistungsanspruch, dem umfassenden

²²⁷ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 10. August 1990, S. 4: „Brukenthalschüler in Passau“.

²²⁸ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 29. März 1991, S. 3: „Aktive Ferien in Wien“.

²²⁹ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 05. Juli 1991, S. 4: „Ein Meilenstein auch ohne Revolution, ferner: *Hermannstädter Zeitung* vom 23. November 1990, S. 4: „Von dem Gefühl gebraucht zu werden“ und *Hermannstädter Zeitung* vom 14. September 1990, S. 1 und 2: „Transport an die Zentrumsschulen gesichert“.

²³⁰ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 05. Juli 1991, S. 4: „Ein Meilenstein, auch ohne Revolution“.

²³¹ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 21. September 1990, S. 1 und 2: „Vorsichtiger Optimismus“.

deutschsprachigen Unterrichtswesen und vielen schulergänzenden Angeboten auch außerhalb der deutschen Gemeinde hohe Anerkennung.

Die Erweiterung des Schulbetriebs auf die Klassen V – VIII führte dazu, dass heute mehr Schüler die Brukenthalschule besuchen als zu kommunistischen Zeiten und der Andrang die Kapazität übersteigt. Auch wenn sich die ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft radikal verändert hat und der Anteil deutscher Schüler verschwindend gering ist, gewährleistet die Schule weiterhin einen qualitativ hochwertigen, deutschsprachigen Unterricht und stärkt durch Partnerschaften mit 19 Schulen ihr nationen- und länderübergreifendes Renommee.²³²

5.3 Grundschule Alzen

5.3.1 Historischer Abriss und Verortung

Die Deutsche Schule Alzen (auf rum. *Școala Generală Âlțina/ secție germană*) befindet sich in der Ortschaft Alzen etwa 40 km nordöstlich von Hermannstadt im Harbachtal. Sie liegt zentral im Ortsinneren wenige hundert Meter von der erhöht errichteten Kirchenburg entfernt.

Wie bei den meisten ländlichen Schulen ist auch über die Vergangenheit der Alzener Schule vergleichsweise wenig bekannt. Durch Recherchen des ehemaligen Neppendorfer Pfarrers Helmut Klima weiß man, dass die Gemeinde im Jahr 1291 das erste Mal urkundlich erwähnt wurde und bereits für das Jahr 1349 ein Pfarrer nachweisbar ist. Es ist also anzunehmen, dass sich schon im frühen 14. Jahrhundert und noch vor der erstmaligen Erwähnung eines Schulmeisters „um 1500“ eine Schule in Alzen befand.²³³

Bis auf die Notiz in einem Rechnungsbuch aus dem Jahre 1680 finden sich bis ins 19. Jahrhundert keine Informationen über die Schule. Im Jahr 1865 wurde bei einer „Schulkirchenvisitation“ das alte Schulgebäude für zu klein befunden und ein Neubau angeregt. Nachdem zunächst übergangsweise ein alter Gutshof durch die Gemeinde zur Schule umfunktioniert worden war, entstand das bis heute bestehende Schulgebäude in den Jahren 1911-1912.²³⁴ Damit enden Klimas Ausführungen.

²³² Vgl. Hermann, Gerold: Die Brukenthalschule, in: 20. Zwanzig Jahre Demokratisches Forum der Deutschen in Hermannstadt, Hermannstadt 2010, S. 87 – 88.

²³³ Vgl. Klima, Helmut: Daten zur Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde Alzen. Unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript aus dem Jahre 1981, einzusehen auf Nachfrage im Zentralarchiv der evangelischen Kirche A.B. (ohne Archivsignatur).

²³⁴ Ebd.

Für die Schulentwicklung danach ist die Zeitzeugin Rosemarie Müller eine entscheidende Quelle. Sie berichtet, dass es bereits um 1900 neben einer achtklassigen Schule auch einen deutschen Kindergarten im Ort gab. In der Kriegs- und Nachkriegszeit wurde die weiterführende Schule [Klassen V – VIII] im Dorf vorübergehend geschlossen, da die Pfarrer und Lehrer deportiert worden waren und man „den Sachsen nicht so gewillt“ war. Viele deutsche Kinder des Dorfes besuchten in dieser Zeit die nicht aufgelöste Schule im Nachbarort Marpod oder blieben dem Schulbetrieb fern.²³⁵

Der Kindergarten und die Grundschule bestanden durchgängig. Die Einschulungszahlen waren hoch: Im Jahr 1963 kamen beispielsweise 22 Schüler neu in die I. Klasse. Dennoch wurde schon damals weitestgehend simultan gelehrt, wobei die I. mit der III. und die II. mit der IV. Klasse gemeinsam durch jeweils einen Lehrer unterrichtet wurden. In einem Klassenraum waren so teilweise 40 und mehr Schüler gleichzeitig.²³⁶

Neben den deutschen Klassen gab es auch rumänische Klassen – die Bevölkerung Alzens setzte sich in der Nachkriegszeit etwa zu zwei Dritteln aus Rumänen und einem Drittel aus Deutschen zusammen. Die Rumänen hatten eine eigene Schule. Ab dem Schuljahr 1964/65²³⁷, als es in Alzen wieder weiterführende deutsche „Gymnasial“-Klassen [Klassen V – VIII] gab, teilten sie das Schulgebäude mit den deutschen Schülern. Die 18 Schüler, die für einen weiterführenden deutschen Klassenzug vorgeschrieben waren, kamen zum Teil auch aus den umliegenden Ortschaften Leschkirch und Werd b. Agnetheln. Aus Schülermangel wurde die deutsche Gymnasialabteilung jedoch um das Jahr 1980 geschlossen und die deutschen Fünft- bis Achtklässler mussten auf Nachbargemeinden ausweichen, in denen noch deutsche Gymnasialschulen bestanden.²³⁸

In der Grundschule wurde bis zum Umbruch im oben beschriebenen Simultanmodus unterrichtet. Die deutsche Minderheit in Alzen war in der Vorwendezeit noch relativ zahlreich vertreten; am 1. Januar 1990 gehörten ihr 560 Personen an. Es gab ein reges Gemeindeleben, in welches die aus dem Ort stammenden Grundschulkinder teilweise eingespannt waren: Neben den für die Siebenbürger Sachsen typischen „Nachbarschaften“ existierte eine

²³⁵ Vgl. Informationsgespräch mit Rosemarie Müller, geführt vom Verfasser am 10. Dezember 2016 in Alzen.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Frau Müller spricht davon, dass der 1954er Jahrgang der erste war, der eine weiterführende deutsche Schule im Ort besuchte. Je nach Einschulungsalter kann also auch schon im Schuljahr 1963/64 ein Gymnasialzweig in Alzen bestanden haben.

²³⁸ Ebd.

Blaskapelle, eine Tanzgruppe und ein Chor. Heute leben noch 57 Deutsche in Alzen, sieben davon sind Kinder im Vorschulalter.²³⁹

5.3.2 Aufbau und Zusammensetzung des Quellenmaterials

Das Datenmaterial für die Grundschule Alzen setzt sich aus Schulkatalogen der Deutschen Abteilung zusammen, die im Besitz der dort unterrichtenden Lehrerin Rosemarie Müller sind. In den Katalogen sind die Namen, Geburtsdaten und erbrachten Leistungen der Schüler vermerkt; ferner eine Gesamtübersicht aller Schüler, welche die Schule im entsprechenden Schuljahr besuchten. Über ausgewanderte Schüler geben zum Teil Bleistiftnotizen in den Namensspalten Aufschluss; für ausführlichere Informationen ist man aber auf die Auskünfte der seit der Umbruchszeit in Alzen tätigen, bereits erwähnten Lehrerin Rosi Müller angewiesen.

5.3.3 Auswertung der Daten

Situation im Vorwendeschuljahr 1988/89

Im Schuljahr 1988/89 unterrichtete neben Rosi Müller noch eine zweite Lehrerin an der Deutschen Grundschule Alzen. Es wurde im Simultanunterricht gelehrt: Die erste und die dritte Klasse und die zweite und die vierte Klasse wurden jeweils gemeinsam unterrichtet. Die Teilung hängt damit zusammen, dass die erste und die vierte Klasse jeweils als „schwere Klassen“ galten – die erste musste basale Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen lernen; in der vierten Klasse kamen neue Fächer aus den Naturwissenschaften und Erdkunde dazu. Es gab keine externen Fachlehrer, beide Lehrerinnen waren für alle Unterrichtsgegenstände in ihren jeweiligen Simultanklassen zuständig.²⁴⁰

Im Vorwendeschuljahr 1988/89 besuchten 31 Schüler die Schule,²⁴¹ von denen 30 Siebenbürger Sachsen waren und einer Rumäne. Der rumänische Schüler war jahrelang von einer siebenbürgisch-sächsischen Tagesmutter großgezogen worden und sprach Deutsch wie seine zweite Muttersprache. Alle Schüler kamen aus Alzen.

²³⁹ Die Angaben beruhen auf der Zahl der evangelischen Gemeindemitglieder im Ort, die so gut wie ausschließlich der deutschen Minderheit angehören, bzw. mindestens ein deutsches Elternteil besitzen.

²⁴⁰ Alle nicht statistischen, ergänzenden Informationen erhielt der Verfasser der Arbeit bei einem Informationsgespräch mit der Grundschullehrerin Rosi Müller, geführt am 15. März 2017 in Alzen.

²⁴¹ Verteilung auf die Klassen: I – 8, II – 6, III – 8, IV – 9.

Das Umbruchsjahr 1989/90

In den Sommerferien 1989 wanderten drei Schüler aus der ersten Klasse und einer aus der dritten Klasse nach Deutschland aus, eine Schülerin kam neu hinzu. Wie im vorangegangenen Schuljahr wurde in zwei Simultanschulklassen gelehrt.

In der folgenden Tabelle ist die Schülerverteilung in den einzelnen Klassen zu Schuljahresbeginn 1989/90 angegeben, wie viele der Schüler auswanderten und ob die Auswanderung während des Schuljahres oder danach erfolgte:

Klasse	Schüleranzahl zu Schuljahresbeginn	Ausgewandert	Davon nach Ende des Schuljahres ausgewandert
1. Klasse	7	5	4
2. Klasse	6	3	1
3. Klasse	6	2	2
4. Klasse	7	1	0
Gesamt	26	11	7

Fast die Hälfte aller Schüler (42%) verließ die Schule also im oder nach dem Schuljahr 1989/90, allerdings wanderten etwa zwei Drittel der Schüler erst nach Schuljahresende aus. Bis Ostern 1990 gab es überhaupt keine Emigrationen, alle Auswanderungen während des Schuljahres erfolgten Ende April oder im Mai 1990. Die vergleichsweise geringe Abwanderung während des Schuljahres, erklärt Rosi Müller dadurch, dass viele Eltern auf ihre Kinder Rücksicht nahmen und verhindern wollten, dass diese in Deutschland ein Schuljahr wiederholen müssen.²⁴² Im April 1990 wanderte auch die Lehrerkollegin Rosi Müllers aus, weswegen der frühere Grundschullehrer Breckner wieder den Dienst aufnahm.

Im März 1990, bevor die Auswanderungswelle auch Alzen erfasste, überlegten Vertreter des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, des staatlichen Kreisschulinspektorats und der evangelischen Kirche, in Alzen eine Zentrumsschule zu errichten. Der Plan wurde jedoch nicht verwirklicht.²⁴³

²⁴² Der Ostersonntag 1990 war am 15. April (sowohl nach rum.-orthodoxer, als auch nach evangelischer Rechnung). Informationen zu den genauen Auswanderungen, vgl. Informationsgespräch mit Rosi Müller.

²⁴³ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 23. März 1990, S. 1: „Kräftige Lehranstalten und Internate“.

Entwicklung in den Folgejahren

Nach dem Umbruchschuljahr wurden in den umliegenden Dörfern viele deutsche Schulen geschlossen; aus den Ortschaften Kastenholz, Holzmengen und Leschkirch kamen so vereinzelt deutsche Schüler nach Alzen. Da im Deutschen Kindergarten Alzen die Betreuerin auswanderte, übernahm die bisherige Lehrerin Rosi Müller ihre Stelle. In der Schule unterrichtete nun ein Lehrer alle vier Klassen im Simultananunterricht. Die Schüleranzahl in den einzelnen Klassenstufen war im Schuljahr 1990/91 wie folgt:

Klasse I: 3

Klasse II: 2

Klasse III: 3

Klasse IV: 5

Insgesamt gingen also 13 Kinder im Schuljahr 1990/91 in Alzen zur Schule. Interessanterweise gab es im und nach dem Schuljahr keine Abwanderung. Allerdings gab es immer weniger Nachwuchs: Die erste Klasse setzte sich aus einem deutschen Schüler aus dem Ort, einem aus Alzen stammenden, von einer siebenbürgisch-sächsischen Tagesmutter großgezogenen Rumänen und einem aus einer Nachbargemeinde kommenden Kind zusammen.

Dennoch schien Alzen zum Jahreswechsel 1990/91 in Bezug auf das deutsche Gemeindeleben im ländlichen Raum eines der wenigen Positivbeispiele zu sein: Es gab Initiativen zur Gründung eines Ortsforums, im deutschen Kindergarten arbeiteten zwei ausgebildete Pädagoginnen mit 15 Kindern und neun Schüler aus dem Ort [Klassen V – XII] nutzten die Möglichkeit, im neu eingerichteten Internat in Hermannstadt zu wohnen und eine weiterführende deutsche Schule zu besuchen. Von ehemals 565 deutschen Gemeindemitgliedern war immerhin noch die Hälfte im Ort verblieben. Fast erleichtert schrieb der Redakteur der *Hermannstädter Zeitung* daher: „Wir sind froh, daß wir in Alzen noch soviel Zuversicht und Hoffnung vorgefunden haben“.²⁴⁴

Zu Schuljahresbeginn 1991/92 waren 12 Schüler an der Schule eingeschrieben. Die Klassenverteilung:

²⁴⁴ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 21. Dezember 1990, S. 6: „Zuversicht und Hoffnung“.

Klasse I: 4

Klasse II: 3

Klasse III: 2

Klasse IV: 3

Die neue erste Klasse setzte sich aus der rumänischen Tochter eines hohen Schulbeamten und drei deutschen Schülern – von denen zwei aus der Nachbargemeinde Leschkirch kamen – zusammen. Kurz vor Weihnachten 1991 wanderten alle deutschen Schüler dieser Klasse und zwei weitere Schüler aus höheren Klassen aus; der rumänischstämmige Schüler aus der vierten Klasse wechselte die Schule.²⁴⁵ Nur die Hälfte der Schüler beendete dadurch das Schuljahr in Alzen.

Im darauffolgenden Schuljahr 1992/93 emigrierte zu Schuljahresbeginn der einzige Lehrer. Rosi Müller wechselte daher wieder vom Kindergarten an die Schule zurück. Den Kindergarten betreute an ihrer statt zwei weitere Jahre lang eine deutsche Kollegin; als diese ebenfalls auswanderte, wurde er im Jahr 1994 geschlossen.

Im Schuljahr 1992/93 gab es keine erste Klasse und nur noch fünf Schüler, die sich wie folgt verteilten:

Klasse II: 1

Klasse III: 3

Klasse IV: 1

Weitere Entwicklung

Die Schülerzusammensetzung weiterer Schuljahre bis zur Gegenwart wird in nachfolgend in Tabellenform dargestellt:

²⁴⁵ Es scheint im Dezember 1991 eine auf Alzen und die nähere Umgebung beschränkte „zweite Auswanderungswelle“ gegeben zu haben. Mit Gesetzesänderungen in der Bundesrepublik Deutschland hing sie wohl nicht zusammen; eher dürften ein Mangel an bestimmten Rohstoffen (z.B. Holz für den Dorftischler) und gruppensdynamische Prozesse die Auslöser gewesen sein, vgl. Informationsgespräch mit Engelbert Feleki-Dengel geführt am 28.März 2017 in Hermannstadt.

Schuljahr	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	01/02	07/08	10/11	16/17
Klasse I	1	3	2	0	2	4	4	6	0
Klasse II	0	1	2	2	0	3	3	3	3
Klasse III	1	0	1	2	1	0	0	0	4
Klasse IV	3	1	0	1	2	3	4	4	3
Rumänen	2	3	3	3	1	8	9	10	6
Deutsche	3	3	2	2	4	2	2	3	4
Gesamt	5	5	5	5	5	10	11	13	10

Bis zur Jahrtausendwende war die Schule permanent existenzgefährdet und erreichte fünf Schuljahre in Folge punktgenau die Mindestschüleranzahl. Die relative Stabilität danach erklärt sich durch das zunehmende Interesse von Rumänen aus „einfachen Verhältnissen“ an deutscher Schulbildung. Zwar schickte das in geringem Ausmaß in dörflichen Gemeinden beheimatete rumänische Bürgertum – meist Polizisten, Ärzte oder Bürgermeister – schon zu kommunistischen Zeiten ihre Kinder auf deutsche Schulen; alles in allem waren das aber Ausnahmen. Das bestätigt auch die Aussage eines in der nahen Kleinstadt Agnetsheln aufgewachsenen Siebenbürger Sachsen:

„Wir hatten zwei deutsche Klassen, jede mit 30 Schülern und fast nur Sachsen, davon viele aus den umliegenden Dörfern. Die wenigen Rumänen gehörten zur Intelligenz: Söhne von Pfarrern, Ärzten...Die Eltern haben eingesehen, dass es besser ist, wenn man auch Deutsch kann.“²⁴⁶

Auch nach dem Umbruch hatten die wenigen rumänischen Schüler, welche die deutsche Schule in Alzen besuchten, einen etwas elitäreren Hintergrund: Das im Schuljahr 1991/92 eingeschulte Mädchen war die Tochter eines rumänischen Schulleiters, ein zwei Jahre später eingeschulter Junge der Sohn eines Polizisten.

In Bezug auf die tabellarische Einteilung nach Ethnien, gab die Muttersprache den Ausschlag. Wo das nicht eindeutig zu eruieren war (z.B. wenn das Kind aus einer „Mischehe“ kam und zweisprachig aufwuchs) wurde zugunsten der deutschen „Naționalitatea“ entschieden. Ab dem Schuljahr 1994/95 entstammten alle deutschen Schüler aus Familien, in denen ein Elternteil rumänischsprachig war. Eine Ausnahme stellen einige bundesdeutsche Schüler ab

²⁴⁶ Vgl. Interview mit Erhard Fraymayer („Ich bin schneller in Deutschland als in Agnetsheln“), in: Pichotta, Sören: Schicksale. Deutsche Zeitzeugen in Rumänien. Lebensmut trotz Krieg, Deportation und Exodus, Hermannstadt/Bonn 2013, S. 213 – 226, hier: S. 214.

dem Schuljahr 2010/11 dar: Ihre Eltern sind aus Deutschland nach Siebenbürgen eingewandert und betreiben in der Nähe Alzens verschiedene Projekte. Einen siebenbürgisch-sächsischen Hintergrund besitzen sie nicht.

Von den vier deutschen Schülern die im Schuljahr 2016/17 die Alzener Schule besuchen, sind drei bundesdeutsch. Keiner der deutschen Schüler kommt aus Alzen selbst, sondern aus den Nachbargemeinden.²⁴⁷ Ein rumänischer Schüler kommt aus dem Nachbarort Leschkirch. Die Hälfte aller Schüler kommt also aus den umliegenden Dörfern, was für ein gewisses lokales Renommee der deutschen Abteilung spricht. Die Zukunft ist dennoch unsicher: Im Schuljahr 2016/17 gab es seit langer Zeit wieder keine Neueinschulung in der ersten Klasse.

5.3.4 Kurzfazit

Die Auswanderungswelle in den Jahren 1989 – 1991 hatte in Alzen einen gänzlich anderen Verlauf als an der städtischen Brukenthalschule. Sie lässt sich in eine große und eine kleine Bewegung einteilen: Zunächst verließ im Frühjahr und Sommer 1990 eine relativ hohe Zahl von Schülern die Schule, wobei bemerkenswert ist, dass dieser Prozess im Vergleich zur Brukenthalschule zum einen verspätet einsetzte und sich weiterhin fast ausschließlich auf die Frühlings- und Sommerferien konzentrierte. Demgegenüber steht die zweite kleinere Auswanderungswelle kurz vor Weihnachten 1991, die im laufenden Schulbetrieb vonstattenging und zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Schülerzahlen an der Brukenthalschule schon wieder anstiegen und die gravierendsten Folgen des Exodus überwunden schienen.

Ein Ansturm rumänischer Schüler blieb in den Nachwendejahren genauso aus, wie etwaige Unterstützung aus dem In- und Ausland durch Lehrerentsendungen, Hilfsgüter oder Infrastrukturmaßnahmen. Der Weiterbestand der Schule ist lediglich dem Verbleib der deutschen Lehrerin Rosemarie Müller und dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass sich in den 1990er Jahren immer die absolute Mindestanzahl von Schülern fand, welche die Existenz der Schule sicherte.

5.4 Die „10er-Schule“ Neppendorf

5.4.1 Historischer Abriss und Verortung

Die ehemalige deutsche Schulabteilung in Neppendorf war als Grund- und „Gymnasial“-Schule konzipiert, d.h. dass sie die Klassen I – VIII beherbergte. Sie befand sich bis zu ihrer

²⁴⁷ Zwei aus Eibesdorf, einer aus Marpod und einer aus Holzmengen.

Auflösung im Sommer 1994 in der heute ausschließlich rumänischen *Școala Gimnazială Nr. 10* im eingemeindeten Hermannstädter Vorort Neppendorf, unmittelbar neben der evangelischen Kirche.

Im Vergleich zu den siebenbürgisch-sächsisch geprägten Ortschaften Hermannstadt und Alzen ist Neppendorf eine von drei sogenannten „Landlergemeinden“. Die etwa 400 aus dem oberösterreichischen Salzkammergut stammenden Neppendorfer Landler wurden im Jahr 1734 unter der Regierung des Habsburgers Karl VI. aufgrund ihres evangelischen Glaubens zwangsumgesiedelt. Noch mehr als in den beiden anderen Landlergemeinden Großau und Großpold waren die Neppendorfer Landler „Personen, die einem eng umgrenzten Gebiet entstammten und die weitgehend geschlossen angesiedelt wurden“²⁴⁸, weswegen sie ihre Bräuche und ihren Dialekt in Abgrenzung zu den wenigen bereits ansässigen Siebenbürger Sachsen bewahren konnten.²⁴⁹

Die erste Erwähnung einer Neppendorfer Schule findet sich noch vor der Ansiedlung der Landler für das Jahr 1600.²⁵⁰ Im 17. und 18. Jahrhundert erfährt man durch Rechnungsbelege vom Schulausbau und Renovierungsarbeiten. In einem Dorfverzeichnis von 1765 werden alle „Schulkinder welche lesen“ erfasst; dabei wird zwischen „Sachsen“ und „Emigranten“ unterschieden. Mit letzterem waren die Landler gemeint, die den Siebenbürger Sachsen zwar quantitativ drei- bis vierfach überlegen waren, aber lange Zeit durch diese ausgegrenzt wurden.²⁵¹ Im Jahre 1816 erging deshalb durch das Konsistorium die Anweisung, Schullehrer hätten „den Schulunterricht drei Tage der Woche in sächsischer und drei in deutscher Sprache zu erteilen“ und „in beiden Sprachen mit den Kindern zu reden, um diese dadurch mehr miteinander zu vereinigen.“²⁵² Eine eigene Schule hatten die Landler – im Unterschied zur Gemeinde Großpold – nicht errichtet. In den folgenden Jahrzehnten sind, bis auf Streitigkeiten bezüglich der Kirchensitzordnung, keine Auseinandersetzungen zwischen Lndlern und Siebenbürger Sachsen überliefert, so dass von einem reibungslosen Zusammenleben ausgegangen werden kann.

²⁴⁸ Vgl. Ettinger, Joseph: Kurze Geschichte der ersten Einwanderung oberösterreichischer evangelischer Glaubensbrüder nach Siebenbürgen, hrsg. von Mathias Beer, Hermannstadt/Bonn 2015, S. 157.

²⁴⁹ Ebd., S. 156 – 160.

²⁵⁰ Vgl. Bauinger-Liebhardt, Renate: Neppendorf. Bewohner, Neuhofen/Krems 2006, S. 111.

²⁵¹ Ebd., S. 114.

²⁵² Ebd.

Die Schüler- und Lehrerzahlen stiegen im Laufe des 19. Jahrhunderts stark an, sodass im Jahr 1901 beschlossen wurde, die bestehende Schule durch eine größere zu ersetzen. Der durch die politische Ortsgemeinde finanzierte Bau wurde 1903 abgeschlossen.²⁵³

Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges hatten auch Auswirkungen auf die Schule in Neppendorf: Die Anzahl der Lehrer halbierte sich von 14 auf 7, das Schulgebäude wurde militärisch besetzt und der Unterricht musste teilweise in Privathäusern stattfinden.²⁵⁴ Nachdem die deutsche Schule im Zuge der Verstaatlichung an die rumänische Ortsschule angegliedert wurde, war sie zwischen den Jahren 1951 – 1959 nochmals kurzzeitig als „Deutsche Grundschule Nr. 11 Hermannstadt-Neppendorf“ eigenständig. Im Jahre 1959 erfolgte dann die Zusammenlegung mit der rumänischen Schule: Fortan gab es im Ort nur noch die „Allgemeinschule Nr. 10 Hermannstadt“, die eine deutsche und eine rumänische Abteilung beinhaltete. Allerdings hatte Neppendorf einen „Sonderstatus“: Da die deutsche Abteilung eine deutlich höhere Schüleranzahl hatte, war der Schuldirektor bis zum Jahr 1990 ein Angehöriger der deutschen Minderheit.²⁵⁵

Die Schule entwickelte sich zu einer der angesehensten Schulen Hermannstadts. Im Jahr 1976 besuchten sie 800 Schüler; es gab 16 deutsche und sieben rumänische Klassen, 34 Lehrer und zwei Werkmeister, wobei letztere für ihren Unterricht auf eine schuleigene Tischlerei, Schlosserei und Schneiderei zurückgreifen konnten. Ferner waren ein Sportplatz und eine Bibliothek mit über 10.000 Bänden vorhanden; als Angebote für Schüler existierten ein „Fotokreis“, ein Kammerchor, eine Tanzgruppe und ein Blasmusikorchester.²⁵⁶ In heimlicher Absprache mit den Ortspfarrern wurde selbst ein evangelischer Religionsunterricht eingerichtet, obwohl das Fach im Kommunismus aus den Lehrplänen gestrichen worden war.²⁵⁷

Das Unterrichtsniveau beurteilt ein Redakteur der *Hermannstädter Zeitung* im Jahr 1984 als „einmalig“; infolge der Mischung aus städtischer Lehrqualität und „ruralen Ehrgeizes“ würden die Schüler der „dörfliche[n] Stadtschule“ durchgängig zu den erfolgreichsten Aufnahmekandidaten für die Hermannstädter Lyzeen gehören.²⁵⁸ Das ist umso bemerkenswerter, da die Lerngegebenheiten keineswegs einfache waren: Die zahlreichen

²⁵³ Ebd., S. 113.

²⁵⁴ Ebd., S. 122f.

²⁵⁵ Vgl. ebd., S. 127f.

²⁵⁶ Ebd., S. 129.

²⁵⁷ Ebd., S. 130.

²⁵⁸ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 15. Juni 1984, zitiert nach: Bauinger-Liebhardt, S. 130.

Ernteeinsätze in der Kollektivwirtschaft führten zu mehrwöchigem Schulausfall; erschwerend kam hinzu, dass alle Klassenzimmer mit Kachelöfen beheizt wurden und die gelieferten Kohlen in vielen Zusatzstunden durch die älteren Schüler mit Eimern durch den Schulhof geschleppt werden mussten.

Der im Sommer 1994 durch das Bundesland Oberösterreich finanzierte Einbau einer Zentralheizungsanlage hatte für die deutsche Abteilung allerdings schon keine Bedeutung mehr: Im Streit um das spendenfinanzierte Projekt fühlte sich der damalige Kreisgeneralschulinspektor Constantin Catrina persönlich beleidigt und löste die Abteilung kurz nach Schuljahresbeginn 1994/95 willkürlich auf.²⁵⁹

5.4.2 Aufbau und Zusammensetzung des Quellenmaterials

Von allen untersuchten Fallbeispielen besitzt die Neppendorfer Schule die schlechteste Quellenlage. Da die damalige Schulleiterin nach der Auflösung sämtliche, die deutsche Abteilung betreffenden, Akten „in das Altpapier geworfen hatte“²⁶⁰, geben lediglich einige Matrikelkataloge (auf rum. *Registru Matricol*) über die Schülerzusammensetzung in der Umbruchszeit Aufschluss. Die Chronologie, nach welcher diese aufgebaut sind, ist für Außenstehende unklar: Weder alphabetisch, noch strikt nach Jahrgang oder Nationalität. Sie sind nach Anmeldung im Sekretariat der *Școala Gimnazială Nr. 10* einzusehen.

Für die Umbruchszeit relevant sind die Kataloge 48, 49 und 50.²⁶¹ Der Einschulungsjahrgang 1982/83, der erste, den der Umbruch tangierte, fehlt in den Aufzeichnungen. Weitgehend unbrauchbar für statistische Erhebungen sind auch die Matrikeln ab dem

²⁵⁹ Nach Aussage der damals an der Neppendorfer Schule tätigen Lehrerin Sunhild Galter trug sich Folgendes zu: Catrina hatte die gespendete Zentralheizung zunächst aus „falsch verstandenem nationalistischem Stolz“ nicht entgegennehmen wollen und blockierte das Projekt. Nach einigen Monaten gab er doch die Bewilligung. Nachdem der Einbau abgeschlossen war, kam es zwischen Catrina und der damaligen Neppendorfer Schulleiterin Doina Vilceanu bei der jährlich zu Schuljahresbeginn stattfindenden Kreisschulkonferenz zum Streit: Catrina verlangte, die Zentralheizung bei einer Veranstaltung feierlich einzuweihen; Vilceanu lehnte das mit Verweis auf sein fehlendes Projekt-Engagement ab. Catrina fühlte sich deswegen brüskiert und löste die deutsche Abteilung auf, vgl. Informationsgespräch mit Sunhild Galter, geführt durch den Verfasser am 13. März 2017 in Neppendorf.

²⁶⁰ Aussage von Sunhild Galter, erhalten im durch den Verfasser geführten Informationsgespräch am 13. März 2017.

²⁶¹ Vgl. *Registru Matricol* 48: 1981 – 1989. Nr. file 196, Compartiment: Secretariat Nr. dos. 27/1981, *Registru Matricol* 49: 1985 – 1990 – 91 – 92. Nr. file 186, Compartiment: Secretariat Nr. dos. 26/1985 und *Registru Matricol* 50: 1987 – 1994. Nr. file 201. Compartiment: Secretariat Nr. dos. 5/1992, einzusehen im Sekretariat der *Școala Gimnazială Nr. 10* in Neppendorf (Strada Eduard Bielz 60, Sibiu/Hermannstadt 550031).

Einschulungsjahrgang 1988/89, da sie ganz offensichtlich fehlerhaft und unvollständig sind.²⁶²

In den Matrikelkatalogen ist jedem Schüler, der die Neppendorfer Schule Nr. 10 besuchte, eine Seite gewidmet. Neben dem Namen, der Nationalität, den Namen der Eltern, dem Geburtsdatum und dem Wohnort findet sich eine tabellarische Leistungsübersicht der einzelnen Schuljahre und Fächer und ein kleines Feld mit „Erwähnungen“ (rum. *mențiuni*). Falls der Schüler die Schule wechselte oder das Land verließ, wurde es dort vermerkt.

In den Katalogen wird nicht zwischen deutscher und rumänischer Abteilung unterteilt, was verlässliche Aussagen zur Zusammensetzung der deutschen Abteilung vor und nach Wende praktisch unmöglich macht. Lediglich anhand der gewählten Fremdsprachen und der Nationalität lassen sich einige Rückschlüsse ziehen. Die Nationalitätsangaben sind in den Katalogen sogar genauer als bei den Vergleichsschulen vermerkt, wobei freilich nicht ersichtlich ist, nach welchen Kriterien diese bestimmt wurden: Konnten die Eltern der Schüler sie festlegen? Gab die Muttersprache den Ausschlag? Wählte die Schule sie aus?

Im Unterschied zu den beiden anderen Untersuchungsobjekten wird der Betrachtungsschwerpunkt wegen der dürftigen Quellenlage nicht auf der Schule als Ganzes, sondern verstärkt auf den als „deutsch“ gekennzeichneten Schülern liegen. Der Abwanderungsprozess für diese lässt sich aufgrund ergänzender Angaben²⁶³ gut rekonstruieren. Weitere schulrelevante Informationen zur Umbruchszeit sind aus zwei Berichten der *Hermannstädter Zeitung* und Statistiken des DFDR entnommen.

5.4.3 Auswertung der Daten

Die nachfolgende Auswertung betrifft zunächst nur die Einschulungsjahrgänge aus den Jahren 1983 bis 1987, für welche die Angaben im Großen und Ganzen vollständig zu sein scheinen. In dieser Zeit wurden 259 Schüler eingeschult, die der deutschen und 296, die der rumänischen Nationalität zugeordnet wurden. Durchschnittlich kamen pro Jahr knapp 112 Schüler neu an die Schule, was etwa vier Parallelklassen (zwei deutschen und zwei rumänischen) entspräche. Im Umbruchsschuljahr 1989/90 waren die Schüler in der III., IV., V., VI. oder VII. Klasse; für die beiden untersten Klassen sowie die VIII. Klasse liegen keine verlässlichen Daten vor.

²⁶² Lücken weist vor allem an die nationale Zuordnung, die gewählten Fremdsprachen (die oft nicht vermerkt wurden) und die Anzahl der Schüler der Schüler auf, letztere ist aufgrund der geringen Zahl auf jedem Fall unvollständig.

²⁶³ Meistens *plecat R.F.G.* (etwa: „fort/abgewandert in die BRD“) im Feld „Erwähnungen“, oft ist auch das Schuljahr und der Ausreisemonat angegeben.

Im weiteren Verlauf stießen zu diesen 15 deutsche und 117 rumänische Schüler von anderen Schulen dazu; gleichzeitig verließen 133 rumänische Schüler die Schule und wechselten in andere Bildungseinrichtungen. In einem geringeren Ausmaß war diese hohe Transferbewegung der rumänischen Schüler auch in den Statistiken des Brukenthallyzeums erkennbar und schien für die damalige Zeit nicht ungewöhnlich gewesen zu sein. Die dazugekommenen deutschen Schüler werden in die nachfolgende Auswanderungsstatistik miteinberechnet.

Auswanderungsbewegung

Für die genannten Jahrgänge wird der grobe zeitliche Ablauf der Auswanderung im folgenden Überblicksschema dargestellt:

Jahrgang (Einschulung)	Anzahl deutscher Schüler	Davon ausgewandert/ Schule nicht beendet	Vor dem Schuljahr 1989/90	Im Schuljahr 1989/90	Nach dem Schuljahr 1989/90
1983/84	59	50	11	28	11
1984/85	43	43	9	18	16
1985/86	52	51	10	21	20
1986/87	61	58	9	20	29
1987/88	59	57	2	26	29

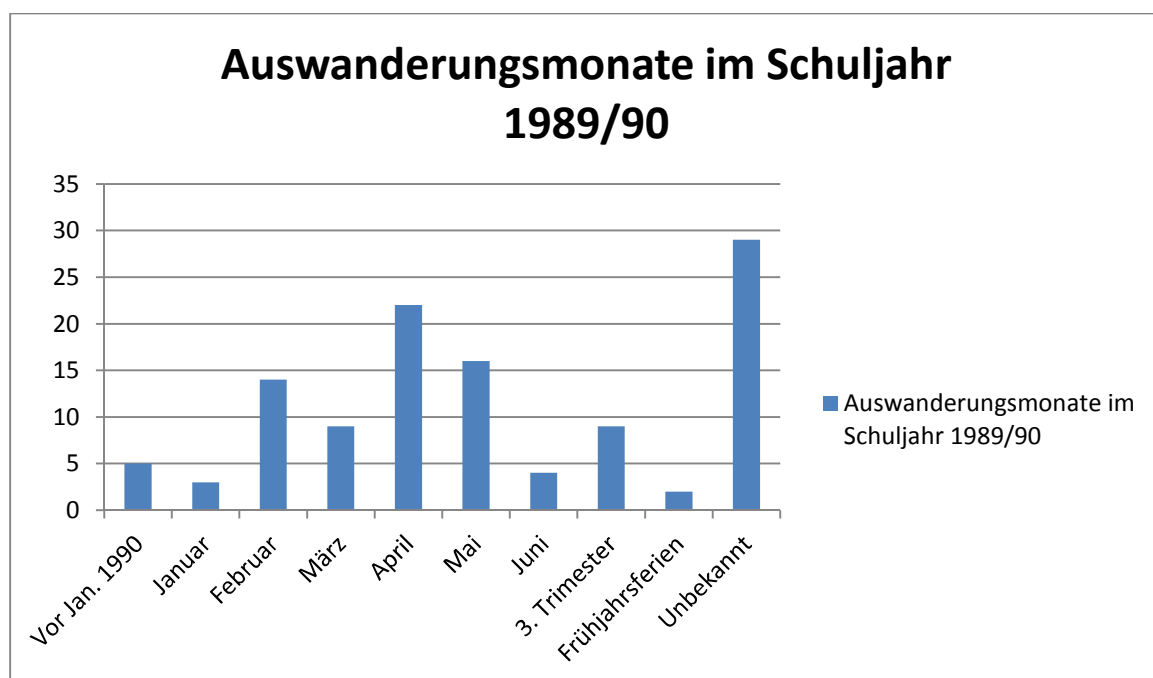
Der Anteil der deutschen Schüler, welcher die Schule verließ, aber nicht auswanderte, ist marginal. Die Angaben zur Auswanderung vor und nach dem Umbruchsschuljahr 1989/90 sind aufgrund der unterschiedlichen Zeiträume nicht vergleichbar. Gleichwohl bieten sie eine interessante Zusatzinformation, wenn man sie in Relation zu den Abwanderungszahlen aus dem Schuljahr 1989/90 setzt: Nie wanderte mehr als die Hälfte der deutschen Schüler eines Jahrgangs im Schuljahr 1989/90 aus; dennoch war die Abwanderungsrate in diesem Schuljahr besonders hoch und schwankte zwischen 33% (Einschulung: 1986/87) und 47% (Einschulung: 1983/84).

Ab dem Einschulungsjahrgang 1984/85 absolvierten nur maximal 5% aller in Neppendorf eingeschulten deutschen Schüler auch dort die VIII. Klasse. Zu beachten ist, dass der Einschulungsjahrgang 1987/88 gar keine Möglichkeit mehr hatte, die VIII. Klasse in der deutschen Abteilung der Neppendorfer Schule zu beenden, da diese ja kurz nach Beginn des

Schuljahres 1994/95 geschlossen wurde. Vier Schüler wechselten zum Schuljahr 1994/95 daher auf die Hermannstädter Brukenthalschule.

Umbruchsschuljahr 1989/90

Von den 274 erfassten deutschen Schülern der Einschulungsjahrgänge 1983 - 87 verließen 113 bzw. 41,24% während des Schuljahres 1989/90 die Schule. Die Anmerkungen zu den ausgewanderten Schülern sind nicht einheitlich: Oft ist der Monat der Emigration angegeben, manchmal auch nur der ungefähre Zeitraum. Häufig wird gänzlich auf eine nähere zeitliche Bestimmung der Auswanderung verzichtet. Im Folgenden spezifiziert eine Übersicht die Auswanderungsmonate:



Während in der Brukenthalschule im Schuljahr 1989/90 fast die Hälfte aller ausgewanderten Schüler in den ersten drei Monaten des Jahres 1990 emigrierte, traf das nur auf knapp ein Fünftel der Neppendorfer Schüler zu. Die Hauptzeit der Abwanderung erfolgte in Neppendorf im 3. Trimester, was in etwa die Monate April, Mai und Juni umfasste: Etwa zwei Drittel aller Schüler (63%), für welche das Ausreisedatum bekannt ist, verließen in jener Zeit die Schule. Für ein Viertel der Schüler ist kein genauere Zeitpunkt angegeben.

Angaben zur gesamten deutschen Abteilung

Da in den Schulkatalogen nicht nach deutscher und rumänischer Abteilung unterteilt wird, geben lediglich die Schulstatistiken des DFDR und einige Zeitungsberichte Hinweise auf Größe und Zusammensetzung der deutschen Abteilung.

Zu Schuljahresbeginn 1990/91 beschreibt die *Hermannstädter Zeitung* den Zustand der Schule als katastrophal: Es gäbe „Mängel an allen Ecken und Enden“, Fenster, Dach, Fassade und Sanitäranlagen seien in einer desolaten Verfassung.²⁶⁴ Hätten früher teilweise die Eltern der Schüler die schlimmsten Missstände in freiwilliger Arbeit behoben, seien die mehrheitlich rumänischen Eltern nicht mehr dazu bereit.²⁶⁵ Die deutsche Abteilung sei bereits drastisch geschrumpft und würde immer kleiner werden; viele Familien warteten nur auf ihre „RU-Nummer“, mit der sie nach Deutschland einreisen könnten.²⁶⁶ Im Januar 1991 setzte sich die deutsche Abteilung nach Klassen wie folgt zusammen²⁶⁷:

Klasse	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	Gesamt
Anzahl der Schüler	8	10	10	15	18	16	9	9	95

Dabei kamen zehn der Schüler aus dem nahen Ort Großau, da die weiterführende deutsche Abteilung nach dem Schuljahr 1989/90 geschlossen wurde. Die Klassen I und II wurden von der einzigen „qualifizierten Lehrkraft“ der Unterstufe simultan unterrichtet, Klasse III von einer nur spärlich deutschsprechenden Rumänin und die IV. Klasse ebenfalls von einer Rumänin, die nach Meinung des Berichterstatters jedoch vergleichsweise sehr gut deutsch sprach.²⁶⁸ Der Zeitungsartikel schließt wenig zuversichtlich: Ob im nächsten Schuljahr noch eine deutsche Abteilung in Neppendorf bestünde, sei aufgrund der anhaltenden Auswanderungswelle ungewiss.²⁶⁹

Tatsächlich verließen bis März/April 1991 weitere zehn Schüler die deutsche Abteilung, so dass in der Statistik der Schulkommission des DFDR nur mehr 85 Schüler erfasst wurden. Für diese ermittelte man auch die „Nationalität“: 44 waren Deutsche, 9 Rumänen und 32 stammten aus sogenannten „Mischehen“.²⁷⁰ In den folgenden Schuljahren pendelte sich die Schüleranzahl der deutschen Abteilung bei etwa 60 ein: Im Schuljahr 1991/92 zählte man 62 Schüler, im Schuljahr 1992/93 besuchten 59 die Schule und im letzten Schuljahr vor der

²⁶⁴ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 28. September 1990, S. 1: „Wie lange noch...“.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Eine „RU-Nummer“ bekamen diejenigen ausgestellt, deren Spätaussiedlerstatus von der BRD anerkannt wurde und die damit nach Deutschland einreisen durften.

²⁶⁷ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 11. Januar 1991, S. 3: „Neppendorf an der Schwelle eines neuen Jahres“. Irritierenderweise wird im selben Artikel die Anzahl der Kinder an der deutschen Abteilung mit 88 angegeben.

²⁶⁸ Vgl. *HZ* vom 28. September 1990.

²⁶⁹ Vgl. *HZ* vom 11. Januar 1991.

²⁷⁰ Vgl. Bericht der Schulkommission des DFDR vom Mai 1991, S. 15.

Schließung waren es 63. Die niedrigen Klassen wurden dabei ab dem Schuljahr 1991/92 teilweise simultan unterrichtet (Klasse I + III und Klasse II + IV gemeinsam).

Die Volkszugehörigkeit der Schüler wurde nach 1991 nicht mehr erfasst. Der Anteil der deutschen Schüler dürfte aber nur noch einen kleinen Teil der Gesamtschülerzahl der deutschen Abteilung ausgemacht haben. So geht aus den Matrikelkatalogen der Neppendorfer Schule hervor, dass von den zwölf 1992/93 eingeschulten Kindern, die als erste Fremdsprache in Deutsch unterrichtet werden würden²⁷¹, elf rumänischer Nationalität waren. Der einzige der deutschen Nationalität zugeordnete Schüler verließ wenige Wochen nach Schuljahresbeginn die Schule.

In- und ausländische Unterstützung

Nach der Wende fühlte sich besonders Österreich – aufgrund der Herkunft, des ähnlichen Dialekts und der verwandten Bräuche – der Landlerminderheit verbunden. Die Neppendorfer Schule profitierte so von Spenden des österreichischen Staates, etwa neuen Schulbänken und –tischen.²⁷² Der letzte Einbau einer zentralen Heizungsanlage ist auf eine Initiative des Bundeslandes Oberösterreich zurückzuführen, die sich aus dem Besuch einer oberösterreichischen Delegation in den Landlergemeinden im April 1991 heraus entwickelte.²⁷³

Organisierte Aktionen privater österreichischer Gruppen, Verbände und Einzelpersonen ermöglichten einigen Schülern der Neppendorfer Schule zudem Ferien- und Lernaufenthalte in Österreich. Sie wurden bei Gastfamilien untergebracht. Bei der Auswahl wurden vor allem Schüler bedacht, die gesundheitliche Probleme hatten und medizinische Unterstützung benötigten.²⁷⁴

5.4.4 Kurzfazit

Auch wenn detaillierte Vergleichszahlen zum Gesamtbestand der deutschen Abteilung vor der Wende fehlen, bezeugen die vorhandenen Matrikelkataloge der Einschulungsjahrgänge 1983 – 87 die konstant hohe Auswanderungsbewegung nach dem Umbruch im Dezember 1989. Im Gegensatz zum Auswanderungsprozess an der Brukenthalschule, der in den ersten Monaten 1990 abrupt einsetzte und dem der Alzener Dorfschule, der in zwei ungleichen Wellen

²⁷¹ Das bedeutete mit ziemlicher Sicherheit, dass sie in der deutschen Abteilung unterrichtet wurden.

²⁷² Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 09. Juni 1995, S.1: „In Neppendorf wurde gefeiert“.

²⁷³ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 05. April 1991, S. 3: „Anteilnahme am menschlichen Schicksal“.

²⁷⁴ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 02. Februar 1990, S. 2: „Einen Monat nach Österreich“.

erfolgte, emigrierten die Neppendorfer Schüler bis zum Sommer 1991 relativ gleichmäßig in hoher Zahl, mit einem Abwanderungshöhepunkt im April und Mai 1990.

Der Neppendorfer Schule gelang es in der Folge nicht, sich als „Zentrumsschule“ zu etablieren. Weniger Schüler der Nachbargemeinden als erwartet pendelten nach Neppendorf; viele nutzten das Schulinternat in der Landlergemeinde Großpold oder fuhren weiter nach Hermannstadt. Dort konkurrierte die um die Klassen V – VIII aufgestockte Brukenthalschule direkt mit den kleineren, deutschen Schulen. Die Neppendorfer Schule wurde zwischen den benachbarten Bildungsangeboten „aufgerieben“; inländische Unterstützungsmaßnahmen blieben aus. Durch die vom Land Oberösterreich ermöglichten Sanierungsmaßnahmen hätte die Schulabteilung eine attraktive Alternative zu den städtischen deutschen Schulen darstellen können, wobei fraglich bleibt, ob sie sich tatsächlich dauerhaft neben den vier weiterführenden deutschen Hermannstädter Schulabteilungen behauptet hätte.

6. Reaktionen unterschiedlicher Akteure

6.1 Vorbemerkungen

Standen im vorangegangenen Kapitel der Untersuchung lediglich die drei ausgewählten Fallbeispiele im Fokus, richtet sich der Blick abschließend wieder auf das postkommunistische, gesamt rumänien-deutsche Schulwesen. Mithilfe von Berichtsanalysen der deutschsprachigen Zeitungen *Neuer Weg* und *Hermannstädter Zeitung* aus den Jahren 1990 und 1991 und durch Sekundärliteratur, welche die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten des Rumäniens der frühen 1990er Jahre beschreibt, werden nachfolgend die verschiedenen in- und ausländischen Maßnahmen zur Sicherung des deutschen Schulwesens in Rumänien dargelegt. Zum besseren Verständnis erfolgt eine Binnengliederung der Maßnahmen nach politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren; gleichwohl einige Protagonisten natürlich nicht so scharf voneinander abgegrenzt werden können bzw. gemeinsam agierten.

6.2 Maßnahmen politischer Akteure

Nach dem gewaltsamen Umbruch im Dezember 1989 verschaffte sich die ursprünglich reformkommunistische Bewegung „Front der Nationalen Rettung“ mit ihrem Vorsitzenden Ion Iliescu einen klaren Startvorteil: Sie übernahm das Vermögen der aufgelösten kommunistischen Partei, rekrutierte deren ehemalige Mitglieder und verteilte großzügige Wahlgeschenke. Aus der Wahl im März 1990 ging sie als klare Siegerin hervor und konnte die nachkommunistische Verfassung von 1991 maßgeblich mitgestalten. In dieser waren die Kompetenzen von Präsident, Premierminister und Parlament jedoch nicht klar getrennt, so dass sich die Institutionen in der Folge oft gegenseitig blockierten und wichtige Reformen z.B. in Bezug auf das Schulwesen, nicht zustande kamen.²⁷⁵

Allerdings wurde in der Wahlverfassung jeder Minderheit mindestens ein Parlamentssitz zugestanden. Das sich in den letzten Dezembertagen 1989 durch Vertreter der deutschen Minderheit in Hermannstadt gegründete „Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien“ (DFDR) profitierte davon: Es konstituierte sich landesweit als politische Vertretung der deutschen Minderheit und entsendete nach den Wahlen 1990 zwei Vertreter ins Bukarester

²⁷⁵ Vgl. Gabanyi, Anneli Ute: Die politische Entwicklung Rumäniens seit 1989, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 42, Ubstadt-Weiher 2014, S. 22 – 41, hier: S. 22 – 30 (weiter zitiert unter „Gabanyi, Zugänge“).

Parlament.²⁷⁶ Die Aufrechterhaltung des deutschen Schulwesens war neben der Rückforderung enteigneter Immobilien und Grundstücksflächen das wichtigste Anliegen des Forums.²⁷⁷ Dabei hatte der zugesicherte Parlamentssitz nicht nur symbolischen Wert, da der Minderheitenvertreter bei Gesetzesentwürfen intervenieren konnte, was sich in Bezug auf den deutschsprachigen Schulunterricht laut dem ehemaligen Hermannstädter Kreisratsvorsitzenden Martin Bottesch „oft als wirksam erwies“²⁷⁸.

Die finanzielle Unterstützung des deutschen Schulwesens wurde maßgeblich vom DFDR koordiniert. Dabei ist zwischen inländischen und ausländischen Forums-Zuwendungen zu unterscheiden. Gab es in den 1990er-Jahren kaum eine nennenswerte finanzielle Unterstützung des Forums durch den rumänischen Staat, nahmen die Zahlungen ab etwa 2000 kontinuierlich zu und betragen im Jahr 2013 etwa 1,5 Millionen Euro. Die Gelder sind nicht zweckgebunden, so dass das Forum frei darüber verfügen kann.²⁷⁹

Demgegenüber stehen die Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland, die vom Bundesministerium (BMI) des Inneren vergeben werden. Sie sind immer zweckgebunden. Mit der Zeit reduzierten sich die BMI-Gelder von etwa 10 Millionen Euro im Jahr 1992 auf rund 1,7 Millionen Euro im Jahre 2013. Häufig beauftragte der deutsche Staat auch Mittlerorganisationen wie das Diakonische Werk der EKD oder die Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (GWZ) mit der Abwicklung der Projekte. Durch die Gelder wurden die Lyzeumsschulen in Temeschwar und Kronstadt generalsaniert.²⁸⁰ Von den 1,7 Millionen Euro die das BMI im Jahr 2013 für die rumäniendeutsche Minderheit bereitstellte, war allerdings nur noch ein Bruchteil von 2,3% für Investitionen in „Jugendarbeit und Sprachförderung“ vorgesehen.²⁸¹

Personell unterstützt die deutsche Bundesregierung die Minderheitenschulen noch heute durch die Entsendung von Lehrern. Die bundesdeutschen Lehrer unterrichten überwiegend an den deutschsprachigen Lyzeen in Hermannstadt, Temeschwar, Kronstadt und Bukarest und werden durch die Zentralstelle für Auslandsschulwesen (ZfA) nach bundesdeutschen Tarifen bezahlt. Im Jahr 2013 arbeiteten 30 bundesdeutsche Lehrer an deutschsprachigen Schulen in

²⁷⁶ Ab 2004 aufgrund einer Wahlgesetzänderung und der Einführung einer Sperrklausel nur mehr einen, vgl. Bottesch, Zugänge S. 45.

²⁷⁷ Vgl. Klein, Hans: Zwanzig Jahre Deutsches Forum Hermannstadt, in: Ziegler, Winfried/ Josza, Benjamin (Hg.): Zukunft und Perspektiven der Deutschen Minderheit in Rumänien, Tagungsband, Hermannstadt 2010, S. 11 – 17, ferner: Bottesch, Zugänge, S. 46.

²⁷⁸ Vgl. Bottesch, Zugänge, S. 46.

²⁷⁹ Vgl. ebd., S. 52 – 54.

²⁸⁰ Ebd., S. 51.

²⁸¹ Ebd., S. 52.

Rumänien.²⁸² Zusätzlich fördert das Deutsche Auswärtige Amt mit der PASCH-Initiative weltweit 1800 Schulen „an denen Deutsch einen besonders hohen Stellenwert hat“.²⁸³ Davon befinden sich 55 in Rumänien. Durch die Bereitstellung von deutschsprachigen Lehrern, Lernangeboten und Lehrmaterialien sollen die Schüler in diesen unter anderem auf das Deutsche Sprachdiplom (DSD) vorbereitet werden.

In der unmittelbaren Umbruchszeit gab es freilich noch keine solchen Netzwerke, obwohl bereits Ende Januar 1990 eine bundesdeutsche Delegation bestehend aus dem Botschafter der BRD und Vertretern des Innen-, Außen- und Kultusministeriums Aussendungen von „Spezialisten für den Deutschunterricht“, Ausstattungshilfen für Schulinternate, Schülertransporte sowie Labor- und Rechenggeräte in Aussicht stellte.²⁸⁴ Im März desselben Jahres besichtigten dann Vertreter der Zentralstelle für Auslandsschulwesen und des DFDR gemeinsam verschiedene Standorte für die Errichtung von deutschen Zentrumsschulen, an welche auch Schulinternate angegliedert werden sollten.²⁸⁵ Diese Ideen wurden durch Vertreter der niedersächsischen Landesregierung weiter forciert: Im Mai 1990 prüften sie im Auftrag der Bonner Regierung „Sofortmaßnahmen“ zu Sicherung des deutschen Schulwesens, zum Aufbau der Internate und zur Bereitstellung deutscher Lehrkräfte. Für die Aus- und Fortbildung wurden deutschsprachigen Lehrern Stipendien ermöglicht.²⁸⁶ Schwerpunktschulen sollten „im Rahmen des Möglichen“ mit allem Notwendigen ausgestattet werden.

Tatsächlich stellten fehlende Lehrmaterialien aber eher ein untergeordnetes Problem dar. Der stellvertretende Unterrichtsminister der damaligen Zeit, Hans Otto Stamp, der selbst Angehöriger der deutschen Minderheit war, bemerkte in einem Interview bereits Anfang Februar 1990, dass man sich „im Notfall auch jetzt schon mit der versprochenen Hilfe aus dem Ausland mit Sicherheit gut behelfen [könne]“.²⁸⁷ Problematisch sei eher, dass die Lehrer wegen der Lehrplanvorgaben nicht nach gespendeten Schulbüchern unterrichten könnten. Der landeseigene, für die Schulbücher zuständige Lehrbuchverlag Kriterion aus Bukarest könne wiederum die Nachfrage nicht decken.²⁸⁸ Wenig später wurde in Temeschwar eine

²⁸² Vgl. ebd., S. 50.

²⁸³ Vgl. Internetauftritt der PASCH-Initiative („Schulen mit Zukunft“), vgl. unter (Link, zuletzt abgerufen am 24. April 2017): <http://www.pasch-net.de/de/udi.html>.

²⁸⁴ Vgl. *Neuer Weg* vom 27. Januar 1990: „Bundesdeutsche Hilfe für deutsche Schulen besprochen“, S. 1 und 2.

²⁸⁵ Vgl. *Neuer Weg* vom 15. März 1990: „Schwerpunktschulen mit Internaten, S. 1 und 5.

²⁸⁶ Vgl. *Neuer Weg* vom 11. Mai 1990: „Stipendien für Fortbildung“, S. 1.

²⁸⁷ Vgl. *Neuer Weg* vom 04. Februar 1990: Interview mit dem stellv. Unterrichtsminister Hans Otto Stamp, S.1.

²⁸⁸ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 27. April 1990: Interview mit dem stellv. Unterrichtsminister Hans Otto Stamp, S. 5.

Schulbuchfiliale wiedereröffnet, wobei auch dort aufgrund der kurzen Zeit, die bis zum nächsten Schuljahr verblieb, nur vorhandene Lehrbuchtexte „entpolitisiert“ werden konnten. Als Lehrbuch für den Geschichtsunterricht wurde ein Werk aus dem Jahre 1942(!) neu aufgelegt. Nur „mit großer Mühe“ fand der Verlag einen Übersetzer; etwaige Schulbuchredakteure wurden per Stellenanzeige gesucht.²⁸⁹

Die größte Herausforderung für alle Beteiligten war allerdings der massive Lehrer- und Schülerschwund. Bereits kurz nach Wende schlug das Lokalforum des DFDR in Temeschwar vor, dem Lehrermangel durch die Ausbildung von Hilfslehrern entgegenzuwirken, die nach einer zweijährigen Ausbildung in den Schuldienst eintreten sollten.²⁹⁰ Die Idee wurde aber damals nicht weiter verfolgt. Ein Grund dafür war die Unsicherheit in Bezug auf die künftige Bukarester Schulpolitik, die 1990 – in den Worten Hans Otto Stamps – „nicht ganz stabil“ war und wenig Planungssicherheit ermöglichte.²⁹¹ Allerdings bemühten sich Vertreter des rumänischen Unterrichtsministeriums durchaus darum, die Errichtung von Zentrumsschulen mit lokalen rumäniendeutschen und auswärtigen bundesdeutschen Akteuren voranzutreiben. Um eine umfassende Bedarfsanalyse durchzuführen, sollten beispielsweise alle Kreisschulräte im März 1990 mit Computern vernetzt werden und so Trends und Hochrechnungen „im Zusammenhang mit der Auswanderung“ untereinander austauschen.²⁹²

Tatsächlich wurden die meisten Zentrumsschul-Projekte durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden pünktlich zum Schuljahresbeginn 1990/91 fertiggestellt. Als Beispiel sei die Zentrumsschule in Großpold angeführt: Noch im August 1990 zeigte sich der Redakteur der *Hermannstädter Zeitung* skeptisch, ob es in Großpold rechtzeitig gelänge, ein Schulinternat aufzubauen und die notwendigen Lehrer und Kinder, für eine Weiterführung des Schulbetriebes zu finden.²⁹³ Knapp einen Monat später wurde jedoch vermeldet, dass das Internat fertiggestellt sei; die Lehrbuchversorgung wurde als „zufriedenstellend“ erachtet und selbst der Transport zur Schule funktioniere aufgrund der durch die BRD und Österreich gespendeten Kleinbusse. Einzig die Lehrerversorgung sei nach wie vor unzureichend: Die 16 aus der BRD für das Schuljahr 1990/91 nach Rumänien entsendeten Lehrer deckten bei

²⁸⁹ Vgl. *Neuer Weg* vom 16. Juni 1990: „Der Schulbuchverlag sucht zwei deutsche Redakteure“, S. 1.

²⁹⁰ Vgl. *Neuer Weg* vom 14. Januar 1990: „Den gleichen Stoff unterrichten, aber in deutscher Sprache“, S. 1 – 3.

²⁹¹ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 27. April 1990: Interview mit dem stellv. Unterrichtsminister Hans Otto Stamp, S. 5.

²⁹² Vgl. *Neuer Weg* vom 04. März 1990: „Grundsatzfragen des Unterrichts erörtert“, S. 1 und 2.

²⁹³ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 03. August 1990: „Mit Skepsis in die Zukunft“, S. 3.

weitem nicht den Bedarf; allein aus dem Kreis Hermannstadt verließen bis zum Sommer 1990 gut 50 Lehrer das Land.²⁹⁴

Erreichten die politischen Akteure durch das Zentrumsschulkonzept den Fortbestand deutscher Schulbildung in den Städten und größeren Ortschaften, wurden viele deutsche Schulen in kleineren Gemeinden komplett sich selbst überlassen; nicht nur im übertragenen Sinn: Noch nach Schuljahresbeginn 1990/91 herrschte in der Hermannstädter Kreisschulratsverwaltung völlige Unklarheit über den Zustand vieler abgelegener Dorfschulen. Fairerweise muss man sich aber auch die Situation vieler rumänischer Dörfer im Jahr 1990 in Erinnerung rufen: Informationen wurden – wenn überhaupt – postalisch zugestellt, Telefone und Autos waren selten vorhanden, das Straßennetz in einem katastrophalen Zustand.

Als der Hermannstädter Kreisschulinspektor Helmut Leonbacher schließlich im Herbst und Winter 1990/91 der Reihe nach die Dörfer der Region aufsuchte, fand er viele deutsche Schulen verwaist; im besten Fall unterrichtete eine Hilfslehrerin die wenigen verbliebenen deutschen Kinder in unregelmäßigen Abständen.²⁹⁵ Seine zum Teil emotionalen medialen Aufrufe – „Besucht unsere sächsischen Dörfer, helft den Dorfbewohnern mit Rat und Tat, bevor es zu spät ist!“²⁹⁶ – verhallten weitestgehend ungehört; bis zum Sommer 1991 war vielerorts die gesamte deutsche Gemeinschaft mehr oder weniger geschlossen ausgewandert.²⁹⁷

6.3 Maßnahmen wirtschaftlicher Akteure

Nach dem Umsturz in Rumänien waren in der allgemeinen Euphorie auch mahnende Stimmen zu hören, die vorhersagten, dass der marktwirtschaftliche Übergang und die Angleichung an einen westlichen Lebensstandard Jahrzehnte dauern würden.²⁹⁸ Sie sollten Recht behalten: Die völlige privatwirtschaftliche Unerfahrenheit, wachstumshinderliche „Wahlgeschenke“ der ersten Nachwenderegierung, eine zögerliche und intransparente

²⁹⁴ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 07. September 1990: „Lehrer kommen und gehen“, S. 1.

²⁹⁵ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 12. Oktober 1990: „Es ist noch nicht zu spät“, S. 1 und 2.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Vgl. verschiedene Berichte Helmut Leonbachers in der *Hermannstädter Zeitung* u.a. vom 19. Oktober 1990 über Stolzenburg („Es geschehen keine Wunder“), S. 1 und 4; vom 23. November 1990 über Kleinscheuern („Sie nehmen auch die Alten mit“), S. 1 und 4 und vom 14. Juni 1991 über Almen („Mit den letzten mitgehen“), S. 1 und 2.

²⁹⁸ Vgl. Bottesch, Zugänge, S. 41.

Privatisierung der großen Staatskonzerne und die katastrophale ökonomische Ausgangslage führten zunächst nicht zum erhofften Aufschwung.²⁹⁹

Fehlende Regelungen im Bildungswesen, für das ja erst 1995 ein verbindliches Schul- und Unterrichtsgesetz verabschiedet wurde, verunsicherten etwaige Investoren und Unterstützer. Der sich trotz allem in einem gesetzlichen Graubereich konstituierende private Schul- und Hochschulsektor konzentrierte sich auf die Region um Bukarest.³⁰⁰

Deutsche Privatschulen entstanden erst in den letzten Jahren, beispielsweise die Deutsche Schule Bukarest (DSBU)³⁰¹ im Jahr 2007 oder die Charlotte-Dietrich Schule³⁰² in Hammersdorf b. Hermannstadt im Jahr 2016. Die genannten Schulen unterrichten im Vergleich zu den staatlichen rumäniendeutschen Schulen nach Lehrplänen des Bundeslandes Baden Württemberg. Sie finanzieren sich durch Schul- und Spendengelder. So verlangt die Charlotte-Dietrich Schule z.B. zurzeit eine jährliche Schulgebühr von etwa 4200 Euro (18.900 Lei) pro Schüler, wobei sie gleichzeitig von der Michael Schmidt-Stiftung unterstützt wird.³⁰³

Die genannte Michael Schmidt-Stiftung besteht seit 2010 und verfolgt als eines der Hauptziele „das Bildungswesen in Rumänien in deutscher Sprache zu fördern“.³⁰⁴ Neben der Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien soll gezielt die Bildung im ländlichen Raum gestärkt werden.³⁰⁵ Stiftungen die sich ebenfalls in der Jugend- und Kulturarbeit engagieren sind die Saxonia-Stiftung, Elena Mureșanu-Stiftung oder Peter Maffay-Stiftung.³⁰⁶

In den Jahren 1990 und 1991 gab es im Gegensatz zu heute noch kein ausgeprägtes Stiftungswesen, welches es sich zur Aufgabe gemacht hätte, das rumäniendeutsche Bildungswesen zu unterstützen. Die Zuwendungen aus privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen und Verbänden blieben ebenfalls überschaubar. So unterstützte der österreichische Creditanstalt Bankverein zwar eine Aktion des Sozialen Hilfswerkes Wien,

²⁹⁹ Vgl. Gabanyi, Zugänge, S. 30 – 34.

³⁰⁰ Vgl. Miclescu, S. 64.

³⁰¹ Vgl. für den Internetauftritt der Deutschen Schule Bukarest (Link): <http://www.dsbu.school/de/>. (zuletzt aufgerufen am 25. April 2017).

³⁰² Vgl. für den Internetauftritt der Charlotte Dietrich Schule (Link): <http://www.charlotte-dietrich-schule.ro/index.php/de-de/> (zuletzt aufgerufen am 25. April 2017).

³⁰³ Ebd.

³⁰⁴ Vgl. Internetauftritt der Michael Schmidt Stiftung, abrufbar unter (Link): <http://www.fundatia-michael-schmidt.org/de/category/done/> (zuletzt aufgerufen am 25. April 2017).

³⁰⁵ Ebd.

³⁰⁶ Vgl. für die Internetauftritte der Stiftungen (Link): <https://www.petermaffaystiftung.de/index.html> und <http://fundatia.saxonia.ro/saxonia-stiftung/> (zuletzt aufgerufen am 25. April 2017). Für die Tätigkeit der Elena Mureșanu-Stiftung vgl. *Siebenbürgische Zeitung* vom 18. Dezember 2007: „Seit 15 Jahren: Elena Mureșanu-Stiftung für Schüler engagiert“, online abrufbar unter (Link): https://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/kultur/7316-seit-15-jahren-elena_muresanu.html.

bei der 270 Grundschulkindern einen Monat lang zu „Landschulwochen“ nach Österreich geladen wurden; einen langfristigen Wert für das rumäniendeutsche Unterrichtswesen hatte das aber nicht.³⁰⁷

Dagegen warben die bundesdeutschen Landsmannschaften Wirtschaftsvertreter, Unternehmer und ausgewanderte Rumäniendeutsche um materielle und finanzielle Soforthilfen, die helfen sollten, das rumäniendeutsche Schulwesen vor Ort aufrechtzuerhalten. Die siebenbürgische Landsmannschaft vermittelte so für die Kronstädter Region einen Kleinbus³⁰⁸ und stellte 40 Stipendien für deutschsprachige Lehrer bereit.³⁰⁹ Auch Einzelpersonen finanzierten Stipendien.³¹⁰ Beim Ausbau der künftigen Zentrumsschul-Internate beteiligte sich die österreichische Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, indem sie Einrichtungsgegenstände zur Verfügung stellte.³¹¹ Sach-, Möbel und Materialspenden kamen auch durch die Hilfe anderer kleinerer Verbände, Unternehmen, Gemeinden oder Einzelpersonen zustande, blieben aber größtenteils auf einzelne Stadtschulen beschränkt.³¹²

Nicht immer war die Verantwortung für die gespendeten Güter danach klar geregelt. So sorgte ein gespendeter Kleinbus in der Gemeinde Michelsberg (Kreis Hermannstadt) für Schwierigkeiten: Ursprünglich dazu gedacht, die Michelsberger Schüler täglich ins nahe Heltau zu fahren, ging er nach einiger Zeit kaputt. Niemand fühlte sich für die Reparatur verantwortlich, was auch damit zusammenhing, dass der Bus nach wie vor mit bundesdeutschem Kennzeichen ausgestattet war und dadurch keinen rechtmäßigen rumänischen Halter hatte.³¹³

6.4 Maßnahmen gesellschaftlicher Akteure

Als jahrhundertelange Trägerin des siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens fühlte sich die evangelische Kirche den deutschsprachigen Schulen in Rumänien nach der Wende besonders verpflichtet. In der größten siebenbürgisch-sächsischen Kirchengemeinde Hermannstadt richtete sie im Frühjahr und Sommer 1990 ein Schülerwohnheim ein, wodurch Kindern aus dörflichen Gemeinden die Möglichkeit gegeben wurde, weiterhin deutschsprachig unterrichtet zu werden. Dazu stellte sie eine Kirchenimmobilie in der Fleischergasse zur Verfügung,

³⁰⁷ Vgl. *Neuer Weg* vom 20. Februar 1990: „Schulklassen zu Landschulwochen nach Österreich eingeladen“, S. 1.

³⁰⁸ Vgl. *Neuer Weg* vom 04. Mai 1990: „Wir warten auf die Schulbusse“, S. 1 und 2.

³⁰⁹ Vgl. *Neuer Weg* vom 11. Mai 1990: „Stipendien für Fortbildung“, S. 1.

³¹⁰ Vgl. ebd.

³¹¹ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 24. August 1990: „Heimstätte für deutsche Schüler“, S. 1.

³¹² Vgl. z.B. *Hermannstädter Zeitung* vom 13. April 1990: „Schulbänke aus Deutschlandsberg“, S. 3.

³¹³ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 25. Januar 1991: „SOS aus Michelsberg“, S. 7.

richtete für die Betreuung der Schüler Dienststellen ein und trug alle weiteren Folgekosten.³¹⁴ Beim Projekt wurde sie durch zahlreiche ehrenamtliche Helfer aus „Ostberlin“ unterstützt, welche im Sommer 1990 die Räume herrichteten.³¹⁵

Mehrere im sozialen Bereich tätige Institutionen starteten unabhängig voneinander Hilfsaktionen. So organisierte das österreichische Rote Kreuz einen Schüleraustausch, durch den Grundschulkinder der Hermannstädter 2er-Schule ihre Ferien bei Gasteltern in Niederösterreich verbringen konnten. In einem Anschlussprojekt brachten „junge Helfer aus Hainburg“ neue Neonröhren, Lehrmaterialien und Sachspenden nach Rumänien.³¹⁶ Die zahlreichen von der Kirche oder anderen sozialen Netzwerken geförderten Hilfstransporte lieferten zudem Kleidung, Unterrichtsmaterialien und Lebensmittelpäckchen an ausgewählte Schulen.³¹⁷

Das drängendste Problem in den rumäniendeutschen Schulen bzw. Schulabteilungen war aber der Lehrermangel. Ein österreichisches Lehrerehepaar welches sich im Sommer 1990 bereiterklärte, in der Dorfschule Malmkrog (Kreis Hermannstadt) zu unterrichten, sorgte deswegen für Hochstimmung im Ort: Der erste Schultag sei „ein wahres Volksfest“³¹⁸ gewesen, bemerkte der Redakteur der Hermannstädter Zeitung. Die Lehrer wurden überschwänglich empfangen, durften mietfrei wohnen und bekamen durch die deutschen Dorfbewohner kostenlose Holz-, Obst- und Gemüselieferungen zugestellt.³¹⁹

Dieses Einzelbeispiel verdeutlicht auch die Langzeitwirkung personeller Unterstützung: Viele der deutschen Dorfbewohner hatten sich wegen des vorerst gesicherten deutschsprachigen Unterrichts gegen die Auswanderung entschieden. Noch heute existiert in Malmkrog eine achtklassige deutsche Schulabteilung und die deutsche Gemeinde zählt – trotz ihrer abgelegenen Lage – mit 120 Mitgliedern zu den größten in Rumänien.³²⁰ Sach- und Geldspenden konnten diese Wirkung in anderen Gemeinden nicht entfalten.

³¹⁴ Vgl. Klein, Christoph: Über Bitten und Verstehen. Zwanzig Jahre im Bischofsamt der Evangelischen Kirche Augsburgers Bekenntnisses in Rumänien 1990 – 2010, Hermannstadt/Bonn 2013, S. 80 – 83.

³¹⁵ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 24. August 1990: „Heimstätte für deutsche Schüler“, S. 1.

³¹⁶ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 01. März 1991: „Junge Helfer aus Hainburg“, S. 2.

³¹⁷ Vgl. z.B. *Hermannstädter Zeitung* vom 28. September 1990: „Lebensmittelpäckchen für Schüler“, S. 3.

³¹⁸ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 21. September 1990: „Der erste Schultag in Malmkrog“, S. 3.

³¹⁹ Ebd.

³²⁰ Vgl. für aktuelle Gemeindezahlen den Internetauftritt der Evangelischen Kirche Rumäniens A.B., abrufbar unter (Link): <http://www.evangel.ro/gemeinden/malmkrog/> (zuletzt abgerufen am 26. April 2017). Die Mitglieder in der Kirchengemeinde geben ziemlich genau die deutsche Ortsbevölkerung wider.

7. Schlussfazit

Die Reaktion der rumäniendeutschen Vertreter auf die massive Abwanderungswelle der Deutschen folgte von Beginn an der Devise, „lieber wenige gute deutsche Schulen, als viele schwache“³²¹ zu erhalten. Konsequenterweise bekamen vor allem ausgewählte städtische Lyzeen, wie die Brukenthalschule, weitreichende Unterstützung zugesprochen, während unterklassige und insbesondere ländliche Schulen völlig auf sich allein gestellt blieben. Das einige wenige, z.B. die Grundschule in Alzen, die Umbruchszeit überstanden, ist allein der aufopferungsvollen Bereitschaft einzelner Lehrer zu verdanken, welche trotz widrigster Bedingungen und rapide sinkender Schülerzahlen in den Gemeinden ausharrten, sodass weiterhin Unterricht in deutscher Sprache stattfinden konnte.

Die Hilfen aus dem deutschsprachigen Ausland erfolgten in Absprache mit den lokalen Behörden, dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien, als übergreifender Interessensvertretung aller Rumäniendeutschen, und – für den Raum Hermannstadt – mit der Evangelischen Kirche Rumäniens A.B. Sie blieb auf Städte und größere Ortschaften beschränkt, wobei durch den Ausbau regionaler Schwerpunktschulen, inklusive deren infrastruktureller Anbindung und der Errichtung von Schülerinternaten, innerhalb kürzester Zeit beachtliche Erfolge erzielt wurden. Lediglich die Versorgung mit ausgebildeten, deutschsprachigen Lehrern blieb unzureichend.

Während der Lehrermangel für die rumäniendeutschen Schulen bis heute ein ungelöstes Problem darstellt, nimmt das Interesse an deutscher Schulbildung von Jahr zu Jahr zu. Die ehemaligen Minderheitenschulen werden nun fast ausschließlich durch die rumänische Mehrheitsgesellschaft aufgesucht, die sich in erster Linie durch den muttersprachlichen Deutschunterricht Vorteile für den weiteren Lebensweg erhofft. Auch wenn durch den ethnographischen Wandel in der Schülerschaft einige typische Eigenheiten, durch welche sich die deutschen Schulen jahrhundertlang von anderen unterschieden, verloren gingen; traditionelle, die Minderheitenkultur betreffende Schulaktivitäten verschwanden und die Schulbindung weniger intensiv als vor dem Umbruch ist, stimmt doch allein die Akzeptanz, die das deutsche Schulwesen bei der rumänischen Bevölkerungsmehrheit genießt und die den Weiterbestand der Schulen über Jahre hinweg sichern wird, zuversichtlich.

³²¹ Vgl. *Hermannstädter Zeitung* vom 14. Januar 1990: „Den gleichen Stoff unterrichten, aber in deutscher Sprache“, S. 1 – 3.

8. Literatur- und Quellenverzeichnis

Quellen

- Bericht der Schulkommission des DFDR Nr. 40 vom 03. April 1992: „Deutschsprachiger Unterricht im Schuljahr 1991/92. Statistische Daten“.
- Bericht der Schulkommission des DFDR Nr. 100 vom 20. April 1993: „Statistische Daten betreffend den deutschsprachigen Unterricht in Siebenbürgen im Schuljahr 1992/93“.
- Bericht der Schulkommission des DFDR Nr. 182 vom 02. Juni 1994: „Schulstatistik Siebenbürgen 1993/94“.
- DFDH – Information Nr. 16 vom 10. Mai 1991: „Die Deutschen Abteilungen an Kindergärten und Schulen in Siebenbürgen, März/April 1991“.
- Dossar Nr. 19 B. Situatii statistice ptr. Scoală (liste; s.c.) la sfârșitul trim. I;II;III.- ptr. Herr Direktor 1992/93. Liceul Teoretic „Brukenthal“ Sibiu, Nr. Inventar: 1275, einzusehen im Schularchiv der Brukenthalschule: Piața Albert Huet, 550182 Sibiu/Hermannstadt.
- Evidența elevilor. Cl. IX – XII-Li; XI - XIII-seal, an. școla 1989/1990. Liceul Teoretic „Brukenthal“ Sibiu, Nr. Inv. 1148, einzusehen im Schularchiv der Brukenthalschule: Piața Albert Huet, 550182 Sibiu/Hermannstadt.
- Evidența elevilor. An. școla 1990/1991. Liceul Teoretic „Brukenthal“ Sibiu, Nr. Inv. 1202, einzusehen im Schularchiv der Brukenthalschule: Piața Albert Huet, 550182 Sibiu/Hermannstadt.
- Klima, Helmut: Daten zur Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde Alzen. Unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript aus dem Jahre 1981, einzusehen auf Nachfrage im Zentralarchiv der evangelischen Kirche A.B., Strada Mitropolitei 30, 550179 Sibiu/Hermannstadt (ohne Archivsignatur).
- o. V.: Ein Dokument aus den Jahren 1954/56 zur Frage der Aussiedlung der Siebenbürger Sachsen, veröffentlicht in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde Heft 24 (2001/2), S. 304 – 308.
- Registru Matricol 48: 1981 – 1989. Nr. file 196, Compartiment: Secretariat Nr. dos. 27/1981, einzusehen im Sekretariat der Școala Gimnazială Nr. 10 in Neppendorf (Strada Eduard Bielz 60, Sibiu/Hermannstadt 550031).

- Registru Matricol 49: 1985 – 1990 – 91 – 92. Nr. file 186, Compartiment: Secretariat Nr. dos. 26/1985, einzusehen im Sekretariat der Școala Gimnazială Nr. 10 in Neppendorf (Strada Eduard Bielz 60, Sibiu/Hermannstadt 550031).
- Registru Matricol 50: 1987 – 1994. Nr. file 201. Compartiment: Secretariat Nr. dos. 5/1992, einzusehen im Sekretariat der Școala Gimnazială Nr. 10 in Neppendorf (Strada Eduard Bielz 60, Sibiu/Hermannstadt 550031).
- Schülerstatistiken der Grundschule Alzen aus den Jahren 1988 – 2016, auf Nachfrage einzusehen bei Rosemarie Müller, Hausnummer 54 in 557005 Alțâna/Alzen (ohne Archivsignatur).
- Situații Statistice Școală 2015/16 (Die aktuelle Schülerstatistik der Brukenthalschule ist noch ohne Inventarnummer, *Anm. des Verfassers*), einzusehen im Sekretariat der Brukenthalschule: Piața Albert Huet, 550182 Sibiu/Hermannstadt.

Monographien

- Baier, Hannelore/ Meinhardt, Ernst: Kauf von Freiheit. Dr. Heinz-Günther Hüsch im Interview mit Hannelore Baier und Ernst Meinhardt, Hermannstadt 2013.
- Bauinger-Liebhardt, Renate: Neppendorf. Bewohner, Neuhofen/Krems 2006.
- Baumgärtner, Wilhelm Andreas: Der vergessene Weg. Wie die Sachsen nach Siebenbürgen kamen, Bonn/Hermannstadt 2010.
- Bottesch, Martin/ Wien, A. Ulrich: Grosspold. Ein Dorf in Siebenbürgen, Wettin-Löbejün 2011.
- Brandsch, Heinz: Haben die Siebenbürger Sachsen das erste allgemeine Schulwesen gehabt? Hermannstadt 1931.
- Brandsch, Heinz: Die siebenbürgisch-deutsche Schule in ihrem Werden. Sonderabdruck aus dem „Gross-Kokler Boten“, Schässburg 1939.
- Ettinger, Joseph: Kurze Geschichte der ersten Einwanderung oberösterreichischer evangelischer Glaubensbrüder nach Siebenbürgen, hrsg. von Mathias Beer, Hermannstadt/Bonn 2015.
- Gündisch, Guido: Das neue Volksschulgesetz. Der Gesetzartikel XXVII. vom Jahre 1907 über die Rechtsverhältnisse der nichtstaatlichen Elementarvolksschulen und über die Bezüge der kommunalen und konfessionellen Volksschullehrer, Kronstadt 1907.
- Holzträger, Fritz: Abbau, Umbau, Aufbau. Betrachtungen und Gedanken zur gegenwärtigen Lage unseres siebenbürgisch-sächsischen Schulwesens. Sonderabdruck aus dem Märzheft der Zeitschrift „Klingsor“, Schässburg 1930.

- Iunesch, Liana Regina: Erfolg und Misserfolg des Spracherwerbs mit deutscher Unterrichtssprache in Rumänien, Frankfurt a.M. 2012.
- Klein, Christoph: Über Bitten und Verstehen. Zwanzig Jahre im Bischofsamt der Evangelischen Kirche Augsburgischer Bekenntnisses in Rumänien 1990 – 2010, Hermannstadt/Bonn 2013.
- Kotzian, Ortfried: Das Schulwesen der Deutschen in Rumänien im Spannungsfeld zwischen Volksgruppe und Staat. Dissertationsschrift, Augsburg 1983.
- Michaelis, Luitpold: Aus meiner frohen Schularbeit. Heitere Erzählungen, o.O. 1973.
- Miculescu, Maria: Das Rumänische Bildungswesen im Wandel, aus der Reihe: Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung Band 77, hrsg. von Wolfgang Mitter, Frankfurt a.M. 1997.
- o.V.: 1956 – 2006. 50-jähriges Absolvententreffen. Brukenthal-Gymnasium. Hermannstadt in Siebenbürgen, Geretsried o.J.
- Oane, Sorin/ Ochescu, Maria/ Nowak, Dieter: Geschichte der Rumänen. Lehrbuch für die VIII. Klasse, Bukarest 2012.
- Philippi, Paul: Weder Erbe noch Zukunft? Fragen rumäniendeutscher Gegenwart im 201. Jahrzehnt, Hermannstadt 2010.
- Pichotta, Sören: Schicksale. Deutsche Zeitzeugen in Rumänien. Lebensmut trotz Krieg, Deportation und Exodus, Hermannstadt/Bonn 2013.
- Roth, Harald: Kleine Geschichte Siebenbürgens, 4. aktualisierte Auflage, Wien/ Köln/ Weimar 2012.
- Salzer, Johann Michael: Zur Geschichte der sächsischen Volksschule in Siebenbürgen. Erstes Heft, Hermannstadt 1861.
- Schuller, Ute Monika: Der Coetus am Honterus-Gymnasium zu Kronstadt in Siebenbürgen 1544 – 1941. Ein Beitrag zur Geschichte des Helfersystems, der Schülermitregierung und Schülermitverantwortung, München 1963.
- Schullerus, Gerhard (Hrsg.): Aus Verantwortung für die Kirche. Schriften aus dem Nachlass und Nachdrucke von Bischof Friedrich Müller II, Hermannstadt/Bonn 2010.
- Thomas, Karl: Die bisherige Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Lehrerinnenfrage in unserer evangelisch-fachlichen Landeskirche, o.O.. o.J. Im Zentralarchiv der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien in Hermannstadt einsehbar unter: L IV 1, 34.
- Verseck, Keno: Rumänien, 3. neu bearbeitete Auflage, München 2007.

- Wagner, Ernst: Geschichte der Siebenbürger Sachsen. Ein Überblick, 7. durchgesehene und erweiterte Auflage, München 2009.
- Weber, Annemarie: Rumäniendeutsche? Diskurse zur Gruppenidentität einer Minderheit (1944 – 1971), aus der Reihe: Studia Transylvanica, im Auftrag des Arbeitskreises für siebenbürgische Landeskunde, hrsg. von Harald Roth, Ulrich. A. Wien, Band 40, Köln/Weimar/Wien 2010.
- Weber, Georg/ Nassehi, Armin/ Weber-Schlechter, Renate/ Sill, Oliver/ Kneer, Georg/ Nollmann, Gerd/ Saake, Irmgard: Emigration der Siebenbürger Sachsen. Studien zu Ost-West Wanderungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2003.

Aufsätze aus Fachzeitschriften/ Beiträge aus Sammelbänden

- Baier, Hannelore: Ceaușescu und die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde Heft 35 (1/2012), S. 27 – 50.
- Baier, Hannelore: Die Deutschen Rumäniens als Objekt staatlicher Willkür – oder Kontinuitäten trotz Diskontinuität, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 41, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen und der Evangelischen Akademie Siebenbürgen, Ubstadt-Weiher 2013, S. 105 – 124.
- Baier, Hannelore/ Bottesch, Martin/ Nowak, Dieter/ Wiecken, Alfred/ Ziegler, Winfried: Geschichte und Traditionen der deutschen Minderheit in Rumänien. Lehrbuch für die 6. und 7. Klasse, Mediasch 2007, S. 19 – 36.
- Beer, Mathias: Die Landler. Versuch eines geschichtlichen Überblicks, in: Bottesch, Martin/ Grieshofer, Franz/ Schabus, Wilfried (Hrsg.): Die siebenbürgischen Landler. Eine Spurensicherung, Band 1, Wien/Köln/Weimar 2002, S. 23 – 81.
- Birzea, Cesar: Das rumänische Bildungswesen, in: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Mitter, Wolfgang/ von Kopp, Botho (Hrsg.): Die Schulsysteme Europas, Hohengehren 2002, S. 416 – 429.
- Breckner, Friedrich: Wirtschaft als Grundlage der Behauptung, in: Schuster, Oskar (Hrsg.): Epoche der Entscheidungen. Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert, 2. verbesserte Auflage, Köln/Wien 1984, S. 50 – 60.
- Bottesch, Martin: Identität und Ethnizität der Landler. Zum Selbstverständnis der Landler, in: Bottesch, Martin/ Grieshofer, Franz/ Schabus, Wilfried (Hrsg.): Die siebenbürgischen Landler. Eine Spurensicherung, Band 1, Wien/Köln/Weimar 2002, S. 155 – 179.

- Bottesch, Martin: Deutschsprachige Schulen in Rumänien. Zu ihrer Geschichte und ihrer zukünftigen Rolle, in: Jahrbuch der Brukenthalschule 2011 – 2013, o.O., o.J., S. 23 – 27.
- Bottesch, Martin: Zur Lage der deutschen Minderheit in Rumänien von 1990 – 2014, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 42, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen und der Evangelischen Akademie Siebenbürgen, Ubstadt-Weiher 2014, S. 41 – 60.
- Gabanyi, Anneli Ute: Die politische Entwicklung Rumäniens seit 1989, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 42, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen und der Evangelischen Akademie Siebenbürgen, Ubstadt-Weiher 2014, S. 22 – 41.
- Gross, Hermann: Gewicht einer wirtschaftlichen Leistung, in: Schuster, Oskar (Hrsg.): Epoche der Entscheidungen. Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert, 2. verbesserte Auflage, Köln/Wien 1984, S. 60 – 73.
- Hermann, Gerold: Die Brukenthalschule, in: 20. Zwanzig Jahre Demokratisches Forum der Deutschen in Hermannstadt, hrsg. vom Demokratischen Forum der Deutschen in Hermannstadt, Hermannstadt 2010, S. 87 – 88.
- Klein, Christoph: Von der Volkskirche zur Diasporakirche. Die Veränderungen in der Ev. Kirche A.B. in Rumänien zwischen 1990 und 2014, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen Band 42, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen und der Evangelischen Akademie Siebenbürgen, Ubstadt-Weiher 2014, S. 60 – 73.
- Klein, Hans: Zwanzig Jahre Deutsches Forum Hermannstadt, in: Ziegler, Winfried/ Josza, Benjamin (Hg.): Zukunft und Perspektiven der Deutschen Minderheit in Rumänien, Tagungsband, Hermannstadt 2010, S. 11 – 17.
- König, Walter: Der Kampf um die Schule, in: Schuster, Oskar (Hrsg.): Epoche der Entscheidungen. Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert, 2. verbesserte Auflage, Köln/Wien 1984, S. 101 – 112.
- König, Walter: Die Schulsituation der Deutschen in Rumänien 1989, in: Zugänge. Forum des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen, Heft 7/ Januar 1990, hrsg. vom Evangelischen Freundeskreis Siebenbürgen, Heidelberg 1990, S. 24 – 31.
- König, Walter: Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen, in: König, Walter: Schola seminarum rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien. Festgabe zum 80. Geburtstag von Walter König, aus der

Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 38, hrsg. von Harald Roth, Ulrich A. Wien, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 1 – 24.

- König, Walter: Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen in der Zwischenkriegszeit, in: König, Walter: Schola seminarum rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien. Festgabe zum 80. Geburtstag von Walter König, aus der Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 38, hrsg. von Harald Roth, Ulrich A. Wien, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 90 – 118.
- König, Walter: Die gegenwärtigen Schulverhältnisse der Deutschen in Rumänien (1977), in: König, Walter: Schola seminarum rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien. Festgabe zum 80. Geburtstag von Walter König, aus der Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 38, hrsg. von Harald Roth, Ulrich A. Wien, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 278 – 328.
- König, Walter: Das rumänische Bildungswesen nach der „Revolution“, in: König, Walter: Schola seminarum rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien. Festgabe zum 80. Geburtstag von Walter König, aus der Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 38, hrsg. von Harald Roth, Ulrich A. Wien, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 347 – 359.
- König, Walter: Brücken nach Mittel- und Westeuropa – Können sie es bleiben? Zur Gegenwart und Zukunft der deutschsprachigen Schulen in Rumänien, in: König, Walter: Schola seminarum rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien. Festgabe zum 80. Geburtstag von Walter König, aus der Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 38, hrsg. von Harald Roth, Ulrich A. Wien, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 359 – 377.
- König, Walter: 625 Jahre Schule in Hermannstadt, in: Jahrbuch der Brukenthalschule 2002 – 2005, o.O., o. J., S. 8 – 11.
- Kroner, Michael: Stephan Ludwig Roth und die siebenbürgisch-sächsische Lehrerbildung, in: König, Walter: Beiträge zur siebenbürgischen Schulgeschichte, aus der Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 32, hrsg. von Paul Philippi, Günter H. Tontsch und Georg Weber, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 233 – 257.
- Lengyel, Zsolt: Politisches System und Minderheiten in Rumänien 1918 – 1989. Abriss über die inneren Integrationsprobleme des zentralistischen Einheitsstaates am Beispiel der Deutschen und Magyaren, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde Heft 24 (2001/2), S. 190 – 212.

- Philippi, Paul: Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen bis zum 17. Jahrhundert, in: König, Walter: Beiträge zur siebenbürgischen Schulgeschichte, aus der Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 32, hrsg. von Paul Philippi, Günter H. Tontsch und Georg Weber, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 127 – 141.
- Stübecke, Manuel: Auf dem Weg zur „finis Saxoniae“? Erinnerungen und Entwicklungen in Siebenbürgen. Unveröffentlichte Bachelor-Thesis, eingereicht im Juli 2014 an der JLU-Gießen.
- Weber, Georg: Identitätsbildung, Ethnizität und pädagogische Theorie, in: König, Walter: Beiträge zur siebenbürgischen Schulgeschichte, aus der Reihe: Siebenbürgisches Archiv, Band 32, hrsg. von Paul Philippi, Günter H. Tontsch und Georg Weber, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 37 – 73.
- Weber, Georg/ Weber Renate: Die Schule – eine Darstellungsmöglichkeit, in: Weber, Georg/ Weber, Renate (Hg.): Zugänge zur Gemeinde. Soziologische, historische und sprachwissenschaftliche Beiträge, aus der Reihe: Studia Transilvanica, Band 24, hrsg. von Paul Philippi, Harald Roth, Günther H. Tontsch, Köln/ Weimar/Wien 2000, S. 251 -279.
- Ziegler, Winfried: Die deutsche Minderheit in Rumänien. Ein geschichtlicher Überblick, in: Karpf, Peter/ Kassl, Thomas/ Platzer, Werner/ Platzer, Wolfgang/ Puschnig, Udo Peter (Hrsg.): Kärnten, Dokumentation Band 30. Dialog und Kultur. Beiträge zum Europäischen Volksgruppenkongress 2013 und Sonderthemen, Klagenfurt 2014, S. 115 – 133.

Zeitungen

- *Hermannstädter Zeitung* vom 02. Februar 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 23. März 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 13. April 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 27. April 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 22. Juni 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 03. August 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 10. August 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 24. August 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 07. September 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 14. September 1990.

- *Hermannstädter Zeitung* vom 21. September 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 28. September 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 12. Oktober 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 19. Oktober 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 23. November 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 21. Dezember 1990.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 11. Januar 1991.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 25. Januar 1991.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 01. März 1991.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 29. März 1991.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 05. April 1991.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 14. Juni 1991.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 05. Juli 1991.
- *Hermannstädter Zeitung* vom 09. Juni 1995.
- *Neuer Weg* vom 14. Januar 1990.
- *Neuer Weg* vom 27. Januar 1990.
- *Neuer Weg* vom 04. Februar 1990.
- *Neuer Weg* vom 20. Februar 1990.
- *Neuer Weg* vom 04. März 1990.
- *Neuer Weg* vom 15. März 1990.
- *Neuer Weg* vom 04. Mai 1990.
- *Neuer Weg* vom 11. Mai 1990.
- *Neuer Weg* vom 16. Juni 1990.
- *Siebenbürgische Zeitung* vom 31. Januar 1990.
- *Siebenbürgische Zeitung* vom 18. Dezember 2007.

Alle angeführten Zeitungen sind im Zentralarchiv der evangelischen Kirche A.B., Strada Mitropolitei 30, 550179 Sibiu/Hermannstadt einsehbar.

Internetressourcen

- Abschlussbericht der OECD aus dem Jahr 2000 bzgl. der Maßnahmen zur Verbesserung des rumänischen Bildungswesens (in Englisch): „Reviews of National Politics. Romania. Education and Skills“, abrufbar unter (Link): <http://www.oecd->

ilibrary.org/education/reviews-of-national-policies-for-education-romania-2000_9789264181731-en. (zuletzt aufgerufen: 30. März 2017).

- Bottesch, Martin: Das deutschsprachige Schulwesen in Rumänien, in: ADZ vom 2. Oktober 2014, abrufbar unter (Link): <http://www.adz.ro/artikel/artikel/das-deutschsprachige-schulwesen-in-rumaenien/> (zuletzt aufgerufen: 30. März 2017).
- Euro-Stat-Statistik zu den öffentlichen Ausgaben im Bildungsbereich der EU-Länder, abrufbar unter (Link): [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Public_expenditure_on_education,_2011_\(%C2%B9\)_\(%25_of_GDP\)_YB15-de.png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Public_expenditure_on_education,_2011_(%C2%B9)_(%25_of_GDP)_YB15-de.png). (zuletzt aufgerufen: 30. März 2017).
- Gabanyi, Annelie Ute: Geschichte der Deutschen in Rumänien, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267 „Aussiedler“, Bonn 2000, abrufbar unter (Link): <https://www.siebenbuerger.de/portal/land-und-leute/siebenbuerger-sachsen/> (zuletzt aufgerufen: 27. April 2017).
- Homepage der Evangelischen Kirche Rumäniens A.B., abrufbar unter (Link): <http://www.evang.ro/> (zuletzt aufgerufen: 27. April 2017).
- Internetauftritt der Charlotte Dietrich Schule (Link): <http://www.charlotte-dietrich-schule.ro/index.php/de-de/> (zuletzt aufgerufen: 27. April 2017).
- Internetauftritt der Deutschen Schule Bukarest (Link): <http://www.dsbu.school/de/> (zuletzt aufgerufen: 27. April 2017).
- Internetauftritt der Michael Schmidt Stiftung, abrufbar unter (Link): <http://www.fundatia-michael-schmidt.org/de/category/done/> (zuletzt aufgerufen: 27. April 2017).
- Internetauftritt der PASCH-Initiative („Schulen mit Zukunft“), abrufbar unter (Link): <http://www.pasch-net.de/de/udi.html>. (zuletzt abgerufen: 27. April 2017).
- Internetauftritt der Peter Maffay-Stiftung (Link): <https://www.petermaffaystiftung.de/index.html> (zuletzt aufgerufen: 27. April).
- Internetauftritt der Saxonia-Stiftung (Link): <http://fundatia.saxonia.ro/saxonia-stiftung/> (zuletzt aufgerufen: 27. April 2017).

Informationsgespräche

Die Informationsgespräche sind vom Verfasser teilweise durch Audioaufnahmen und Mitschriften/Gedächtnisprotokolle/Notizen festgehalten worden. Auf Nachfrage können diese gern zur Verfügung gestellt werden.

- Informationsgespräche mit der Lehrerin der deutschen Grundschule Alzen Rosemarie Müller, geführt vom Verfasser am 10. Dezember 2016 und am 15. März 2017 in Alzen.
- Informationsgespräch mit dem Sekretär der Brukenthalschule, Herrn Roşian, geführt vom Verfasser am 08. März 2017 im Sekretariat der Brukenthalschule in Hermannstadt.
- Informationsgespräch mit der ehem. Lehrerin der „10er-Schule“- Neppendorf Sunhild Galter, geführt vom Verfasser am 13. März 2017 in Neppendorf.
- Informationsgespräch mit dem damaligen Grundschüler und im Jahre 1991 mit seinen Eltern aus Alzen ausgewanderten Engelbert Feleki-Dengel, geführt vom Verfasser am 28. März 2017 in Hermannstadt.
- Informationsgespräch mit dem Historiker Winfried Ziegler, geführt vom Verfasser am 05. April 2017 in Hermannstadt.
- Informationsgespräch mit dem ehemaligen Chefredakteur der *Hermannstädter Zeitung* Horst Weber, geführt via Mail.

Abstract

Die Diplomarbeit setzt sich mit der Entwicklung des deutschen Schulwesens in Rumänien auseinander. Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet das das „Umbruchsschuljahr“ 1989/90 im Raum Hermannstadt. Anhand von Statistiken, Experteninterviews mit Zeitzeugen, Zeitungsartikeln, Schuljahrbüchern und Sekundärliteratur wird die Situation in der Wende- und Nachwendezeit für drei Schulen rekonstruiert: Das Samuel von Brukenthal-Lyzeum Hermannstadt, die deutsche Grundschulabteilung Alzen und die ehem. deutsche Abteilung der Schule in Neppendorf. Zentrale Beachtung finden durch die Auswanderung der deutschen Bevölkerung hervorgerufene Veränderungen im soziokulturellen Gefüge der Schulen, institutionelle und räumliche Unterschiede im Umbruchsprozess sowie die Reaktionen verschiedener Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die durch die Emigrationsbewegung der Rumäniendeutschen hervorgerufene, prekäre Situation des deutschen Schulwesens.